



Parteiprogramm 2023 bis 2027

**Für eine
sichere Zukunft
in Freiheit!**



Inhaltsverzeichnis

| | |
|------------|---|
| 2 | Für eine sichere Zukunft in Freiheit |
| 5 | Wir sind Schweiz – wir sorgen für unsere Heimat |
| 8 | Aussenpolitik |
| 16 | Eigentum + Freiheit = starker Werkplatz |
| 24 | Finanzen, Steuern und Abgaben |
| 32 | Energie |
| 40 | Ausländerpolitik |
| 48 | Asylpolitik |
| 54 | Sicherheit, Recht und Ordnung |
| 60 | Armee |
| 68 | Verkehr |
| 74 | Landwirtschaft |
| 80 | Umwelt |
| 86 | Gesundheit |
| 92 | Sozialwerke |
| 100 | Bildung, Forschung und Innovation |
| 106 | Mensch, Familie, Gesellschaft und Religion |
| 114 | Gender-Terror und Woke-Wahnsinn |
| 120 | Sport und Kultur |
| 126 | Stichwortverzeichnis |

Impressum

Parteiprogramm der Schweizerischen Volkspartei
2023 – 2027

Auflage: 3'490 Expl.

Bildquellen: iStockphoto

SVP Schweiz, Generalsekretariat, Postfach, 3001 Bern
info@svp.ch, www.svp.ch

Für eine sichere Zukunft in Freiheit



«Die Schweizerische Eidgenossenschaft schützt die Freiheit und die Rechte des Volkes und wahrt die Unabhängigkeit und die Sicherheit des Landes.» Mit Artikel 2 der Bundesverfassung wird der Zweck unseres Landes aufgezeigt. Der Schutz der Freiheit, die Rechte des Volkes, die Unabhängigkeit und die Sicherheit sind zentrale Eckpunkte und Aufgaben des Staates. Doch diese sind immer mehr in Gefahr. Linke, Grüne und bis hin zur Mitte versuchen mit ihrer desaströsen Umverteilungspolitik unser Land zu zerstören, die Bürger zu verunsichern und den Wohlstand zu ruinieren. Sie führen uns von einer Krise in die nächste. Daher muss das Ruder endlich wieder rumgerissen werden. Hin zu mehr Freiheit. Zu mehr Sicherheit. Zu mehr Wohlstand.

Die Freiheit ist in der DNA unseres Landes. 1291 haben sich Uri, Schwyz und Unterwalden in einem eigenen Bündnis von den Habsburgern losgelöst und darauf geschworen, sich gegenseitig zu helfen. Damit wurde der Grundstein für unser Land, für unsere Freiheit gelegt. Im Bundesbrief von 1291 ist neben der Freiheit die Sicherheit das zentrale Element. Schon unsere Vorfahren wussten: Nur wer klare Spielregeln hat und Land und Leute schützt, kann frei sein.

Die SVP kämpft seit ihrer Gründung für die Freiheit und die Sicherheit der Schweiz und ihrer Bürgerinnen und Bürger. Das ist unser Kern und der Kernauftrag unseres Staates. Nur wer beides gewährt, kann die Rechte des Volkes und die Unab-

hängigkeit schützen. Und beide Pfeiler sind die Basis unseres Wohlstandes.

Die SVP setzt sich für alle Bürgerinnen und Bürger ein und garantiert eine sichere Zukunft in Freiheit für unser Land.

Versorgungssicherheit stärken

Gute Rahmenbedingungen, damit die Versorgung der Bürgerinnen und Bürger mit genügend und kostengünstigen Nahrungsmitteln und Energie sichergestellt ist, sind zentral. Während der Corona-Pandemie wurde deutlich: Jedes Land schaut zuerst für sich. Was wir nicht selbst produzieren können, müssen wir je nachdem unter erschwerten Bedingungen im Ausland erwerben. Daher ist es zentral, dass die Schweiz die Abhängigkeiten vom Ausland wo immer möglich reduziert: bei der Strom- und Energieversorgung, bei den Nahrungsmitteln, Medikamenten und sonstigen lebensnotwendigen Gütern. Die SVP setzt sich dafür ein, dass der Selbstversorgungsgrad mit Nahrungsmitteln in der Schweiz erhöht wird. Dies bedeutet, dass nicht noch mehr Kulturland verbaut oder renaturiert wird. Die SVP steht auch für eine einheimische Stromversorgung, die aus Wasserkraft, Kernenergie und neuen erneuerbaren Energien besteht.

Bevölkerungskollaps verhindern

Der Zustrom an Menschen in unser Land wird immer dramatischer. Im Jahr 2022 sind 240'000 Menschen in unser Land eingewandert. Das entspricht der Einwohnerzahl der

Städte Bern (134'000) und Luzern (82'000) zusammen. In einem Jahr. All diese Menschen brauchen unsere Infrastrukturen wie Strassen, Wohnungen, Spitäler oder Schulhäuser. Sie brauchen Energie und Strom. Sie brauchen Nahrungsmittel. Geht die ungebremste Zuwanderung so weiter, werden wir in wenigen Jahren 10 Millionen Einwohner haben. 9 Millionen haben wir schon. Unser Land steht in vielen Bereichen am Rande eines Kollapses: unser Land ist klein und begrenzt. Der Verkehr steht immer mehr still, die Strassen sind überlastet. In den Schulen sprechen immer weniger Schüler Mundart. Zugewanderte pflegen in Spitälern Zugewanderte. Es wird überall immer enger. Die SVP fordert, dass die ungebremste Zuwanderung gestoppt wird und die illegale Zuwanderung über die Asylschiene unterbunden wird.

Unabhängigkeit verteidigen

Die Unabhängigkeit, die Selbstbestimmung und die Freiheit unseres Landes sind zentrale Eckpfeiler unseres Wohlstandes. Rund um uns herum herrscht hohe Inflation und Unsicherheit. Dank dem, dass die Schweiz nicht Mitglied der Europäischen Union (EU) ist, steht unser Land besser da. Wir können noch vieles selbst entscheiden. Doch verschiedene Kräfte wollen die Schweiz in die EU drängen, wollen immer mehr internationales Recht übernehmen. Die SVP wehrt sich mit aller Kraft dagegen. Wir stehen zur immerwährenden, bewaffneten Neutralität unseres Landes. Wir stehen dafür ein, dass die Schweiz zu allen Ländern freundschaftliche Beziehungen auf Augenhöhe unterhält, aber sich in kein Bündnis einbin-

den lässt. Die SVP setzt sich dafür ein, dass in der Schweiz «Schweizer Recht» und nicht internationales Recht gilt. Und dass das Volk bei allen Fragen das letzte Wort hat.

Wohlstand und Freiheit erhalten

Der Wohlstand misst sich daran, wie viel den Menschen am Ende des Monats im Portemonnaie bleibt. Wer jeden Morgen aufsteht und zur Arbeit geht, der soll belohnt werden. Es darf nicht sein, dass immer mehr Menschen in diesem Land nicht mehr arbeiten wollen und auf Kosten der Steuerzahler das Leben geniessen. Wegen der verfehlten Energiepolitik, der immer grösseren Umverteilung, Sozialschmarotzern, neuen Vorschriften, Steuern und Abgaben werden unser Wohlstand und unsere Freiheit an die Wand gefahren. Die Preise steigen. Den Familien, dem Mittelstand, den Gewerblern, den Rentnern bleibt Ende Monat immer weniger im Portemonnaie. Die SVP steht für die Senkung von Steuern, Abgaben und Gebühren ein. Die SVP widersetzt sich den links-grünen Vorschriften und Verboten in den Bereichen von Essen, Kultur, Sprache, Energieverbrauch, Verkehrsmittel oder Gesundheit. Wir nehmen die Bürgerinnen und Bürger als mündige Menschen ernst. Als Menschen, die eigenverantwortlich zum Wohle von sich, aber auch der Gesellschaft handeln. Dafür braucht es keine staatliche Umerziehung und Umverteilung.

Heimat Schweiz bewahren

Immer mehr Zuwanderung in unser Land bedeutet, dass sich unser Land verändert. Dabei gehen unsere Kultur, aber auch

unsere Werte verloren. Waren vor wenigen Jahren in einer Schulklasse noch ein bis zwei Kinder ausländischer Herkunft, so muss man heute in vielen Schulklassen die Schülerinnen und Schüler suchen, die noch Schweizer sind. Damit wir in unserem eigenen Land nicht immer fremder werden, muss der Zuwanderung endlich Einhalt geboten werden. Wir müssen unsere Werte, unsere Kultur, unsere direkte Demokratie, unseren Föderalismus und unser Ehrenamt wieder verstärkt ins Zentrum setzen. In unserem Land gehört es sich, dass man sich an die geltenden Regeln hält. Und die Meinungsfreiheit und das Tolerieren von verschiedenen Meinungen muss mit aller Vehemenz verteidigt werden. Die SVP steht zu den Werten und der Traditionen der Schweiz. Die SVP setzt sich für die Beibehaltung der Volksrechte und des Föderalismus ein. Sie alle sind wichtige Pfeiler des Wohlstandes und Erfolg der Schweiz.

Der aufkommenden Woke-Gesellschaft, in der eine kleine Minderheit bestimmen will, wie sich die Mehrheit verhalten soll, bietet die SVP entschieden die Stirn. Für uns stehen die wichtigen Themen im Zentrum: die Freiheit und die Sicherheit. Für unsere Bürgerinnen und Bürger. Und für unser Land.

**Für eine sichere Zukunft in Freiheit.
Für uns. Für die Schweiz.**

Wir sind Schweiz – wir sorgen für unsere Heimat



Unser Land ist vielfältig. Topografisch geprägt von Bergen, Hügeln, Seen, Dörfern und Städten. Wir sind eine Wilensnation mit vier Kulturen. Gestärkt in Traditionen und Werten. Geprägt von einer jahrhundertealten Geschichte, die unsere Identität geformt und die Freiheit verteidigt hat.

Heute ist die Schweiz ein modernes Land mit einem der höchsten Lebensstandards der Welt und einem aussergewöhnlichen Wohlstand. Dabei ist unser Land arm an natürlichen Ressourcen. Es hat kaum Bodenschätze, die genutzt werden können. Dafür hat die Schweiz Men-

schen, die bereit sind, mehr zu arbeiten als andere. Und Bürgerinnen und Bürger, die den Staat dank der direkten Demokratie überwachen und im Zaum halten.

Doch dies alles ist gefährdet. Immer mehr greift ein Mentalitätswandel um sich, der die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger beschränkt, Aufgaben dem Staat delegieren und die Interessen der Mehrheiten nicht mehr verteidigen will. Hier leistet die SVP Gegensteuer.

Für uns ist die Schweiz geliebte Heimat. Damit dies auch so bleibt, müssen wir Sorge tragen.



Wir stehen zur Familie als kleinste Einheit unserer Gesellschaft. Hier beginnt Heimat. In der Familie, in der Nachbarschaft, im Quartier. Im Dorf. Wer sich in seiner näheren Umgebung für die Gesellschaft und die Gemeinschaft einsetzt, übernimmt Verantwortung und trägt dazu bei, dass unsere Schweiz Heimat bleibt.

Verantwortung für die Gemeinschaft übernehmen viele Bürgerinnen und Bürger auch, indem sie sich für ein politisches Amt zur Verfügung stellen. Dies geschieht meistens im Milizsystem. Dazu müssen wir Sorge tragen. Nur wer die Herausforderungen und Probleme der Menschen kennt, kann politisch gute Entscheide treffen. Berufspolitiker heben ab und bauen den Staat zu ihrem eigenen Vorteil immer noch mehr aus.

Pünktlichkeit, Leistungsbereitschaft und Verlässlichkeit sind wichtige Pfeiler unseres Landes. Genauso wichtig sind auch unsere Schweizer Dialekte, die Bratwurst, der Käse, die feine Schokolade oder unser Brauchtum. All dies gilt es zu bewahren und zu pflegen.

Wir stehen mit Stolz zu unserem Land, seinen Werten. Dazu gehören die direkte Demokratie und die Mitbestimmung des Volkes. Dazu gehören auch die Freiheit, die Selbstbestimmung, die Unabhängigkeit, die Neutralität und die Abwägung der Interessen aller Bürgerinnen und Bürger.

Wir sind stolz auf unser Land. Dies ist ein schönes und positives Gefühl. Wir sind froh, in einem so schönen Land mit solch hohem Wohlstand zu leben. Doch damit dies so bleibt, müssen auch unsere Kinder unsere Geschichte, unser Land, unsere Werte und unser Brauchtum kennen. Gerade die Schule muss ihnen dies vermitteln und aufzeigen, dass dies alles zentrale Bausteine unseres Landes sind.

Und wer zu uns kommt, darf Teil unserer Gesellschaft werden, wenn er oder sie sich integriert und gewillt ist, sich an unsere Werte und Gesetze zu halten. Diesen Menschen bieten wir gerne eine neue Heimat.

Damit unsere Schweiz auch unsere Heimat bleibt, tragen wir auch Sorge zur Kulturlandschaft, zur Natur, zu unseren Alpen. Unser Land ist diesbezüglich sehr vielfältig und einzigartig. Wir pflegen unsere Landschaft im Wissen darum, dass sie die Quelle für unsere Bürgerinnen und Bürger, vor allem auch im Bereich der Ernährung, ist.

Damit unsere Schweiz unsere Heimat bleibt:

- ▶ Wir tragen Sorge zu unserem Land, zu unserer Heimat: im persönlichen Handeln, im Alltag wie auch in der politischen Haltung.
- ▶ Wir übernehmen Verantwortung für unser Land: auf allen Stufen und jeder so viel, wie er vermag oder leisten kann.
- ▶ Wir stehen zu unserer Heimat, unserem Land und unserer Geschichte: Unsere Identität ist das Resultat über Jahrhunderte gewachsenen Willens zur Selbstbestimmung, zur Freiheit, zur Neutralität, zur direkten Demokratie und zur Abwägung der Interessen aller Bürgerinnen und Bürger.



- ▶ Wir sorgen für die kleinste Einheit in unserer Gesellschaft: die Familie. Sie soll geschützt und wo nötig unterstützt werden.
- ▶ Wir sorgen für Wurzeln: Schülerinnen und Schüler sollen unsere Geschichte, unsere Hymne, unser Land kennen und unsere Bräuche und Traditionen leben dürfen.
- ▶ Wir setzen uns für die Flügel unserer Heimat ein und tragen Sorge zur Tradition von lokalem Brauchtum und Tradition, damit diese auch in Zukunft lebendig bleiben.
- ▶ Wir tragen Sorge zu unserem Kulturland, zur Natur und zu unseren Alpen. Sie bilden die Basis unserer schönen Schweiz, die nicht nur uns fasziniert, sondern auch viele Touristen anlockt.
- ▶ Wir bieten Zuwanderern eine neue Heimat, wenn sie sich unseren Werten und unseren Regeln anpassen und für ihren Lebensunterhalt selbst sorgen. Wer sich nicht zu den schweizerischen Werten bekennen will, ist frei, sich eine andere Heimat zu suchen.
- ▶ Wir verteidigen die freie Meinungsäußerung und das eigenverantwortliche Handeln eines jeden.
- ▶ Wir stehen zum Schweizer Wappen und seinem Kreuz. Unser Land, unsere Kultur sind christlich geprägt. Zur Schweiz gehören die Glaubens- und Religionsfreiheit, solange diese nicht im Widerspruch stehen zu unseren Werten, die unser Staatsverständnis und unsere Rechtsordnung prägen. Jeder, der in unserem Land lebt oder leben will, hat unsere Kultur zu respektieren.

Aussenpolitik



Ohne Neutralität – keine Schweiz

Die SVP setzt sich für die Wahrung einer unabhängigen und neutralen Schweiz ein. Der Ausverkauf unserer Souveränität und Selbstbestimmung durch die politischen Eliten muss gestoppt werden. Deshalb darf unser Land nicht weiter schleichend in internationale Gebilde, wie etwa die EU, eingebunden werden. Die SVP bekennt sich auf Basis der Neutralität zu einer glaubwürdigen Politik der guten Dienste, der Vermittlung, des Handels auf Augenhöhe und der humanitären Hilfe.



Laurence Piquerez
Rechtsanwältin

“ Die Schweiz ist der EU in Sachen Demokratie und Freiheit weit überlegen! Geben wir unsere Selbstbestimmung nicht leichtfertig auf und bleiben wir unserer Neutralität verpflichtet. Denn beides ist Garant dafür, dass wir weiterhin in Freiheit, Wohlstand und Sicherheit leben können! ”

Unterwanderung der Neutralität droht

Die Geschichte zeigt es. Die Schweiz hat sich nicht in fremde Händel eingemischt und wurde beispielsweise im Zweiten Weltkrieg weitgehend verschont. Die Neutralität hat Jahrhunderte überdauert und bildet einen integralen Bestandteil der Sicherheitspolitik unseres Landes. Die Neutralität ist einer der wichtigsten Stützpfeiler der Schweizer Aussenpolitik. Die erfolgreiche Neutralitätspolitik der Schweiz hängt von der Wahrnehmung anderer Staaten ab. Die Neutralität muss immerwährend, durch alle Politikbereiche verankert sowie mit einer glaubwürdigen Verteidigungsarmee untermauert sein. Die SVP lehnt jegliche anderweitige Auslegung, ob «aktive Neutralität» oder «kooperative Neutralität», entschieden ab. Nur Opportunisten ohne geschichtliches und politisches Verständnis fordern ein situationsbedingtes Neutralitätsverständnis! Die Schweiz kann zudem nur glaubwürdig Gute Dienste für andere Staaten erbringen, wenn die Schweiz den Ruf als unabhängiges Land nicht verliert. Die SVP setzt sich ohne Wenn und Aber für die immerwährende, bewaffnete und integrale Neutralität ein.

Unparteilichkeit braucht Mut

Neutral zu sein ist nicht einfach. Man wird meist von beiden Seiten unter Druck gesetzt. Immerwährende Neutralität meint dabei nicht nur eine rein juristische und militärisch verstandene Neutralität (Neutralitätsrecht), sondern auch eine gelebte Neutralität (Neutralitätspolitik) in der Aussenpolitik. Dies bedeutet, dass der Bundesrat weder eigene

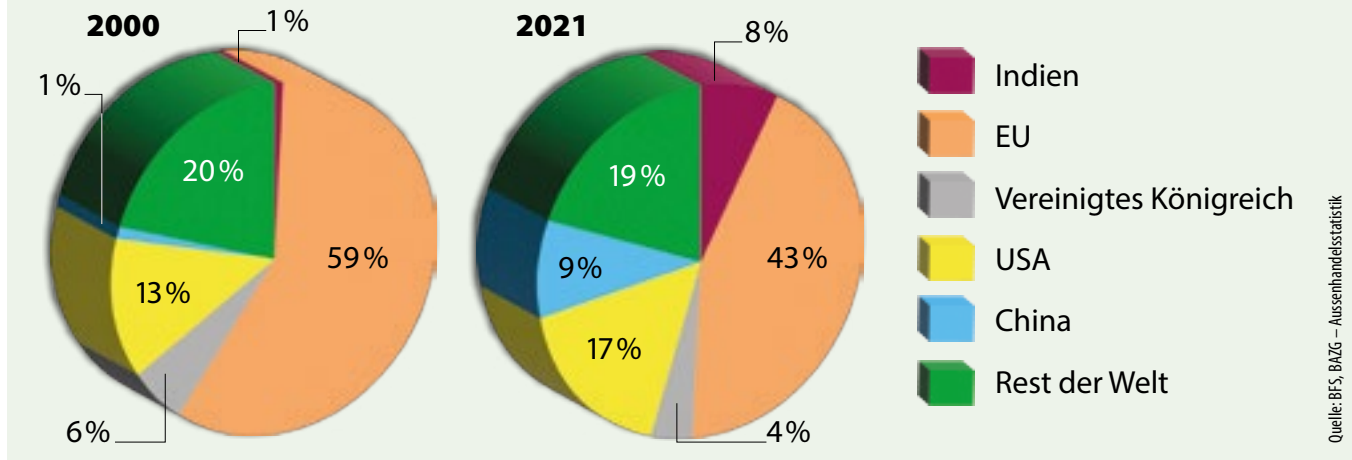
Sanktionen gegen Drittstaaten verhängt noch eine einseitige Sanktionspolitik (diplomatisch, finanziell und wirtschaftlich) mitträgt, auch nicht jene der EU oder der OSZE. Vorbehalten sind Massnahmen, damit nichtmilitärische Zwangsmassnahmen anderer Staaten nicht umgangen werden können.

Als Friedensnation offen für Handel

Die Schweiz hat ihre Bestrebungen zu intensivieren, mit allen Staaten und Organisationen auf Augenhöhe Handel zu treiben und sich in diesem Bereich nicht einseitig auf die EU zu fokussieren. Zu dieser universalistischen Aussenhandelspolitik gehört die bewusste Diversifikation durch ausgewogene Freihandelsabkommen mit möglichst vielen Staaten. Handel ist die beste Grundlage für freundschaftliche Beziehungen



Warenaussenhandel der Schweiz



und dauerhaften Frieden. Wirtschaftliche Verknüpfungen sind auch Ausdruck von gegenseitigen gemeinsamen Interessen. Wirtschaftspolitische Beziehungen bestehen in erster Linie aus den beteiligten Handelspartnern und bedürfen keiner politischen Institutionen, Organisationen oder Anbindungsversuchen. Das eigene Recht muss dem Recht bürgerferner internationaler Institutionen vorgehen. Vereinheitlichung und Gleichmacherei widersprechen sogar dem Freihandel. Konkurrenz und Wettbewerb führen zu mehr Freiheit, mehr Innovation, mehr Auswahl und somit zum gemeinsamen Erfolg.

Ohne Anbindung an die EU erfolgreich

Die Bürgerferne und die Demokratiedefizite der Brüsseler Bürokratie sind zu Recht Gegenstand ständiger Kritik. Die Schweiz ist der EU überlegen: bei Standortattraktivität, Wohlstand, Sozialsystem, Verschuldung, ja sogar beim Glücksgefühl der Bürgerinnen und Bürger. Wenn die Schweiz heute nicht Mitglied der EU ist, verdankt sie dies nicht den selbstgefälligen Eliten in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Medien, sondern einzig dem Sonderfall der direkten Demokratie: dass die Bevölkerung – im Gegensatz zu allen anderen

Staaten – Nein zum EU-Beitritt sagen kann. Und es ist das Verdienst der SVP, seit über zwei Jahrzehnten auf der Seite der Bevölkerung gegen den EU- und EWR-Beitritt sowie gegen das Rahmenabkommen gekämpft zu haben. Interessanterweise läutete der Nichtbeitritt zum EWR 1992 entgegen allen Vorhersagen und Behauptungen nicht den Untergang der Schweiz ein. Der Schweiz geht es seit den Neunzigerjahren wirtschaftlich besser denn je – gerade wegen ihrer Eigenständigkeit und Unabhängigkeit. So erstaunt es, dass beim Verhältnis zur EU heute wieder die alte Leier ertönt: Ohne Anbindung oder ohne weitere Abkommen mit der EU würden wir in der Armut versinken, posauern Verwaltung und Wirtschaftsfunktionäre ins Land hinaus. Sogar die Diskussion über einen möglichen EU- oder EWR-Beitritt werden seit dem Scheitern des Rahmenabkommens in gewissen Kreisen wieder aktiv geführt. Offensichtlich ist dieses ständige Man-

tra des Untergangs der Schweiz ohne EU-Anbindung reine Angstmacherei. Die Schweiz braucht zwar gute wirtschaftliche und freundschaftliche Beziehungen zur EU, aber keinesfalls sind wir auf eine staatliche Einbindung angewiesen, die uns einzig in die Unterwerfung führt. Bilaterale Beziehungen und Verträge in beidseitigem Interesse sind zu befürworten, aber keine EU-Integrationspolitik, die als Endziel den EU-Beitritt hat oder uns immer abhängiger und angepasster macht, bis wir schleichend doch drin sind. Es gibt für die Bürger keinen Grund, sich einem schlechteren System anzugleichen, das geprägt ist von abgehobenen, ideologi-

Was ist Soft Law?

Hard Law beschreibt rechtlich bindende Übereinkommen oder Gesetze. Soft Law hingegen ist eine unverbindliche Übereinkunft, auf die man sich quasi stillschweigend einigt. Weil Soft Law keine rechtlichen Verpflichtungen hat, hat es anfangs den Charakter einer Empfehlung. Länder, die am meisten von diesen Empfehlungen profitieren (z. B. Steuerbereiche), fördern deren Entstehung. Einflussreicher werdende internationale Organisationen bzw. deren abgehobene Bürokraten machen sich in der Folge Soft Law zu Nutze, indem sie über die Hintertür Standards mit verbindlichem Charakter schaffen. Dabei hilft ihnen das Gewohnheitsrecht, das rechtliche Verpflichtungen für die Schweiz ohne Mitbestimmungsrecht von Parlament und Volk schafft.



schen Bürokraten, hoher Jugendarbeitslosigkeit, hoher Inflation und Armut, Bürgerferne, Bürokratie und Zentralismus.

Fremdes Recht wird priorisiert

Heute wird das internationale Recht höher eingestuft als das im eigenen Land von Parlament und Volk erlassene Recht. Dies zeigt sich darin, dass immer mehr Volksinitiativen nicht oder nicht korrekt umgesetzt werden. Dieses fremde Recht, das oft trügerisch als «Völkerrecht» betitelt wird, ist aber wenig oder meistens überhaupt nicht demokratisch legitimiert. Auch der Bezug zu den Menschenrechten ist irreführend.

Die heutige Diskussion um Menschenrechte hat nichts mehr mit dem ursprünglichen Begriff zu tun und ist eine ausufernde Interpretation der ursprünglichen Charta der Vereinten Nationen durch den Europäischen Gerichtshof. Gerichte mischen sich immer stärker und offensichtlicher in die Angelegenheiten der Staaten ein und missachten die jeweiligen Verfassungen und die Souveränität. Die ordnungspolitische Errungenschaft der Gewaltentrennung geht verloren. Mit sogenanntem «Soft Law» definieren Bürokraten internationaler Organisationen «unverbindliche» Handlungsrichtlinien für die Mitgliedsstaaten. Es wird dann aber erwartet, dass die Staaten in ihrer Gesetzgebung diesen Handlungsrichtlinien von sich aus folgen. Der Bevölkerung wird vorgegaukelt, es handle sich um einen freien, selbstgewählten und transparenten Gesetzgebungsprozess. Die linken Staatsangestellten versuchen, Soft Law durch die Hintertür einzuführen, indem das



Parlament in diesen Fragen kaum Einfluss nehmen kann, wie dies beispielsweise mit dem Migrationspakt, dem Pandemiepakt und den Pariser Klimazielen versucht wurde und wird. Die SVP fordert daher im Bereich des Soft Laws Transparenz zu schaffen und zwingend verpflichtende Volksabstimmungen zur Übernahme von Soft Law durchzuführen.

Der drohende Verlust der Selbstbestimmung

Selbstbestimmung bedeutet: Keine institutionelle Einbindung in die EU und damit keine aufgezwungenen Rechtsübernahmen und keine fremden Richter. Ein gefährlicher Angriff auf die schweizerische Souveränität wurde mit

dem Ende des Rahmenabkommens abgewehrt. Die Souveränität der Schweiz ist aber nach wie vor gefährdet: Linke Kreise fordern eine stärkere Anbindung an die EU, es ist von einem neuen Rahmenabkommen, einer neuen Art von Partnerschaft, einem EWR-Beitritt oder von Seiten der GLP und Grünen von Beitritt die Rede. Die SVP stellt sich gegen jede Übernahme von EU-Recht, die «dynamisch» erfolgen soll – also automatisch und ohne Mitwirkung des Volkes. Jede institutionelle Anbindung der Schweiz an die EU würde die Schweiz unweigerlich zum untergeordneten Vasallenstaat der EU machen. Die Freiheit und Selbstbestimmung unseres Landes wären dann nur noch als Randnotiz in den Geschichtsbüchern zu finden.

Auslandhilfe beschränken

Das Engagement des Roten Kreuzes, der humanitäre Einsatz der Schweiz und das internationale Genf gehören zu unserem positiven internationalen Renommee und stützen die unparteiische und allseitig offene Haltung der Schweiz. Während das humanitäre Engagement bestehen bleiben soll, muss bei der Entwicklungshilfe aufgeräumt werden. Allein im Jahr 2021 flossen, trotz ausufernder Staatsfinanzen wegen der Corona-Hilfspakete, rund 2,8 Milliarden Franken in die internationale Zusammenarbeit. Dies entspricht mehr als einer Verdoppelung der Auslandshilfen seit 2004. Die teuren staatlichen Hilfsprojekte der letzten Jahrzehnte haben ihr Ziel verfehlt: Nach wie vor halten die Migrationsströme von Süd nach Nord an, Bürgerkriege bedrohen den globalen Süden und die wirtschaftliche Ungleich-

heit in der Welt wächst. Oft werden nicht nur öffentliche Mittel verschwendet, sondern diktatorische, korrupte Regimes und Clans indirekt an der Macht erhalten. Dies zeigt, dass grosser Handlungsbedarf besteht. Die SVP fordert eine konsequente Neuausrichtung der Entwicklungshilfe. Diese ist an die Rücknahme von abgewiesenen Asylbewerbern zu koppeln. Zudem sind die Kosten im Asylbereich vollumfänglich dem Entwicklungshilfebudget anzurechnen. Steuergelder dürfen nicht nach dem Giesskannenprinzip an Entwicklungsländer ausgeschüttet werden. Die Entwicklungshilfeausgaben sind strikt auf das Niveau von 2004 zu begrenzen und die unterstützten Projekte müssen regelmässig und unabhängig auf ihren Nutzen vor Ort untersucht werden. Projekte, die ihre Ziele nicht erreichen oder gar keine Ziele definiert haben, sind sofort zu beenden.



Standpunkte

Die SVP ...

- verlangt als oberste Ziele unserer Aussenpolitik die Gewährleistung von Freiheit, Selbstbestimmung, Volksrechten, Eigenständigkeit und Neutralität der Schweiz;
- verlangt, dass die Schweiz gute Beziehungen mit allen Ländern im Interesse der Schweizer Bevölkerung anstrebt;
- fordert, dass der Bundesrat dem Parlament einen ordentlichen und referendumsfähigen Bundesbeschluss vorlegt, statt den Migrationspakt und andere internationale Instrumente und Verträge über die Hintertüre des sogenannten «Soft Law» einzuführen;
- verlangt, dass die Schweiz als Kleinstaat die bewährte Leistung Guter Dienste durch Diplomatie, IKRK und das Korps für humanitäre Hilfe lebt, statt auf die Bühne der Grossmächte zu drängen;
- verlangt, dass die Schweiz bei internationalen Krisen absolute Zurückhaltung übt und stattdessen ihre Guten Dienste anbietet;
- verlangt, dass die Schweiz in ihren Mitgliedschaften (z. B. UNO, OECD etc.) die Interessen einer unabhängigen und neutralen Schweiz vertritt;
- unterstützt die Neutralitätsinitiative, die die immerwährende und bewaffnete Neutralität der Schweiz in der Verfassung festschreiben will;
- bekämpft alle Bestrebungen, die die Schweiz durch die Hintertüre in die EU führen wollen;
- setzt sich für die Weiterverfolgung des bilateralen Wegs mit der EU auf Augenhöhe ein;
- ist gegen wiederkehrende Kohäsionsbeiträge an die EU ohne gleichwertige Gegenleistungen;
- ist für eine starke Reduktion und Befristung der staatlichen Entwicklungshilfeausgaben und Verschiebung freierwerdender Mittel zugunsten der Schweizer Bevölkerung;
- verlangt, dass die Entwicklungshilfe an die Rücknahme von abgewiesenen Asylbewerbern gekoppelt wird und die Asylausgaben vollumfänglich dem Entwicklungshilfebudget angerechnet werden;
- strebt, unter Berücksichtigung der Landwirtschaftsinteressen, Beziehungen mit allen Staaten der Welt auf der Basis von Freihandelsabkommen an, statt sich auf die EU zu fixieren.

+ Vorteile

Das bringt mir:

- ✓ Freiheit, Sicherheit, Stabilität, Wohlstand, Selbstbestimmung und Frieden;
- ✓ keinen EU-Beitritt und damit keine Unterwerfung unter fremdes Recht und fremde Richter;
- ✓ einen exzellenten Ruf hinsichtlich Rechtssicherheit und einen stabilen Wirtschaftsplatz;
- ✓ als Stimmbürger die Sicherheit, auch in Zukunft selbst bestimmen zu können, welche Regeln in der Schweiz zu gelten haben;
- ✓ als Bürger eine Regierung, die für uns Schweizer sorgt, statt das Rampenlicht der Weltbühne zu suchen;
- ✓ als Unternehmer eine bessere Interessenvertretung im Ausland und bessere Beziehungen dank Freihandelsabkommen sowie weniger Bürokratie;
- ✓ als Schweizer Bürger im Ausland höhere Sicherheit, da die Schweiz in globalen Konflikten als Vermittlerin und nicht als Kriegspartei auftritt.

**Eigentum + Freiheit
= starker Arbeitsplatz**



Eigentum und Wirtschaftsfreiheit als Pfeiler des Wohlstands

Der Schutz des Privateigentums ist die wichtigste Aufgabe eines freiheitlich demokratischen Staates. Die SVP bekämpft den links-grünen Raubzug, der zum Ziel hat, eine ideologisch geprägte Umverteilungskultur und eine unschweizerische Sozialhilfe-Abzocker-Mentalität zu fördern. Unternehmen brauchen möglichst viel Freiraum und gute Rahmenbedingungen, damit sie erfolgreich tätig sein können.



Alessandro Ehrbar
Regionaler Verkaufsleiter

“
Unsere Unternehmen
leiden zunehmend unter
der Regulierungswut aus
Bundesbern. Dies lähmt
die Wirtschaft und schadet
unserem Wohlstand! Nur ein
freies und florierendes
Gewerbe schafft Arbeitsplätze
und Wohlstand für
unser Land!
”

Keine Existenz ohne Eigentum

Die SVP setzt sich dafür ein, dass die Bürger und Unternehmen über ihre rechtmässig erworbenen materiellen und ideellen Güter frei verfügen können. Ohne verfassungsmässig garantiertes Eigentum ist weder das Selbstbestimmungsrecht des Einzelnen noch eine freie und wohlhabende Gesellschaft möglich. Die Geschichte hat es immer wieder gezeigt: Sobald ein Staat seinen Bewohnern das Eigentum nicht mehr gewährleistet oder gar wegnimmt, sind bald auch Leib und Leben der Menschen gefährdet. Leider wird das Eigentum durch verschiedenste Instrumente ausgehebelt. Unter dem Deckmantel ideologischer Zielsetzungen schränkt beispielsweise das Verbandsbeschwerderecht die Handlungsfähigkeit der Eigentümer massiv ein. Die SVP lehnt jegliche Einspruchsmöglichkeiten, welche nicht auf eine direkte Betroffenheit zurückzuführen sind, kategorisch ab. Die SVP fordert deshalb demokratisch legitimierte Rechtssicherheit für das Privateigentum. Noch drastischer sind die Eingriffe ins Privateigentum, die unter dem Titel «Klimaschutz» im Gange sind: ein Verbot von Heizöl, Benzin und Diesel. Teure Vorschriften beim Bauen und Sanieren, CO₂-Abgaben und andere als «Lenkungsabgaben» getarnte Umerziehungs- und Umverteilungssteuern.

Keine Heimat ohne Eigenheim

Insbesondere der Erwerb von Wohneigentum, das zentral für den Wohlstand der Schweiz ist, wird durch staatliche Auflagen und Einschränkungen bedroht. Die SVP fordert, dass selbst-

genutztes Haus- und Wohneigentum durch steuerliche Anreize gefördert wird. Wer Vollzeit arbeitet, soll sich im Laufe seines Lebens Wohneigentum im eigenen Land leisten können! Die heutige Eigenmietwertbesteuerung entfaltet eine eigentumsfeindliche Wirkung und gehört abgeschafft. Die SVP setzt sich dafür ein, dass der Einsatz des Vorsorgekapitals zur Finanzierung des Eigenheims erhalten bleibt. Gleichzeitig ist der freie Markt durch die Überregulierung im Mietrecht stark eingeschränkt. Den staatlichen sozialen Wohnungsbau mit wettbewerbsverzerrenden Effekten lehnt die SVP ab. Genauso das Verbot von Ölheizungen und die Solarpflicht für alle Hausbesitzer: Diese Milliardenkosten müssen die Wohneigentümer zahlen – und die Mieter mit noch höheren Mieten.

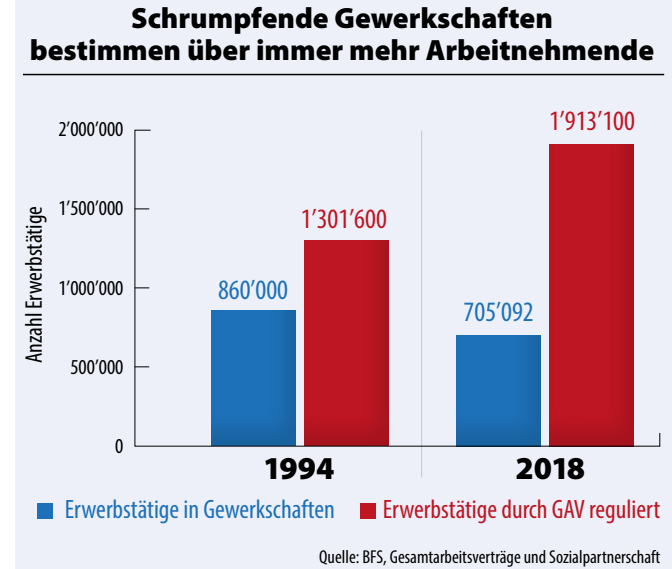


Wirtschaftsfreiheit anstatt Totregulierung

Die Schweizer Unternehmen – und dabei speziell die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) sind als Arbeitgeber Garant des Wohlstands für Land und Leute. Deshalb kämpft die SVP für mehr unternehmerischen Freiraum und gegen neue Gesetze und Verbote, die unsere Unternehmen belasten. Denn wo die Bürokratie wuchert, wird zwangsläufig das unternehmerische Handeln eingeschränkt und die regulatorischen Kosten laufen aus dem Ruder. Die Tendenzen der vergangenen Jahre, den liberalen Arbeitsmarkt immer mehr zu regulieren, die Energie und den Transport zu verteuern und den bürokratischen Aufwand zu vergrössern, sind endlich zu stoppen. Unseren erfolgreichen KMU, aber auch den vielen grossen Firmen mit Sitz in der Schweiz, ist Sorge zu tragen. Staatlich verordneter, bürokratischer Leerlauf – namentlich durch bürokratische Änderungen in den bundesrätlichen Verordnungen – schaden den Unternehmen und damit der Schweiz. Unnötige Regulierungen, neue Gesetze, Vorschriften und Verbote sowie die automatische Übernahme von EU-Recht, die Gift für die Unternehmen und Gewerbebetriebe sind, lehnt die SVP ab.

Wachsender Einfluss gewerkschaftlicher Totengräber

Sozial ist, wer Erfolg hat und Arbeitsplätze schafft. Arbeit ist das zuverlässigste Mittel gegen die Armut. Ein flexibler Arbeitsmarkt ist der beste Schutz vor Arbeitslosigkeit und erleichtert den Zugang zum Arbeitsmarkt und einem guten Auskommen. Das liberale Arbeitsrecht und eine freie, dezentrale



trale Lohnbildung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind die Trümpfe des schweizerischen Arbeitsmarktes. Die Einführung der Personenfreizügigkeit im Jahr 2002 und die heute fast 600 Gesamtarbeitsverträge (GAV) bedrohen jedoch diese Trümpfe. Die Gewerkschaften geben vor, als offizielle Vertreter für über die Hälfte aller Beschäftigten zu agieren, obwohl lediglich 15 Prozent der Erwerbstätigen Mitglied in einer der Gewerkschaften sind und deren Mitgliederzahlen stetig schwinden. Die SVP bekämpft das Doppelspiel der Ge-

werkschaften: Sie wollen über immer mehr allgemein verbindliche GAV den Arbeitsmarkt regulieren und zusätzlich mit der Unterstützung von Links-Grün über kantonale und städtische Mindestlöhne weitere Bereiche des Arbeitsrechts verstaatlichen. Damit gefährden sie Arbeitsplätze, anstatt solche zu schützen.

Der wachsende Einfluss der Gewerkschaften und der Ausbau der Beamtenschweiz gehen Hand in Hand. Jede neue Regulierung, überwacht durch Gewerkschaften und Bundesbeamte, rechtfertigt neue Steuern und Abgaben. Deshalb kämpft die SVP für einen Abbau der Regulierungsdichte. Für jedes neue Gesetz oder jede neue Regulierung ist mindestens eines bzw. eine zu streichen.

Nein zur staatlichen Enteignung

Die in grosser Zahl neu geschaffenen Staatsstellen belasten nicht nur die Steuerzahler, sondern auch die Wirtschaft. Mehr Beamte führen automatisch zu noch mehr staatlicher Bürokratie, Aktionismus und noch mehr Übernahme von EU-Recht. Anstelle von Markt und Wettbewerb treten sodann staatliche Vorschriften und Interventionismus sowie internationale Gleichmacherei, welche die Unternehmer aus dem Markt drängen. Unnötige Monopole wie die Suva oder die SRG verteuern zudem die Dienstleistungen und verhindern echte Konkurrenz. Die erweiterte Fiskalquote stieg zwischen 1990 und 2019 von 33,2 Prozent auf 39,6 Prozent. In anderen Worten: Von jedem in der Schweiz erarbeiteten «Hunderter-

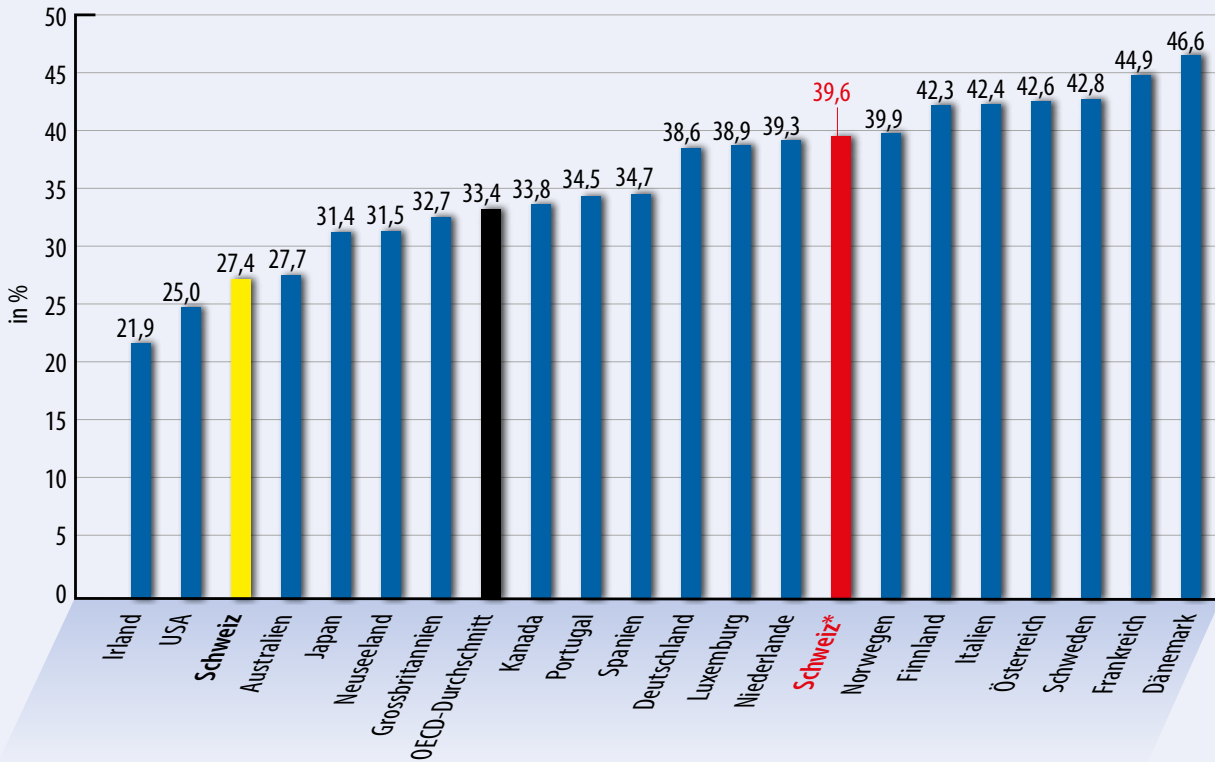


nötli» reissen die Bundesbeamten 40 Franken an sich, ölen damit die Maschinerie des Beamtentums und finanzieren auch ihre Privilegien. Die SVP kämpft dafür, dass die Menschen in der Schweiz ihr sauer verdientes Geld selbst ausgeben, sparen oder investieren können.

Ja zur Privatsphäre

Angetrieben durch die steigenden Einnahmen auf Kosten der Privaten, untersuchen immer mehr Beamte das Handeln der Bürger und Unternehmen. Die Privatsphäre wird zunehmend untergraben. Die Preisgabe des Bankkundengeheimnisses gegenüber dem Ausland und sich abzeichnende digitale Identitätskarten sowie Impfausweise sind Beispiele dafür, wie die Privatsphäre der Bürger bereits ausgehöhlt wurde. Die SVP lehnt jede weitere Preisgabe der Privatsphäre durch eine Ausdehnung des Informationsaustauschs aller schützenswerten

Von jedem erarbeitenden Franken bleiben nur noch 60 Rappen



Roter Balken: Erweiterte Fiskalquote der Schweiz (im Gegensatz zum gelben Balken inklusiv Zwangsabgaben wie 2. Säule, Krankenkasse etc.)

Daten ab. Derartige Bestrebungen, insbesondere Automatismen, widersprechen wichtigen Grundsätzen der Schweiz, wie dem Schutz der Privatsphäre oder einem auf Treu und Glauben aufbauenden Verhältnis zwischen Bürger und Staat. Zudem wird durch mehr Privatsphäre auch die Bürokratie gesenkt: Je weniger Daten gesammelt werden, desto weniger Bundespersonal muss diese auswerten. Die SVP kämpft für einen schlanken Staat und den uneingeschränkten Schutz der Privatsphäre der Bürger in allen Belangen.

Internationale Gleichmacherei abwehren

International gerät das Erfolgskonzept der Schweiz unter Druck. Eine internationale Steuerregelung ändert zwei bis anhin sakrosankte Prinzipien der Unternehmensbesteuerung. Neu soll erstens eine Mindestbesteuerung auf die Gewinne grösserer Unternehmen eingeführt werden. Zweitens soll deren Besteuerung weg vom Produktionsstandort hin zum Marktstaat verschoben werden. Dies ist ein Angriff auf die

Schweiz als wettbewerbsfähiges Land, aber auch auf die interkantonale Steuerkompetenz. Die SVP kämpft für den Erhalt der kantonalen Steuerhoheit. Zusätzliche Steuereinnahmen in Form von Ergänzungssteuern, generiert durch international erzwungene Steuererhöhungen, müssen direkt den betroffenen Kantonen zugutekommen. Jeglichen Umverteilungsgelüsten, welche zusätzliche Steuer- oder Abgabenerträge auslösen, erteilt die SVP eine Absage. Der von Links-Grün genährten Vollkasko-Mentalität, welche den Staat als Selbstbedienungsladen sieht, erklärt die SVP den Kampf.

Ja zum weltweiten Handel

Der internationale Austausch von Gütern und Dienstleistungen in Form von Freihandel, der nicht durch Zölle und andere Handelshemmnisse behindert wird, ist der Motor der Weltwirtschaft. Als stark vom Export abhängiger Kleinstaat, der 2021 Waren im Wert von über 259 Milliarden Franken ausgeführt hat, hat unser Land bereits früh einen möglichst barrierefreien Handel und entsprechende Freihandelsabkommen angestrebt. Die Schweiz soll ihre Bestrebungen für den weltweiten Abschluss weiterer Freihandelsabkommen – unter besonderem Einbezug der Versorgungssicherheit – verstärken. Aufgrund der sich verändernden Bedeutung der Märkte, insbesondere vor dem Hintergrund der aufstrebenden Schwellenländer, ist es wichtig, dass die Schweiz dabei einen universellen Ansatz verfolgt und sich nicht einseitig auf die EU ausrichtet. Die SVP kämpft für eine liberale, weltoffene Handelspolitik, welche nicht einseitig auf die EU ausgerichtet ist.



Standpunkte

Die SVP ...

- verteidigt den Schutz jeglichen Eigentums und den Schutz der Rechtssicherheit in der Schweiz als tragende Säulen der Freiheit des Bürgers;
- fordert mehr Freiheit und weniger Regulierungen, Vorschriften und Verbote zur Sicherung der bestehenden und Schaffung neuer Arbeitsplätze;
- setzt sich konsequent für die Anliegen des arbeitenden Schweizer Mittelstandes ein;
- reduziert den Staat auf seine Dienstleisterrolle, der für die Steuerzahler einfach zugängliche, schnelle und unbürokratische Dienstleistungen erbringt;
- verlangt, dass der Staat die Wirtschaft weder konkurrenziert noch behindert;
- fordert die Abschaffung des Verbandsbeschwerderechts und einen Abbau des bürokratischen Bewilligungswesen, welche die Weiterentwicklung der Wirtschaft als Ganzes massiv behindern;
- fordert im Sinne einer Stützung des Föderalismus die Stärkung des Parlamentes gegenüber der Verwaltung und Exekutive;
- kämpft für die Abschaffung der flankierenden Massnahmen sowie der Stellenmeldepflicht;
- fordert ein Verordnungsveto, um den Ausbau der Bürokratie zu bremsen;
- fordert die Ausgestaltung eines flexiblen und modernen Schweizer Arbeitsmarkts, eine Flexibilisierung der Arbeitszeiterfassung sowie eine Stärkung der Selbstständigkeit;
- setzt sich für tiefe Lohnnebenkosten ein;
- verlangt, dass die Quoren für die Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit auf keinen Fall gesenkt werden und die Gültigkeit von allgemein-

verbindlichen Gesamtarbeitsverträgen nicht über die Branche hinaus ausgeweitet wird;

- ist gegen jegliche Einschränkung der Nutzung des Bargeldes als gesetzliches Zahlungsmittel;
- bekämpft den Rückgriff des Staates auf Sparguthaben und Pensionskassengelder;
- bekämpft die eigentumsfeindliche Eigenmietwertbesteuerung unter Beibehaltung der investitionsfördernden Abzüge von Unterhaltsaufwand und Schuldzinsen;
- bekämpft den Ausbau der Bürokratie im Mietrecht.

+ Vorteile

Das bringt mir:

- ✓ als Arbeitnehmer einen sicheren und interessanten Arbeitsplatz;
- ✓ als jungem Arbeitnehmer, die Aussicht eigenes Wohneigentum erarbeiten zu können;
- ✓ als Hausbesitzer den Schutz des Eigentums und weniger Bürokratie;
- ✓ als Konsument, Lohnempfänger und Rentner einen starken Schweizer Franken mit hoher Kaufkraft;
- ✓ als Unternehmer mehr Geld für Investitionen und Innovationen;
- ✓ als Gewerbler und produzierendem Bauern weniger Bürokratie und Papierkram;
- ✓ als Steuerzahler und Bankkunde einen starken Schweizer Finanzplatz und die Gewissheit, dass auch in Zukunft kein automatischer Zugriff auf meine Finanzdaten erfolgt.

Finanzen, Steuern und Abgaben



Mehr dem Mittelstand, weniger dem Staat

Der Staat wächst und wächst. Die Ausgaben des Bundes haben sich seit 1990 mehr als verdoppelt. Steuern, Abgaben und Gebühren werden laufend erhöht. Die Politik von Mitte-Links zielt darauf ab, an mehr Geld der hart arbeitenden Bevölkerung zu kommen und dieses umzuteilen. Die Zeche zahlt insbesondere der Mittelstand. Diese Dynamik ist endlich zu brechen. Wer arbeitet und selbstverantwortlich Geld zur Seite gelegt hat, soll auch in Zukunft etwas von seinem Ersparnen haben.



Gaby Infortuna
Treuhänderin mit eidg. Fachausweis

“ **Statt den Mittelstand zu entlasten, gibt der Bund jährlich Milliarden für die Entwicklungshilfe aus. Trotzdem kommen jedes Jahr Zehntausende Asylmigranten in unser Land. Statt Milliarden ins Ausland zu verschenken, sollen unsere hart erarbeiteten Steuergelder der Schweizer Bevölkerung zugutekommen.** ”

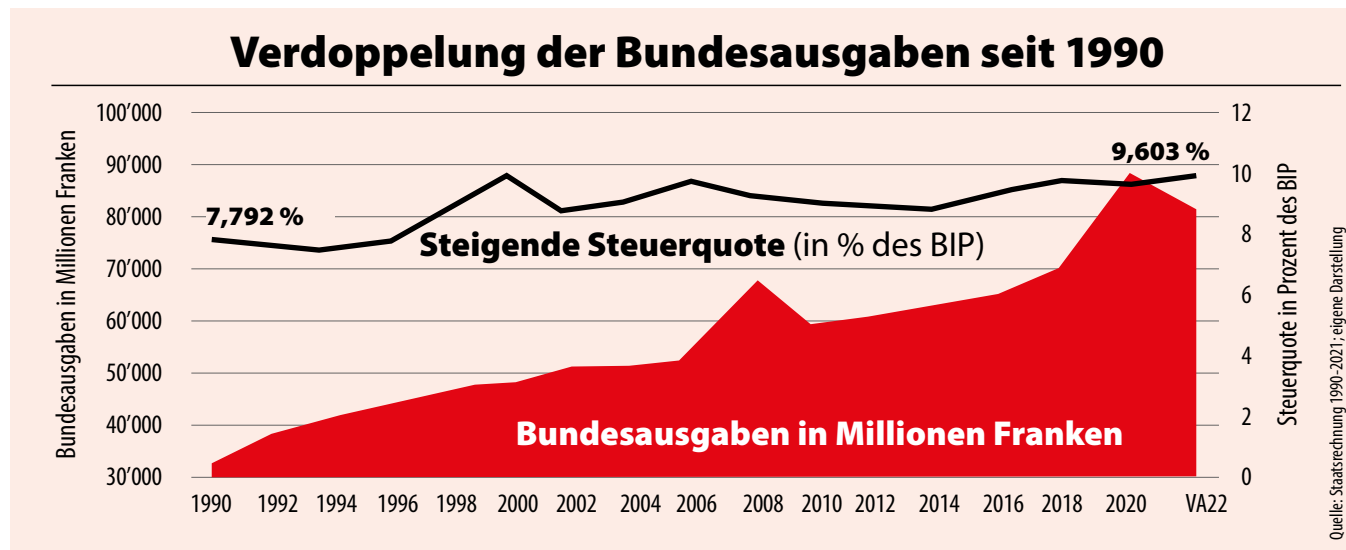
Ausgabenwachstum bremsen

Trotz jahrelanger positiver Rechnungsabschlüsse befinden sich die Bundesfinanzen in einer schlechten Verfassung. Wurden 1990 noch gut 32 Milliarden Franken ausgegeben, sind es 2023 bereits 82 Milliarden Franken. Im ersten Corona-Jahr 2020 sind die Ausgaben gar mit 89 Milliarden explodiert, das Defizit betrug 15 Milliarden Franken. Bis Ende 2022 haben sich die Schulden der masslosen Coronapolitik auf weit über 30 Milliarden Franken aufgetürmt. Die SVP fordert Einsparungen im Bundeshaushalt zum schnellen Abbau der Ver-

schuldung und zur Reduktion der stetig steigenden Ausgaben. Der Einhaltung der durch Volk und Stände eingeführten Schuldenbremse (Bundesverfassung Art. 126) ist höchste Priorität beizumessen. Ihr Ziel ist es, die Verschuldung über den Konjunkturzyklus hinweg konstant zu halten. Dies bewirkt bei wachsender Wirtschaft eine sinkende Verschuldungsquote.

Soziale Wohlfahrt bedroht Wohlstand

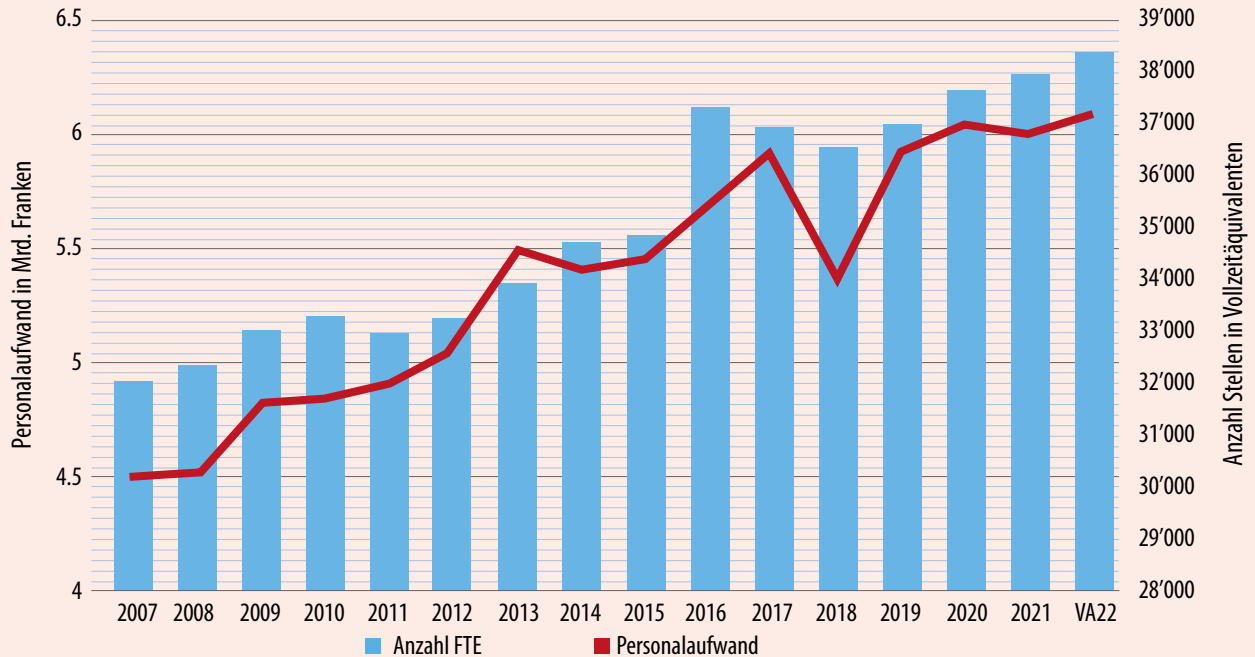
Während bei der Landwirtschaft und Armee jahrelang gespart wurde, wuchsen andere Bereiche ungebremst. Mit



Abstand den grössten Ausgabenposten bildet heute die soziale Wohlfahrt. Sie macht über einen Drittel der gesamten Bundesausgaben aus. Entgegen dem linken Mantra, in der Schweiz werde «Sozialabbau» betrieben und der Staat «kaputtgespart»,

floriert die Sozialbranche geradezu. Die Bundesausgaben für soziale Wohlfahrt verdoppelten sich in den letzten 20 Jahren von 14 auf knapp 28 Milliarden Franken. Allein für die soziale Wohlfahrt wird somit mehr Geld ausgegeben als für Armee,

Entwicklung Personalaufwand und Stellenbestand des Bundes



Quelle: Datacenter, FFY; eigene Darstellung

Bildung und Verkehr zusammen. Hier sind strukturelle Massnahmen zur Sicherung unserer sozialen Errungenschaften zwingend. Einen weiteren Ausbau und die Duldung von Sozialschmarotzern darf es nicht geben.

Die Verwaltung wächst auf unsere Kosten

Auch die Bundesverwaltung ist in den vergangenen Jahren rasant gewachsen. Während der Personalaufwand im Jahr 2007 noch bei 4,5 Milliarden Franken lag, betrug er im Jahr 2021 bereits 6 Milliarden Franken, stieg also in knapp 15 Jahren um über 20 Prozent. Ein beachtlicher Anteil dieses Wachstums geht auf neue Stellen und auf Funktionswechsel zurück. Insgesamt arbeiteten beim Bund 2021 knapp 40'000 Personen, 2007 waren es noch rund 32'000. Der durchschnittliche Jahres-Bruttolohn eines Bundesangestellten betrug 2021 126'329 Franken. Anstatt für die Bürger da zu sein und sparen zu wollen, zelebriert die Verwaltung das Mantra einer ausgeglichen Geschlechterverteilung.

Stopp dem Bussenterror

Neben Steuern, Abgaben und Gebühren, welche in den vergangenen Jahren von Bund, Kantonen und Gemeinden erhöht wurden (z. B. CO₂-Abgaben, Solidaritätsprozent ALV, Abfall- und Abwassergebühren, usw.) schantzt sich die öffentliche Hand immer mehr Mittel über Bussen zu. Diese erhalten damit faktisch einen fiskalischen Charakter. Die Wirkung als Strafe oder zur Erhöhung der Sicherheit, tritt in den Hintergrund. Der Mechanismus bei den Bussen ist klar: Dank mehr Bus-

seneinnahmen können die Behörden verhältnismässig einfach auf das Geld der Bürger zugreifen, wogegen die Steuern nur mit Zustimmung des Volks erhöht werden können.

Damit mehr zum Leben bleibt

Wohlstand und Arbeitsplätze lassen sich nur erhalten, wenn die Bürger und Unternehmen wieder freier über ihr Geld verfügen können. Heute müssen wir fast die Hälfte des Jahres



für staatliche Zwangsabgaben (Steuern, Prämien, Abgaben und Gebühren) arbeiten. Nur mit einer deutlichen Entlastung durch Senkung der Steuern und Abgaben entstehen wieder mehr Privatinvestitionen, mehr Innovation und damit neue Arbeitsplätze und Lehrstellen. Die SVP bekämpft deshalb alle neuen Steuern, Abgaben und Gebühren und fordert im Gegenteil steuerliche Entlastungen. So setzt sich die SVP für die Abschaffung der eigentumsfeindlichen Eigenmietwertbesteuerung ein und unterstützt die Volksinitiative, die eine Begrenzung der Zwangsabgabe für Radio und Fernsehen auf 200 Franken jährlich fordert. Ehepaare und Familien sollen bei den Steuern bessergestellt werden, deshalb lehnt die SVP die Individualbesteuerung grundsätzlich ab. Die SVP bekennt sich auch in aller Deutlichkeit zum Schweizer Franken und zum Bargeld wie auch zur Unabhängigkeit der Nationalbank.

Weniger Steuergeld ins Ausland

Die SVP macht sich stark für einen kostengünstigen, schlanken Staat. Es darf nicht sein, dass immer neue Einnahmequellen erschlossen werden, um ständig neue Staatsaufgaben zu finanzieren. Die massiv steigenden Ausgaben für die Ausland- und Entwicklungshilfe von jährlich über drei Milliarden Franken sind massiv zu kürzen. Internationale Organisationen wie die UNO drängen die Schweiz, die Entwicklungshilfeausgaben zu erhöhen. Der Anteil der Entwicklungshilfeausgaben an allen in der Schweiz hergestellten Dienstleistungen und Waren (dem sogenannten Bruttonationaleinkommen) war 2021 bei 0.51 Prozent: Tendenz steigend! Die SVP kämpft dagegen, dass

Schweizer Steuergelder in der multilateralen Entwicklungshilfe versickern oder dazu dienen, ineffiziente Entwicklungsbanken zu finanzieren.

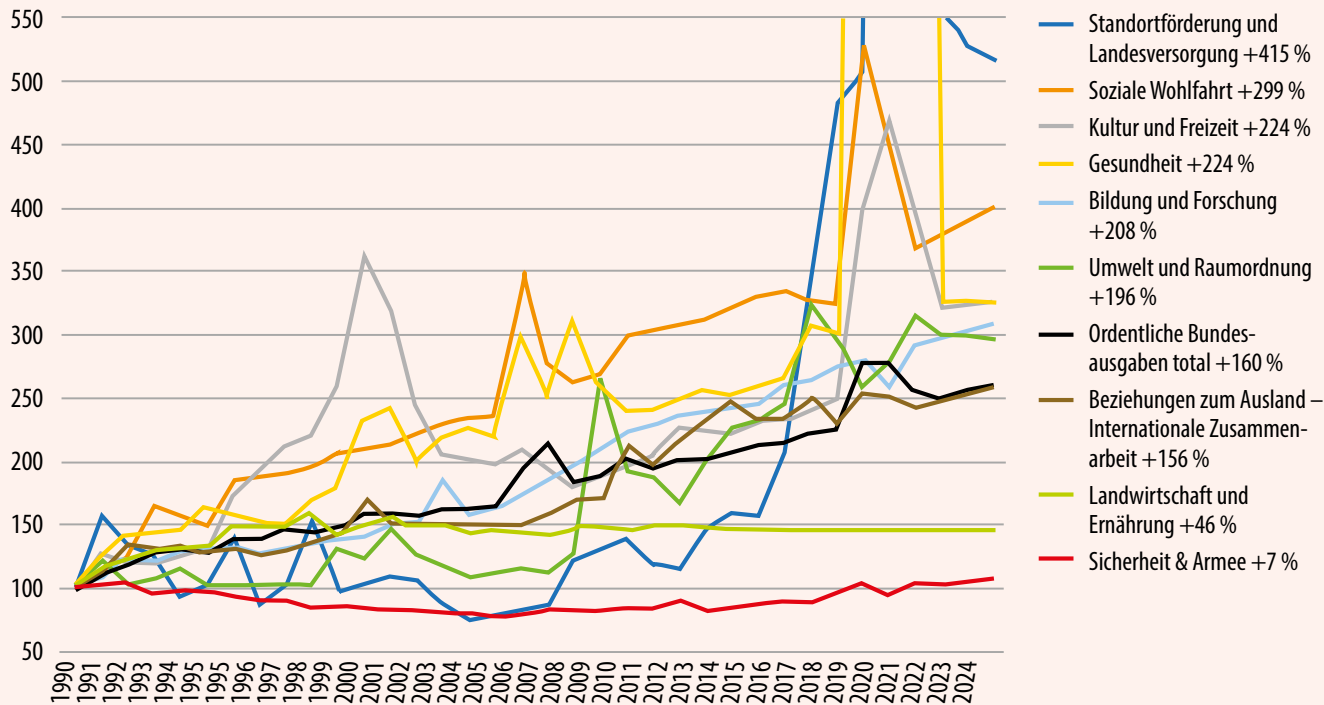
Steuerwettbewerb erhalten

Die SVP ist die Partei des Föderalismus und damit der Steuerhoheit der Kantone und Gemeinden. Nur so kann Wettbewerb stattfinden, und nur so sind bequem gewordene Behörden gezwungen, ihre Steuerpolitik zugunsten der Bürger, statt im Dienst ihrer Verwaltungsinteressen zu gestalten. Dem Druck aus dem Ausland auf das schweizerische Steuersystem ist zu widerstehen. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit unseres Steuersystems ist ein grosser Standortvorteil. Anpassungen dürfen nur erfolgen, wenn sie durch steuerliche Erleichterungen in anderen Bereichen kompensiert werden.

Fairer nationaler Finanzausgleich

Im Rahmen des nationalen Finanzausgleichs (NFA) werden mit dem Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleich Finanzmittel vom Bund zu den Kantonen und zwischen den ressourcenstarken bzw. ressourcenschwachen Kantonen umverteilt. Aus Sicht der SVP muss der Finanz- und Lastenausgleich angemessen und fair sein, damit die Unterschiede zwischen den Kantonen effizient verringert und übermässige finanzielle Lasten aufgrund ihrer strukturellen Bedingungen ausgeglichen werden können. Dafür braucht es eine Obergrenze beim NFA und positive Anreize für Nehmerkantone, ihre Finanzkraft zu verbessern.

Indexierte Entwicklung der Bundesausgaben nach Aufgabengebiet seit 1990



Quelle: Datacenter, EFV; eigene Darstellung

Standpunkte

Die SVP ...

- setzt sich ein für tiefere Steuern, Abgaben und Gebühren für alle und lehnt jegliche neuen Steuern, Abgaben und Gebühren sowie Erhöhungen ab;
- setzt sich ein für den Erhalt des bewährten Schweizer Steuerföderalismus;
- kämpft dafür, dass der Staat nicht mehr ausgibt, als er einnimmt, und dass sich die Ausgaben nach den Einnahmen richten und nicht umgekehrt;
- lehnt jede Aufweichung der Schuldenbremse ab. Budgetüberschüsse müssen weiterhin vollumfänglich für den Schuldenabbau verwendet werden;
- verlangt regelmässige und umfassende Aufgabenüberprüfungen, mit denen überflüssige Verwaltungsaufgaben und -einheiten reduziert werden können;
- setzt sich für eine Reduktion der gebundenen Ausgaben beim Bund ein;
- fordert, dass das Wachstum des öffentlichen Sektors sofort gestoppt wird. Heute wächst der öffentliche Sektor nicht nur am schnellsten, sondern auch viel stärker als die Wirtschaft (BIP). Das gilt es zu stoppen;
- fordert Schluss mit den Beamten-Privilegien gegenüber der arbeitenden Bevölkerung in der Privatwirtschaft auf nationaler, kantonaler und kommunaler Ebene: Streichung und Anpassung der Beamtenprivilegien (Ferien- und Feiertage, paritätischer BVG-Beitrag, Vaterschafts- und Mutterschaftsurlaube, Ortszuschlag, usw.);
- setzt sich dafür ein, dass die Lohn- und Lohnnebenkosten des Bundespersonals an die Durchschnittslöhne der Privatwirtschaft angepasst werden;
- setzt sich für ein Finanzreferendum ein, damit das Volk bei Finanzausgaben das letzte Wort hat;
- verlangt eine international unabhängige und konkurrenzfähige Unternehmensbesteuerung;
- fordert die Abschaffung der Heiratsstrafe und lehnt die Individualbesteuerung ab, welche die Ehe als Wertegemeinschaft unterwandert;
- setzt sich für die Unabhängigkeit der Nationalbank und den Erhalt des Schweizer Frankens ein.

+ Vorteile

Das bringt mir:

- ✓ als Bürger mehr Geld im Portemonnaie, da keine neuen Steuern, Gebühren und Abgaben eingeführt werden;
- ✓ als Konsument tiefere Preise;
- ✓ als Angestellter und Lehrling die Sicherung meines Arbeitsplatzes;
- ✓ als Unternehmer mehr Geld für Investitionen in die Zukunft;
- ✓ als Auto- und Motorradfahrer weniger Bussenterror und moderate Treibstoffpreise.

Energie



Versorgung mit genügend sicherer und günstiger Energie sicherstellen

Die verlogene Energiestrategie 2050 ist gescheitert. Das Resultat dieser unrealistischen Politik ist eine akute Gefährdung der Schweiz durch eine Strommangellage. Obwohl wir heute schon zu wenig und viel zu teuren Strom haben, will Bundesbern zusätzlich Heizöl, Gas, Diesel und Benzin als Energieträger verbieten. Heizen und Autofahren wären nur noch elektrisch möglich. Das heisst massiv mehr Strombedarf, Milliardenkosten und noch teurere Energiepreise! Die Landschaft soll mit Solarpanels und Windkraftturbinen zugestraft werden. Trotzdem wird die Versorgung mit genügend Strom im Winter bei Weitem nicht reichen. Die Politik muss endlich ihre Verantwortung wahrnehmen und die Versorgungssicherheit als oberste Priorität der Schweizer Energiepolitik für alle kommenden Winter gewährleisten.



Ronald Stalder
Leiter Zentrale Dienste

“**Milliardenteure ideologische Klima-Utopien von Mitte-Links führen zu einer Strommangellage und schaden der Schweiz, unserer Wirtschaft und der Bevölkerung. Wir brauchen endlich eine vernünftige und realistische Energiepolitik, die frei ist von Denk- und Technologieverboten.**”

Mangellage sofort entschärfen

Bei der Volksabstimmung über die «Energiestrategie 2050» von 2017 wurden der Bevölkerung durch den Bundesrat geschönte Zahlen sowie völlig unrealistische Annahmen präsentiert. Die Strategie sei sicher, sauber und schweizerisch. Der Atomausstieg sei mit Mehrkosten von 40 Franken pro Haushalt zu realisieren und es sei jederzeit genügend Strom aus erneuerbaren Energien vorhanden. Heute sind sich führende Vertreter der Wirtschaft, des Bundes und der Wissenschaft einig: Eine Strom-Mangellage ist die grösste Bedrohung für unser Land und wird gemäss Bund bereits in naher Zukunft Realität – mit katastrophalen Folgen für die Menschen in der Schweiz. Denn der Schweiz mangelt es bereits heute, vor allem im Winterhalbjahr, an genügend Strom. Damit tritt die Katastrophe ein, vor der die SVP schon lange warnt. Eine Strommangellage hätte existenzbedrohende Folgen für die Menschen, die Arbeitsplätze und den Wohlstand und hätte viel drastischere Auswirkungen auf unser Land als die Corona-Krise. Eine Strommangellage wird alle Menschen in der Schweiz



hart treffen: Ohne Strom bricht das ganze Leben zusammen. Nahrungsmittel und andere Produkte des täglichen Bedarfs werden knapp. Die Versorgung mit Geld ist nicht mehr gewährleistet. Heizen, Kochen, Duschen und vieles mehr wird nicht mehr oder nur eingeschränkt möglich sein. Die Gesundheitsversorgung, der Verkehr und vieles mehr kommt zum Erliegen. Die SVP fordert seit langem, unverzüglich einen Strom-General einzusetzen mit dem Auftrag, für eine sichere, unabhängige und kostengünstige Stromversorgung zu sorgen.

Zuwanderer vernichten Stromspar-Effekte

Der Strombedarf steigt beständig und wird trotz Sparbemühungen weiter steigen. Ein hoher Energiekonsum ist auch ein Zeichen für Wohlstand und Wachstum. Es kann nicht ernsthaft unser Ziel sein, den Lebensstandard drastisch zu senken oder in ein vorindustrielles Zeitalter zurückzufallen. Genau dahin führt jedoch die verfehlte Energiepolitik der Linken und Grünen. Die wirkliche Herausforderung besteht darin, wirtschaftliche Bedürfnisse, menschliche Ansprüche und ökologische Wünsche zu versöhnen. Zwar sind die elektrischen Apparaturen effizienter geworden, aber die Anwendungen im Strombereich nehmen zu, nicht zuletzt in den Haushalten.

Der mittlere Energieverbrauch pro Person ist seit 1990 zwar um rund 14,5 Prozent zurückgegangen. Aber als Folge der gleichzeitigen Zunahme der Wohnbevölkerung um über 28 Prozent ist die Gesamtmenge der genutzten Energie in der gleichen Periode um rund 5,5 Prozent angestiegen. Die Spar-

effekte jedes einzelnen Schweizer werden durch die Bevölkerungszunahme wegen der ungebremsten Zuwanderung beinahe komplett weggefressen. Der Elektrizitätsverbrauch der Schweiz hat zwischen 2000 und 2018 sogar um 10 Prozent zugenommen. Auch hier hat die Zuwanderung einen negativen Effekt hinterlassen und sämtliche Einsparungen zunichte gemacht. Es nützt nichts, wenn wir in teure Energieeffizienz-

massnahmen investieren und Strom sparen, wenn gleichzeitig jedes Jahr eine Masseneinwanderung in der Grösse der Stadt Biel stattfindet.

Bezahlbare Versorgungssicherheit

Ohne Strom steht die Welt buchstäblich still. Wachstum und Wohlstand und Fortschritt hängen von einer ausreichenden

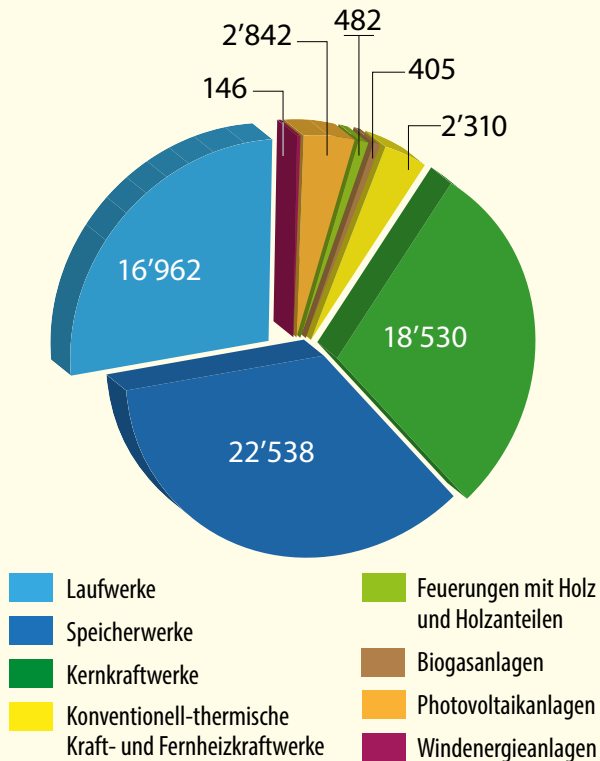
| Energieträger | Endverbrauch in Originaleinheiten | | Endverbrauch in TJ | | Veränderung in % |
|-----------------------------|-----------------------------------|------------|--------------------|----------------|------------------|
| | 2020 | 2021 | 2020 | 2021 | 2020-2021 |
| Erdölprodukte | 7'646'000 t | 804'3000 t | 327'830 | 344'920 | 5,2 |
| Elektrizität | 55'714 GWh | 58'113 GWh | 200'570 | 209'210 | 4,3 |
| Gas | 31'362 GWh | 33'966 GWh | 112'900 | 122'280 | 8,3 |
| Kohle | 151'000 t | 152'000 t | 3'660 | 3'700 | 1,1 |
| Holzenergie | - | - | 39'860 | 46'390 | 16,4 |
| Fernwärme | 5'847 GWh | 6'414 GWh | 21'050 | 23'090 | 9,7 |
| Industrieabfälle | - | - | 11'610 | 12'030 | 3,6 |
| Übrige erneuerbare Energien | - | - | 30'420 | 33'100 | 8,8 |
| Total Endverbrauch | - | - | 747'900 | 794'720 | 6,3 |

und bezahlbaren Stromversorgung ab. Das oberste Ziel einer vernünftigen Energiepolitik ist es, für eine günstige, unabhängige, reichlich verfügbare und umweltfreundliche Energieproduktion zu sorgen. Dieser Grundsatz ist mit der heutigen Energiestrategie nicht mehr einzuhalten. Die bewährten Hauptpfeiler unserer Stromversorgung sind in Gefahr. Der Ersatz der bestehenden Kernkraftwerke durch neue Anlagen ist gesetzlich verboten. Damit entfällt rund ein Drittel unserer einheimischen Stromproduktion. Der weitere Ausbau der Wasserkraft mit seinen knapp 60 Prozent Anteil an der Produktion ist aufgrund der ganzen Beschwerdeverfahren der links-grünen Verbände in Gefahr. Aber die Wasserkraft und die Kernkraft sind für die Schweizer Stromproduktion unverzichtbar. Um einer Strommangellage, insbesondere mit Blick auf die Winterstromversorgung, entgegenzuwirken, ist deren Anteil zu erhalten sowie auszubauen. Aus Sicht der SVP müssen die beiden Energieträger Wasser- und Kernkraft weiterhin die Hauptpfeiler der Schweizer Stromversorgung bilden. Keine anderen Energieträger sind punkto Kapazitäten, Kosten und Versorgungssicherheit konkurrenzfähig.

Bestehende Kernkraftwerke ersetzen

Auch im Bereich der Kernkraft erweist sich die Energiestrategie als untauglich, weil sie Technologieverbote beinhaltet: Damit wird der Bau neuer Kernanlagen verunmöglicht. Wegen Nachlässigkeiten von Betreibern und Aufsichtsstellen in anderen Ländern (Stichwort «Fukushima») musste die Kernenergie auch in der Schweiz als Sündenbock für eine vermeintlich

Elektrizitätserzeugung 2021 in GWh



Quelle: BFE, Schweizerische Gesamtenergiestatistik 2021

veraltete und umweltschädigende Energiegewinnung herhalten. In totaler Verkennung der Tatsachen und Realitäten. Aus Angst davor, sich einer öffentlichen Grundsatzdebatte stellen zu müssen, forcierten die Links-Grünen ein faktisches Verbot der Kernenergie. So kam es, dass das geltende Energiegesetz die laufende Forschung und Entwicklung an Kernanlagen der dritten und vierten Generation aus ideologischen Gründen und ohne Prüfung für nicht zukunftsträchtig klassifiziert hat. Mit dem Bewilligungsverbot für neue Kernkraftwerke fällt aber am Ende der Betriebsdauer der bestehenden Kernkraftwerke rund ein Drittel der Schweizer Stromproduktion weg. Der Importbedarf würde somit vor allem im Winter stark ansteigen. Zudem verliert die Schweiz beim Abschalten ihrer Kernkraftwerke die wichtige Bandenergie (Grundbedarf an Strom, der jeden Tag rund um die Uhr verbraucht wird, elementar auch für die Netzstabilität). Oberste Priorität ist: Die bestehenden Kernkraftwerke müssen so lange am Netz bleiben, wie sie sicher und wirtschaftlich sind. Darüber hinaus braucht es den Bau neuer Kernkraftwerke neuester Generationen. Es wäre unsinnig, auf diese bewährte Säule der Schweizer Energieversorgung zu verzichten, nachdem wir seit über fünfzig Jahren klaglos mit sicheren Kernkraftwerken leben. Zudem: Technisch ist die sichere Entsorgung radioaktiver Abfälle längst gelöst. Die links-grüne Verhinderungstaktik ist kontraproduktiv.

Zukunft der erneuerbaren Energien

Im Sinne einer günstigen, unabhängigen und umweltfreundlichen Stromversorgung ist die Wasserkraft weiter auszubauen.

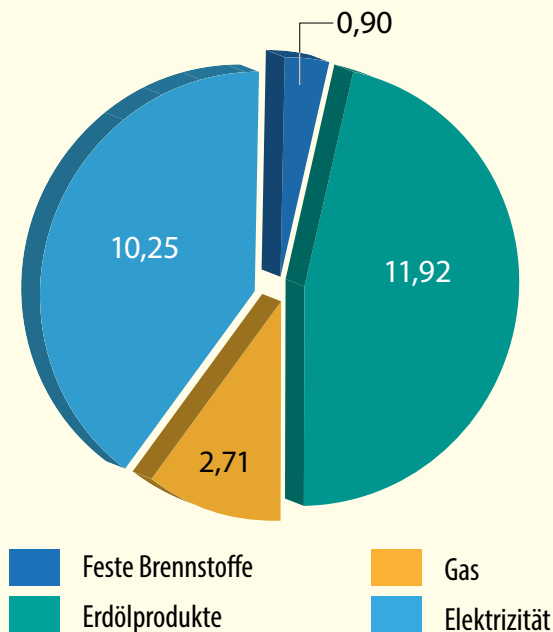
Aber auch sie stösst an natürliche und politische Grenzen. Wasserkraftwerke können nur begrenzt Strom liefern. Dazu kommt der politische Widerstand. Soll ein neues Werk gebaut oder eine Staumauer erhöht werden (wie etwa in Graubünden oder im Berner Oberland), um mehr Kapazität zu gewinnen, regt sich sofort Opposition. Blockiert werden die Projekte ausgerechnet von grünen Organisationen. Zur Deckung des Strombedarfs werden auch erneuerbare Energien zugezogen. In der Schweiz gibt es rund 670 Wasserkraftwerke. Von ihnen stammen rund 60 Prozent der gesamten Stromproduktion des Landes. Ihre Produktion ist umweltfreundlich, günstig und unabhängig vom Ausland. Daher fordert die SVP, dass die gesetzlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit die Produktion der Schweizer Wasserkraft bis zum Jahr



Endverbraucher-Ausgaben für Energie 2021

Total: 25,78 Mrd. CHF

in Mrd. CHF



Quelle: BFE, Schweizerische Gesamtenergiestatistik 2021 (Fig. 13)

2034/35 mindestens um 10 Prozent der aktuellen mittleren Produktionserwartung gesteigert werden kann. Die Plan-genehmigungs- und Baubewilligungsverfahren sind zudem weitmöglichst zu straffen und das Verbandsbeschwerderecht ist aufzuheben. Die Wasserkraft bedeutet für die Schweiz einen riesigen Standortvorteil und ist zweifellos die ideale Form der erneuerbaren Energiegewinnung. Weiter sind die Kapazitäten durch neue Technologien wie beispielsweise durch Tiefengeothermie, Biomasse, Kleinwasserkraft, Photovoltaik oder Windkraft zu erhöhen, sofern dies für die Versorgungssicherheit und ökonomisch Sinn macht.

Für eine vernünftige Energiepolitik

Die Energiepolitik der Zukunft hat sich an realistischen Annahmen und Massnahmen und nicht an ideologischen und utopischen Wunschvorstellungen zu orientieren. Staatliche und regulatorische Eingriffe sind auf ein Minimum zu reduzieren. Die Erhöhung von bestehenden Abgaben und Gebühren wie auch die Schaffung neuer Steuern im Energiebereich lehnen wir ab. Jeder Energieträger soll seinen Vorteilen entsprechend an der Produktion beteiligt sein. Benachteiligungen oder gar Verbote sind abzulehnen. Anstelle eines immer dichter werden Regulierungsdickichts sind mehr Eigenverantwortung und der Abbau von Vorschriften das Gebot. Die Wirtschaft, aber auch die Gesellschaft wollen selbst entscheiden, welchen Energieträgern sie den Vorzug geben will. Oberstes Ziel bleibt, unser Land so unabhängig wie möglich vom Ausland zu machen.

Standpunkte

Die SVP ...

- will gesicherte, ausreichende und kostengünstige Energie für Private und Wirtschaft;
- fordert, dass die missratene Energiestrategie 2050 sofort sistiert wird;
- fordert eine Erhöhung der inländischen und wirtschaftlichen Stromproduktion, um die Abhängigkeit vom ausländischen Strom zu reduzieren;
- will, dass der Bundesrat klare Verantwortlichkeiten festlegt, wer bis wann Lösungsvarianten für eine sichere, unabhängige und kostengünstige Stromversorgung ausarbeitet und damit die Versorgungssicherheit gewährleistet;
- befürwortet den Erhalt wie auch den Ausbau der inländischen Stromproduktion, insbesondere der Wasserkraft;
- fordert eine technologieoffene Stromproduktion, bei der auch der Bau von modernen und umweltfreundlichen Kernkraftwerken möglich ist;
- fordert, dass sich die Energieversorgung an den Prinzipien Nachfrage, Wirtschaftlichkeit, Unabhängigkeit und Umweltfreundlichkeit orientiert;
- verlangt, dass jeder ungerechtfertigte Widerstand gegen wichtige Bau- und Infrastrukturprojekte voll entschädigungspflichtig wird und dass beim Verbandsbeschwerderecht die Zahl der legitimierten Organisationen massiv eingeschränkt bzw. dieses Recht ganz abgeschafft wird;
- lehnt neue oder höhere Abgaben, Gebühren oder Steuern, welche die Energie verteuern, kategorisch ab;
- wehrt sich gegen staatliche Lenkungs- und Förderabgaben sowie weitere Regulierungen, Vorschriften und Verbote im Energiebereich, die insbesondere Gewerbe, Randregionen und die Landbevölkerung benachteiligen;
- widersetzt sich Gesetzen und Vorlagen, welche einseitig auf Subventionen ausgerichtet sind sowie hinsichtlich der Preisgestaltung der Produktion und Netzübertragung schädliche Monopole begünstigen;
- fordert die Aufstockung der Pflichtlager, namentlich im Bereich Gas, Heizöl, Benzin und Diesel;
- ist für Technologieoffenheit und unterstützt neue Technologien wie synthetische Treibstoffe und neue Speichertechnologien;
- spricht sich gegen Technologieverbote wie beispielsweise ein Ölheizungsverbot oder ein Fahrverbot für Benzin- oder Dieselautos aus;
- zieht positive Anreize wie Steuervergünstigungen und Investitionsabzüge im Bereich erneuerbare Energie und Energieeffizienzsteigerungen der Subventionspolitik vor;
- begrüsst die private Forschung und Realisierung von Projekten im Bereich erneuerbarer Energien wie Erdwärme, Wind- und Solarenergie sowie Biomasse ohne neue Subventionen oder Abgeltungen.

+ Vorteile

Das bringt mir:

- ✓ als Autofahrer jederzeit genügend und kostengünstige Energie;
- ✓ als Unternehmer eine sichere und bezahlbare Energieversorgung mit hoher Planungs- und Kostensicherheit;
- ✓ als umweltbewusstem Bürger eine schadstoffarme und vom Ausland weitgehend unabhängige Energieversorgung;
- ✓ als Hauseigentümer keine neuen Vorschriften, Verbote, Zwänge und damit weniger Kosten;
- ✓ als Bewohner einer Randregion zukunftsfähige Arbeitsplätze in der Nähe;
- ✓ als Staatsbürger mehr Unabhängigkeit vom Ausland und von internationalen Preisen sowie weniger Erpressungsmöglichkeiten gegen unser Land;
- ✓ als Bürger weniger Ideologie und Panikmache sowie tiefere Kosten.

Ausländerpolitik



NEIN zur 10-Millionen-Schweiz

Die schweizerische Wirtschaft ist seit je auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen. Die Schweiz erlebt jedoch seit 2007 wegen der unkontrollierten Einwanderung eine regelrechte Bevölkerungsexplosion: Beim derzeitigen Tempo wird die Grenze von 10 Millionen Einwohnern bereits in wenigen Jahren überschritten werden. Dies belastet die Lebensqualität, den Wohlstand, die Natur, unsere Infrastrukturen wie Schulen, Spitäler, Energieversorgung ebenso wie die Versorgung mit heimischen Nahrungsmitteln. Dazu kommt das Gefühl, im eigenen Land immer mehr fremd zu sein.



Nael Hasler

Fachmann Information und Dokumentation EFZ

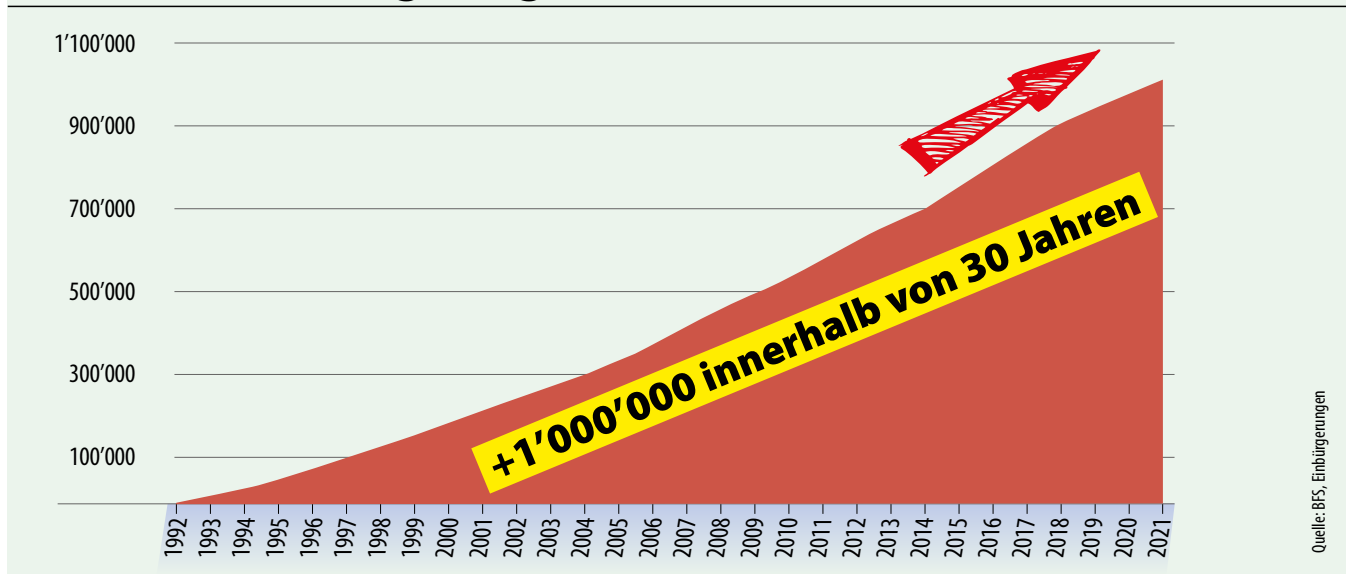
“ Die masslose Zuwanderung führt schon bald zur 10-Millionen-Schweiz. Immer mehr Schweizerinnen und Schweizer fühlen sich im eigenen Land fremd. Dies nur, weil die Saboteure im Parlament und an den Gerichten den Verfassungsauftrag, der die eigenständige Steuerung der Zuwanderung fordert, nicht umsetzen. Jetzt ist genug! ”

Eine attraktive Schweiz

Die Schweiz ist ein wunderschönes Land mit hoher Lebensqualität sowie beachtlichem Wohlstand – und dies soll auch so bleiben. Es ist kaum verwunderlich, dass unser Land Migranten anzieht, die von den wirtschaftlichen, politischen und sozialen Bedingungen der Schweiz begeistert sind. Um diese Vorzüge zu erhalten, muss endlich der von Volk und Ständen

beschlossene Verfassungsartikel zur Steuerung der Zuwanderung (Masseneinwanderungsinitiative) konsequent umgesetzt werden. Insbesondere müssen wir selbst entscheiden können, wer und wie viele einwandern dürfen. 1,5 Millionen Zuwanderer in nur 20 Jahren ist masslos. Die Schweiz muss klare Regeln für Ausländer festlegen und diese rigoros durchsetzen. Jeder Ausländer muss wissen, ob und unter welchen Bedingungen

Einbürgerungen zwischen 1992 und 2021



er sich in der Schweiz aufhalten darf. Wer dem Staat zur Last fällt, straffällig wird, sich stur gegen hiesige Sitten und Bräuche stellt oder radikale Tendenzen aufweist, ist auszuweisen. Eine konsequentere Gangart macht unsere Gesetze glaubwürdiger, bringt uns mehr Sicherheit und weniger Sozialkosten. Gleichzeitig werden so jene Ausländer belohnt, die bereit sind, etwas zu leisten, die sich gut integrieren und sich an die Spielregeln halten.

Qualifizierte Fachkräfte statt Tieflohn-Arbeiter

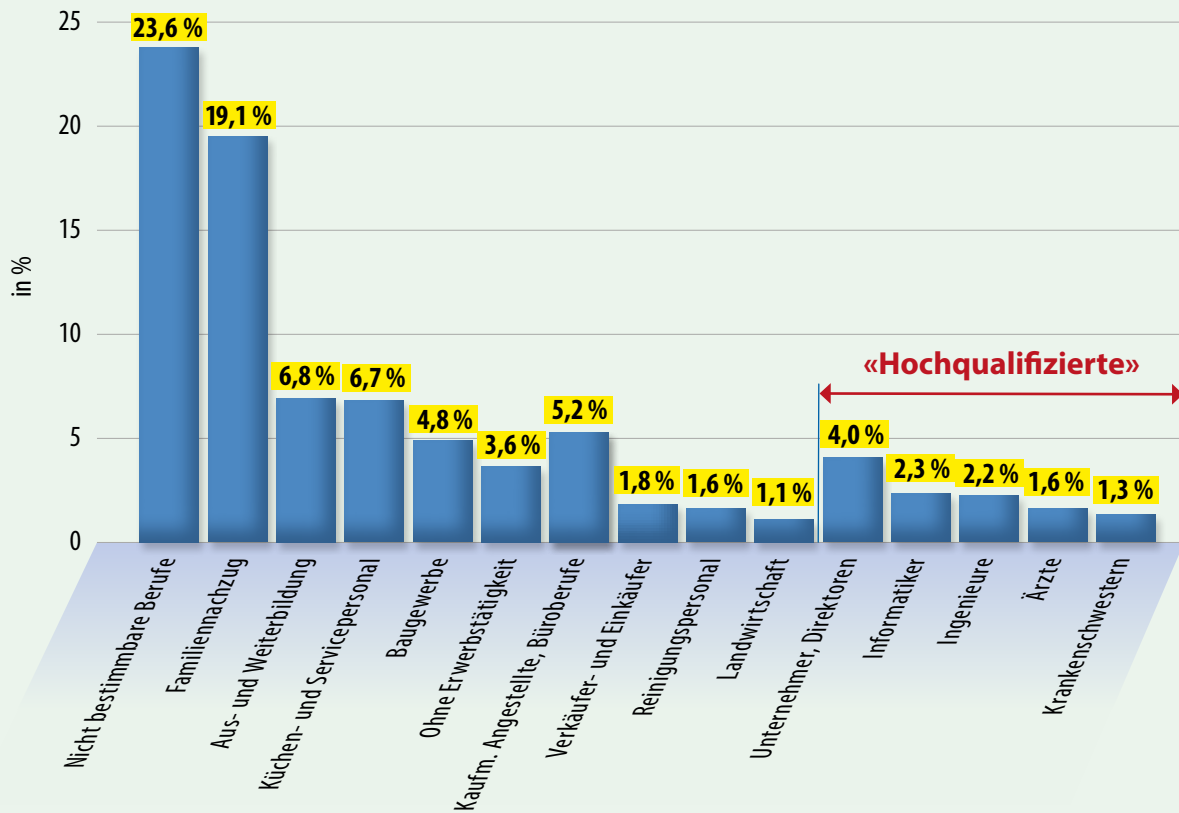
International tätige Firmen müssen die besten Talente in die Schweiz holen können, um im weltweiten Wettbewerb zu bestehen. Dies ist wichtig für die Schweiz als Standort führender Forschungseinrichtungen und Hersteller innovativer Produkte. Doch während die Zuwanderung von Spezialisten aus so genannten Drittstaaten (ausserhalb der EU) beschränkt ist, können aus der EU wegen der Personenfreizügigkeit alle in die Schweiz einwandern, unabhängig von ihren Qualifikationen. Seit der Einführung der Personenfreizügigkeit mit der EU bestimmen wir nicht mehr selbst, wer in die Schweiz kommen darf und wer nicht. Damit muss Schluss sein. Wirtschaftsverbände wie die «economiesuisse» behaupten, dass die Schweiz von der Personenfreizügigkeit profitiert hat, da das Bruttoinlandsprodukt gestiegen ist. Aber warum sieht der einzelne Bürger keinen Vorteil und warum stagnieren die Löhne? Der Grund ist einfach: Das Bruttosozialprodukt ist zwar leicht gestiegen, aber es verteilt sich auf eine viel höhere Anzahl von Einwohnern. Seit der Einführung der Perso-

nenfreizügigkeit (1. Juli 2007) haben sich über eine Million Einwanderer zusätzlich in der Schweiz niedergelassen (Nettozuwanderung). Das Bruttoinlandsprodukt stagniert bei rund 82'000 Franken pro Kopf und ist seit 2008 nicht wirklich gestiegen. Die Schweiz verliert in Bezug auf Produktivität und Wertschöpfung an Boden. Dies muss sich ändern.

Ausländeranteil steigt stetig

Die massive Einwanderung der letzten Jahre führt dazu, dass der Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung stetig steigt. Während 1950 noch 6 Prozent der Bevölkerung Ausländer waren, stieg ihr Anteil 1980 auf 14,4 Prozent und 2022 auf 25,1 Prozent. Gleichzeitig wurden in den letzten 30 Jahren mehr als eine Million Ausländer eingebürgert, davon 610'000 seit der Einführung der Personenfreizügigkeit 2007. Die SVP will keine 10-Millionen-Schweiz. Doch genau dies erwartet uns bereits in wenigen Jahren: laut den Szenarien des Bundes um das Jahr 2035. Hier handelt es sich um eine Untertreibung. Der Bundesrat und die Verwaltung haben uns schon oft komplett falsche Migrationsszenarien präsentiert. Vor der Abstimmung zur Personenfreizügigkeit mit der EU lagen die Prognosen um den Faktor 10 daneben! In seiner Benchmark-Studie von 2010 schätzte der Bundesrat, dass die Bevölkerung im Jahr 2060 noch nicht die 9-Millionen-Marke erreicht haben würde. In Wirklichkeit dürften wir diese Schwelle bereits 2023 überschreiten!

Zuwanderung aus der EU im Jahr 2022



Quellen: BFS, Einwanderung ständige und nicht ständige ausländische Wohnbevölkerung sowie Einwanderung ständige Wohnbevölkerung nach Kanton und Einwanderungsgrund, eigene Darstellung, Doppelzählungen können nicht ausgeschlossen werden.

Masseneinwanderung gefährdet Wohlstand

Eine Schweiz mit zehn Millionen Menschen bedeutet verstopfte Strassen, überfüllte Spitäler, überforderte Lehrer und überfüllte Züge. Unsere schöne Landschaft wird noch mehr zubetoniert und die Umwelt weiter belastet. Zehn Millionen Einwohner heisst auch deutlich mehr Strom- und Energieverbrauch. Die Reduktionsziele der Schweiz sind mit der masslosen Zuwanderung nicht vereinbar. Das heisst im besten Fall massiv höhere Importe von fossilen Energieträgern aus dem Ausland. Im schlimmsten Fall kommt es zu Stromausfällen, weil unsere Nachbarn, die sich in einer ähnlichen Situation befinden, die Energie rationieren. Das masslose Bevölkerungswachstum bedeutet, dass die Mittelschicht kein Wohneigentum erwerben kann und die Mieten weiter steigen. Die Arbeitslosigkeit steigt – auch unter gut ausgebildeten Erwerbstätigen – und es kommt zu unlauterem Wettbewerb durch Neuankömmlinge, die niedrigere Löhne akzeptieren. Eine Schweiz mit zehn Millionen Einwohnern wird jede Chance auf Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln verlieren.

Begrenzung der Sozialleistungen und des Familiennachzugs

Aufgrund der grosszügigen Sozialleistungen wird der Familiennachzug rege von Ausländern ohne Einkommen genutzt, welche hoffen, vom Schweizer Steuerzahler finanziert zu werden. Die SVP fordert deshalb klare Einschränkungen des Familiennachzugs und der Sozialleistungen. Beispielsweise

muss durchgesetzt werden, dass nur Personen, die mindestens zwei Jahre lang Beiträge an die Schweizer Arbeitslosenversicherung gezahlt haben, Anspruch auf Arbeitslosengeld haben. Auch bei der Sozialhilfe sollten auf schweizerischer Ebene Fristen festgelegt werden. Die Höhe der Sozialhilfe sollte für neu in die Schweiz eingereiste Ausländer niedriger sein. In Bezug auf die Familienzusammenführung soll sichergestellt werden, dass nur Personen ihre engsten Familienmitglieder nachziehen dürfen, die tatsächlich für deren Lebensunterhalt aufkommen können und über eine ausreichend grosse, selbst finanzierte Wohnung verfügen, um die Familie aufzunehmen. Durch die Kürzung der Sozialleistungen könnte die Zuwanderung deutlich reduziert werden, ohne dass die Wirtschaft daran gehindert würde, qualifizierte Fachkräfte einzustellen.

Null Toleranz gegenüber illegalen Einwanderern

Bei illegalen Einwanderern und illegalen Aufenthalten muss die Schweiz endlich durchgreifen. Hierzu müssen die geltenden Ausländergesetze lediglich strikt und konsequent angewendet werden. Alle Versuche, ihre Anwesenheit durch die Gewährung von «City Cards», öffentlichen Leistungen und Zugang zu Hochschulen zu legitimieren, verstossen gegen das Recht. Sogenannte «Sans-Papiers» halten sich nicht nur illegal in der Schweiz auf, sondern zahlen auch keine Steuern. Aufgegriffene Personen, die keine Aufenthaltsgenehmigung haben, müssen ausgewiesen werden, und um illegale Einreisen zu verhindern, müssen die Grenzen besser überwacht werden.

Die derzeitige Regelung führt zu kontraproduktiven Anreizen und bestraft Ausländer, die sich um eine legale Aufenthaltsgenehmigung bemühen.

Integration ist keine Staatsaufgabe

Integration ist Aufgabe der Zuwanderer. Wer in ein Land einwandern will, muss sich zunächst völlig im Klaren darüber sein, was dies bedeutet. Es gilt, die lokale Sprache zu erlernen und sich mit den Sitten und Bräuchen vertraut zu machen. Nur, wenn der Wille zur Integration von den Zuwanderern ausgeht, kann sie erfolgreich sein. Die aktuelle Politik propagiert jedoch den umgekehrten Ansatz: Die Schweizer Behörden sollen für die Integration der Ausländer sorgen. Es werden teure, von den Steuerzahlern finanzierte Massnahmen und Angebote geschaffen, um Ausländer zur Integration zu ermutigen. Wer sich nicht integrieren will, soll das Land wieder verlassen. Zudem ist ein «Ausländerbeitrag» für die Deckung der Zuwanderungskosten einzuführen.

Einbürgerung als Abschluss der Integration

Nur wer sich erfolgreich integriert hat, für seinen Lebensunterhalt selbst aufkommt, keine kriminelle Vergangenheit hat und eine Landessprache gut beherrscht, sollte ein Recht auf Einbürgerung haben. Der Schweizer Pass ist ein Privileg, am politischen Leben der Schweiz teilzunehmen. Die SVP lehnt das Stimm- und Wahlrecht für Ausländer ebenso ab wie zusätzliche Erleichterungen bei der Einbürgerung. Die lasche Einbürgerungspraxis in gewissen Kantonen und Städten führt

dazu, dass der Schweizer Pass an Personen vergeben wird, die schlecht oder gar nicht integriert sind. So verschwinden eingebürgerte Problemausländer aus den Statistiken der Ausländer. Darum soll eine Einbürgerung auf Probe eingeführt werden, um Personen, die kurz nach ihrer Einbürgerung kriminell werden, wieder ausschliessen zu können. Der Schweizer Pass soll nur an eine Person vergeben werden, die über mehrere Jahre hinweg bewiesen hat, dass sie die Gesetze unseres Landes respektiert. Zudem soll es möglich sein, Doppelbürgern, die Verbrechen begangen haben oder extremistischen Organisationen angehören, den Schweizer Pass zu entziehen.

Sicherheit hat Vorrang

Es ist höchste Zeit, das Aufenthaltsrecht von Kriminellen in der Schweiz zu beenden. Die Kriminalstatistiken weisen seit Jahrzehnten auf eine Überrepräsentation von Ausländern hin: Obwohl die Ausländer nur einen Viertel der Bevölkerung stellen, sind sie für 55 Prozent der schweren Körperverletzungen, 57 Prozent der Vergewaltigungen und 63 Prozent der Tötungsdelikte verantwortlich. Kriminelle müssen umgehend in ihr Ursprungsland zurückgeschickt werden. Dasselbe gilt für ausländische Imame und andere Prediger, die extremistische Reden halten. Dadurch wird die Schweiz nicht nur sicherer und friedlicher, die ersten Nutzniesser einer konsequenten Ausländerpolitik werden die integrierten Ausländer sein.

Standpunkte

Die SVP ...

- wehrt sich gegen eine 10-Millionen-Schweiz;
- fordert die Umsetzung der verfassungsmässigen eigenständigen Steuerung der Zuwanderung im Gesamtinteresse der Schweiz und die Abschaffung der grenzenlosen Zuwanderung durch die Personen-freizügigkeit;
- fordert, dass die Vergabekriterien für die Einbürgerung an die Kenntnis einer Landessprache (Niveau C1) zu binden sind;
- fordert die Einführung einer «Zuwanderungssteuer» pro Zuwanderer für die Deckung der Kosten der Zuwanderung;
- fordert eine Verstärkung des Grenzschutzes und der Grenzkontrollen. Dazu sollen die Grenzen auch baulich besser gesichert werden;
- fordert ein Verbot bzw. eine Beschränkung des Familiennachzugs;
- will verhindern, dass die Zuwanderung den Druck auf die Löhne weiter erhöht und insbesondere ältere Arbeitnehmer aus dem Arbeitsmarkt verdrängt;
- fordert die konsequente und rasche Ausschaffung von illegalen Aufenthaltstiteln und kriminellen Ausländern;
- fordert die Beschränkung der Sozialleistungen für alle Zuwanderer, um die Einwanderung in den Sozialstaat zu verhindern;
- fordert den Entzug der Aufenthaltsbewilligung, wenn die Sozialhilfe-abhängigkeit länger als zwei Jahre dauert;
- bekämpft die Aufblähung von teuren staatlichen Integrations-massnahmen. Integration muss von den Einwanderern ausgehen;
- akzeptiert nicht, dass Kantone Sozialhilfe an Personen mit rechtskräftigem Wegweisungsentscheid leisten, welche die Schweiz schon lange verlassen müssten;
- bekämpft jegliche Bildung von Parallelgesellschaften;
- lehnt jede weitere Erleichterung der Einbürgerung ab und bekämpft die Einbürgerung von Kriminellen und Sozialhilfebezügern;
- fordert die Einbürgerung auf Probe, damit Personen, die kurz nach dem Erhalt des Schweizer Passes kriminell werden, das Bürgerrecht wieder entzogen werden kann;
- bekämpft das Stimm- und Wahlrecht für Ausländer auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene.

+ Vorteile

Das bringt mir:

- ✓ am Arbeitsplatz weniger Konkurrenzdruck durch billige Arbeitskräfte aus der EU;
- ✓ weniger Kosten, weil nicht integrierte Sozialhilfeempfänger nicht mehr in der Schweiz bleiben dürfen;
- ✓ als Nachbar Ausländer, die sich an die hiesigen Regeln halten;
- ✓ Mitbürger, die wirklich integriert sind und mit denen ich mich problemlos verständigen kann;
- ✓ als Eingebürgerter die Gewissheit, dass gut integrierte Ausländer nicht mit Kriminellen, Sozialschmarotzern und Integrationsverweigern in einen Topf geworfen werden;
- ✓ mehr Sicherheit, weil kriminelle Ausländer konsequent ausgeschafft werden;
- ✓ eine Schweiz, die so bleibt, wie wir sie kennen und lieben.

Asylpolitik



Asylchaos endlich stoppen – Asylrecht konsequent umsetzen

Die weltweiten Migrationsbewegungen nehmen immer stärker zu. Gleichzeitig gibt es immer weniger Abgrenzung zwischen Asyl- und Migrationspolitik. Dies führt dazu, dass immer mehr Wirtschaftsmigranten illegal in unser Land kommen und auf Kosten der Steuerzahler hier leben. Diese verfehlte Asylpolitik führt zu explodierenden Kosten, mehr Kriminalität und zu grossen gesellschaftlichen Problemen. Es muss dringend gehandelt werden. Daher fordert die SVP eine klare Trennung von Asyl, Schutz und Hilfe.



Isabelle Favre
Sekretärin

“ Die Asylpolitik ist gescheitert – sogar Schweizer Mieter müssen ihre Wohnungen räumen, um Asyl-Migranten Platz zu machen. Die Mehrheit der Asylanten sind keine Flüchtlinge, sondern auf der Suche nach einem besseren Leben – meist auf Kosten der Schweizer Steuerzahler. Dieses Asylchaos muss endlich aufhören! ”

Wirtschaftsmigranten reisen über Asylschiene ein

Menschen, die an Leib und Leben verfolgt sind, hat die Schweiz seit jeher aufgenommen. Die humanitäre Tradition unseres Landes ist älter als jede internationale Flüchtlings- oder Menschenrechtskonvention. Doch diese Tradition bedeutet nicht, dass wir naiv sein dürfen und offene Türen für alle haben. Es braucht klare Regeln, wer in unser Land aus welchem Grund einwandern darf. Da die Einwanderung über die Asylschiene am einfachsten ist, kommen immer mehr Wirtschaftsmigranten auf diese Weise in die Schweiz und missbrauchen unsere humanitäre Grosszügigkeit. Dies zeigt ein einfacher Blick auf die Asylstatistik: diese wird angeführt von Ländern

wie Afghanistan, Türkei, Eritrea und Algerien. Diese Leute reisen illegal mit Hilfe von Schleppern über mehrere sichere Länder in die Schweiz ein und versuchen über einen Asylstatus eine Aufenthaltsgenehmigung zu erlangen. Meistens endet dieser Weg darin, dass die Steuerzahler dann den Lebensunterhalt bezahlen müssen.

Asylindustrie endlich stoppen

Wer in unserem Land ein Asylgesuch stellt, wird vom ersten Tag an staatlich unterstützt. Es steht ein Rundum-Paket zur Verfügung: gratis medizinische Versorgung, gratis Kost und Logis, gratis Anwalt. Und die Asylindustrie steht auch sofort parat: Sie betreut und zeigt auf, wie vorgegangen werden muss, damit die zeitnahe Behandlung des Asylgesuches verzögert werden kann. Findige Anwälte, deren Kosten die Steuerzahler bezahlen, ziehen die Verfahren bei Fällen, die klar aussichtslos sind, mit Rekursen unnötig lange hin.

Gemeinden am Anschlag

Die im Jahre 2015 unter der «Wir schaffen das»-Politik eingewanderten Personen belasten immer mehr die Budgets der Gemeinden. Die ersten Jahre hat der Bund die Kosten übernommen. Nach sechs Jahren sind die Gemeinden zuständig. Mit dem Familiennachzug sind Eltern, Grosseltern und Kinder gefolgt. Damit wachsen die Probleme vor Ort: Schulen brauchen mehr Lehrerinnen und Lehrer für sonderpädagogische Massnahmen und Dolmetscher, Sozialarbeiter und die ganze Betreuungsindustrie versuchen sich mit der Integra-



tion, die Polizei und die Gerichte werden beübt. In vielen Gemeinden führen die immer steigenden Kosten im Sozial- und Schulwesen zu Steuererhöhungen.

Asylgesetz strikt umsetzen

Wegen der Vermischung von Asyl- und Migrationspolitik wird das heutige Asylgesetz oft nicht angewendet und durchgesetzt. Dies führt zu immer mehr Missbräuchen. Die strikte Anwendung des geltenden Asylrechts würde bedeuten, dass die illegale Einreise von Personen aus sicheren Drittstaaten konsequent verfolgt wird, Asylgesuche rasch behandelt und abgewiesene Asylsuchende umgehend ausgeschafft werden. Dass dies nicht geschieht, ist Behördenversagen. Hier braucht es endlich eine klare politische Führung, die die Durchsetzung kontrolliert. Die hohe Anzahl illegaler Migranten, vor allem an der Ostgrenze der Schweiz und im Tessin, zeigt auf, dass «Schengen» und «Dublin» nicht funktionieren. Beide Abkommen sind auf europäischer Ebene reine «Papiertiger» und dämmen die illegale Migration nach Europa nicht ein. Vor diesem Hintergrund muss die Schweiz die Schweizer Grenzen wieder selber besser schützen und Migranten aus sicheren «Dublin»-Staaten umgehend zurückschicken.

Hilfe ist nicht gleichbedeutend mit Aufnahme

Unser geltendes Asylrecht ist veraltet und nicht mehr auf die Herausforderungen der heutigen globalisierten Welt ausgerichtet. Begriffe wie Hilfe und Aufnahme werden in verhängnisvollster Art und Weise vermischt. Eine wirkliche Wende ist



nur möglich, wenn diese Begriffe konsequent auseinandergehalten werden: Hilfe leisten und auch Schutz bieten ist möglich, ohne Betroffene ins eigene Land zu holen (z. B. via Resettlement-Programme) oder auf dem Asylweg einwandern zu lassen. Der Schutz und die Hilfe in der Herkunftsregion sind kostengünstiger; mit den gleichen Mitteln kann also mehr Hilfe geleistet werden. Gleichzeitig können wir so in der Schweiz Kulturkonflikte, Überfremdung, Identitätsverlust und überhaupt die Integrationsproblematik entschärfen.

Hilfe und Schutz statt Aufnahme der ganzen Welt

Ein globales Schutz- und Aufnahmeversprechen ist unmöglich einzuhalten: Hilfe und Aufnahme können und dürfen

nicht gleichgesetzt werden. Neu sind deshalb Hilfe und Schutz vom Aufenthalt in der Schweiz zu entkoppeln. Stattdessen müssen mit einer gezielten Hilfs- und Schutzpolitik Kapazitäten und Strukturen geschaffen werden, die den modernen Wanderbewegungen gerecht werden. Die Neukonzeption bedeutet auch, dass das Asylrecht für Kriegsflüchtlinge in Europa neu konzipiert werden muss. Dabei steht die Hilfe vor Ort im Zentrum.

Neuausrichtung der Schweizer Entwicklungshilfe

Auch die Schweizer Entwicklungshilfe soll vollumfänglich in den Dienst der Migrationspolitik gestellt werden. Sie muss neu

ausgerichtet werden mit dem primären Fokus, Vertriebenen in der Herkunftsregion zu helfen und allgemein Wanderbewegungen vorzubeugen. Dabei wird fallweise die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen gesucht. Ausserdem wird die Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern von verschiedenen Bedingungen abhängig gemacht, wie deren Bereitschaft zur Rückübernahme. Die Schweiz bietet weiterhin ihre traditionellen Guten Dienste und internationale Friedensförderung an. Ein engagierter Beitrag zum Frieden kann Migrationsbewegungen vorbeugen. Darum leistet die Schweiz weltweit konkrete Hilfe in Krisen sowie ihren Beitrag an friedliche Konfliktlösungen und Friedensbemühungen.



Standpunkte

Die SVP ...

- fordert ein Ende der linken Willkommenskultur;
- fordert eine Neukonzeption der Asylpolitik mit klarer Trennung von Asyl, Hilfe und Schutz;
- fordert, dass alle Behörden auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene die Daten von «Sans-Papiers» automatisch an die zuständigen Migrationsbehörden weiterleiten, damit Ausschaffungen konsequent durchgesetzt werden können;
- will dem Sinn und Geist des Asylgesetzes endlich wieder Nachachtung verschaffen: Nur wer in seinem Heimatstaat aus politischen Gründen verfolgt wird, darf Asyl erhalten. Asyltouristen, Armutsmigranten und Wirtschaftsmigranten sind konsequent zurückzuschicken, damit den wirklich Verfolgten geholfen werden kann.

Dazu braucht es folgende konkrete Massnahmen:

- Um die Attraktivität der Schweiz als Asyldestination zu mindern, sind die Unterstützungsleistungen für Asylbewerber und Flüchtlinge spürbar zu senken;
- Abgewiesene Asylbewerber sollen nur noch das Lebensnotwendige erhalten;
- Asylsuchende, «Sans-Papiers» und vorläufig Aufgenommene sind in einer separaten Krankenkasse mit reduziertem Grundleistungskatalog zu versichern;
- Das «Dublin»-Abkommen muss ohne Wenn und Aber durchgesetzt werden, sodass Personen aus sicheren Drittstaaten ihr Gesuch im Erstaussland stellen müssen – nicht aber in der Schweiz;
- Wer seine Identität nicht nachweisen kann oder die Behörden über seine wahre Identität täuscht, ist vom Asylprozess auszuschliessen;

- Asylbewerber, die straffällig werden, sind vom Asylverfahren auszuschliessen und unverzüglich auszuschaffen;
- Flüchtlingen, die in ihr Heimatland reisen, ist das Aufenthaltsrecht in der Schweiz zu entziehen;
- Für Kriegsflüchtlinge muss die Hilfe vor Ort im Vordergrund stehen;
- Geschlossene Zentren in Transitonen, damit Asilmigranten gar nicht Schweizer Boden betreten können;
- Unterbinden von Projekten wie rechtswidrige «City Cards» oder ähnlichen «Ausweisen», welche verschiedene Städte einführen wollen, um illegalen «Sans-Papiers» über die Hintertür einen legalen Aufenthaltsstatus zu beschaffen.

+ Vorteile

Das bringt mir:

- ✓ als Mensch die Garantie, dass die Schweiz echten Verfolgten in Europa Zuflucht bietet, getreu ihrer humanitären Tradition;
- ✓ als Steuerzahler mehr Geld im Portemonnaie durch Kosteneinsparungen im Asylwesen und den verbundenen Sozialausgaben;
- ✓ als Bürger die Gewissheit, dass sich unser Staat von Wirtschaftsmigranten nicht über den Tisch ziehen lässt;
- ✓ im Alltag mehr Sicherheit, weil sich betrunkenes Herumlungern sowie Kleinkriminalität für Asylbewerber nicht mehr lohnt und Gewaltkriminalität hart bestraft wird;
- ✓ mehr Sicherheit, weil kriminelle Ausländer konsequent ausgeschafft werden;
- ✓ eine Schweiz, die so bleibt, wie wir sie kennen und lieben.

Sicherheit, Recht und Ordnung



Kriminelle hart anpacken

Die Schweiz gehörte einst zu den sichersten Ländern der Welt. Eine verantwortungslose Politik, eine inkonsequente Umsetzung der bestehenden Gesetze sowie die Öffnung der Grenzen durch den Beitritt der Schweiz zum «Schengen»-Raum führten dazu, dass auch unser Land von immer mehr Gewalt – vor allem durch nicht integrierte Ausländer – geprägt ist. In der Schweiz muss endlich wieder Sicherheit herrschen, wir dürfen kein Eldorado für Kriminelle sein. Eine effiziente Nulltoleranz-Praxis, insbesondere bei Gewaltdelikten, mit spürbaren Strafen und einem konsequenten Strafvollzug, muss strikt durchgesetzt werden.



Deborah Isliker
Privatkundenberaterin Regionalbank

“ **Importierte Gewalt führt dazu, dass ich mich als Frau zunehmend unsicher fühle auf unseren Strassen. Es ist höchste Zeit, dass Recht und Ordnung wiederhergestellt und kriminelle Ausländer konsequent ausgeschafft werden.** ”

Eldorado der schweren Gewalt

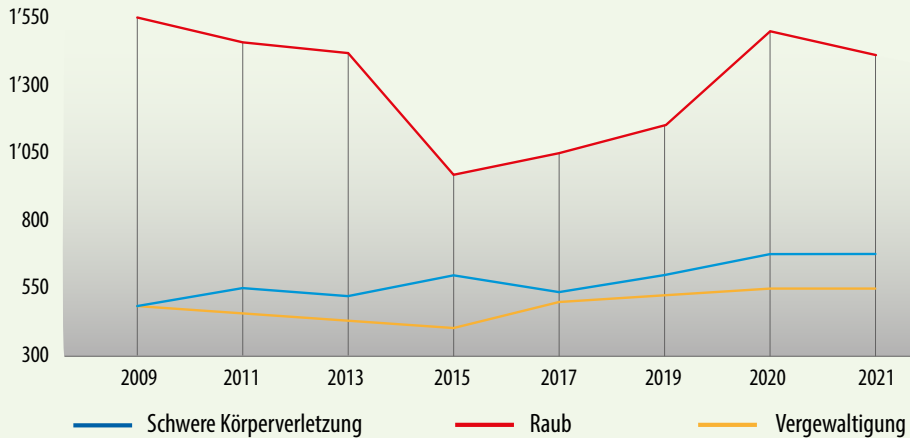
Bis zur Corona-Pandemie 2019 wurden durchschnittlich 100 Einbrüche pro Tag begangen und das Total aller Gewaltstraftaten pro 1000 Einwohnerinnen und Einwohner erhöhte sich auf 5,3 Promille. Auffällig und speziell ist nun der Lock-down-Effekt: Während des Corona-Jahres 2020 nahmen die schweren Gewaltstraftaten, darunter die Vergewaltigungen, markant zu. Die Vergewaltigungen nahmen 2021 nochmals um 44 auf insgesamt 757 zu! Dies ist der höchste Wert der letzten zehn Jahre! Aus Sicht der SVP besteht nach wie vor drin-

gender Handlungsbedarf: Nebst abschreckenden Strafrahen (unbedingte Gefängnisstrafe bei verurteilten Vergewaltigern) ist unbedingt die Polizei zugunsten einer wirksamen Strafverfolgung mit genügend Mitteln zu stärken. Die SVP fordert Opferschutz statt Täterschutz!

Cyberkriminalität den Stecker ziehen

Die während der Corona-Pandemie boomenden digitalen Straftaten verteilen sich auf drei Bereiche: «Cyber-Wirtschaftskriminalität», «Cyber-Sexualdelikte» sowie «Cyber-Rufschädigung und unlauteres Verhalten». Am stärksten vertreten ist Cyberbetrug, ein Teilbereich der Cyber-Wirtschaftskriminalität. Allein im Jahr 2021 wurden von der Polizei 30'351 Straftaten mit einer digitalen Komponente registriert; das sind 24 Prozent mehr als 2020 und entspricht einem Durchschnitt von 83 digitalen Straftaten pro Tag. Es gibt mittlerweile Widerhandlungen, welche überwiegend «digital» verübt werden, so z. B. Datenbeschädigung, Pornografie, Geld-

Entwicklung von Straftaten 2009 bis 2021



Quelle: BFS – STAT-TAB

wäscherei und Betrug. 2021 haben alleine im digitalen Bereich innerhalb eines Jahres die Erpressung um 83 Prozent und der Betrug um 27 Prozent zugenommen! Aus Sicht der SVP ist die stark wachsende Bedrohung unserer Bevölkerung im Bereich der Cyberkriminalität ohne Wenn und Aber zu bekämpfen. Es ist höchste Zeit, mit geeigneten Massnahmen die Rechtssicherheit im digitalen Raum zu gewährleisten, um so mit dem raschen kriminellen Strukturwandel in Zukunft mithalten zu können.

Kuscheljustiz beenden

Dass es Ersttäter gibt, wird man nie ganz verhindern können. Für Wiederholungstäter aber tragen Politik und Justiz die Mitverantwortung. Im offenen Strafvollzug und bei der laschen Urlaubspraxis gibt es immer wieder tödliche Fehlbeurteilungen, wobei am Schluss niemand zuständig sein will. Auch nach Entlassung aus der Haft kommt es zu Rückfällen (2018 waren es 19,6 Prozent). Insbesondere rückfallgefährdete Mörder, Vergewaltiger und Pädophile gehören in Verwahrung. Der Schutz der Gesellschaft ist höher zu gewichten als eine allfällige Heilung der Intensivtäter. Ohnehin hat sich bei den in- und ausländischen Kriminellen bereits herumgesprochen: In der Schweiz gibt es viel zu holen. Und wird man einmal erwischt, erhält man aufgrund unserer milden Rechtsprechung eine geringe Bestrafung, vielfache Einsprachemöglichkeiten und vergleichsweise luxuriöse Gefängnisse. Fussball- und Tennisplätze, Fitness-Studios und Hallenbäder gehören oft zum Standard. Und ausserdem Ker-

zenziehen, Silbergiessen, therapeutisches Musizieren, Fernsehen und mehrmals täglich eine reiche Menüauswahl (vom muslimischen bis zum vegetarischen Menü). Müssen wir uns wundern, wenn der heutige Strafvollzug die Steuerzahler dank der integrativen Kuscheljustiz jährlich rund eine Milliarde Franken kostet?

Schweiz als Mekka der ausländischen Kriminellen

Kriminelle Clans, Banden, Verbrecher und Terroristen: Selbst bei schweren Straftaten gelingt es immer noch nicht, Täter mit Migrationshintergrund konsequent auszuweisen. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat bereits entschieden, dass die Schweiz einen verurteilten Vergewaltiger nicht ausweisen darf. Ein ähnliches Urteil wurde bei einem Schläger aus Deutschland gefällt. Für die SVP sind diese und ähnliche Urteile absolut inakzeptabel. Wie lange müssen wir uns solchen Unfug noch zumuten? Die SVP fordert, dass die Ausschaffung krimineller Ausländer konsequent umgesetzt wird, so wie es das Volk mit der Ausschaffungsinitiative bestimmt hat. In der Schweiz hat wieder unser Verfassungsrecht zu gelten! Die Übervertretung von straffälligen Ausländern in Kombination mit der vorherrschenden Kuscheljustiz ist die Folge der Masseneinwanderung und der verfehlten Asylpolitik. 70 Prozent aller Insassen von Haftanstalten sind Ausländer, 49 Prozent der Untersuchungshäftlinge sind «Sans-Papiers». In 42 Prozent aller Fälle wurde die sogenannte «Härtefallklausel» ausgerufen, das heisst, die Kriminellen wurden trotz Verfassungsauftrag nicht ausgeschafft. Dies ist unhaltbarer

Täterschutz statt Opferschutz – obwohl die anderen Parteien eine «pfefferscharfe» Umsetzung der Ausschaffungsinitiative versprochen hatten.

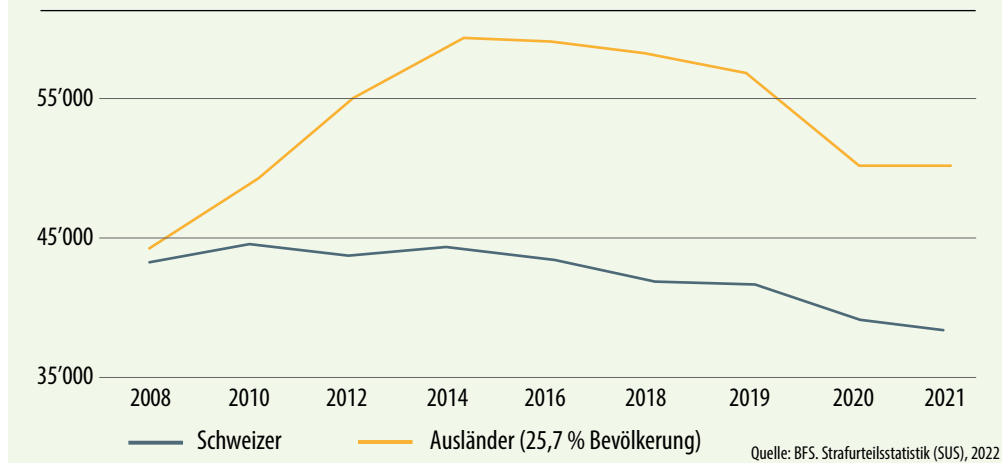
Jünger, gewalttätiger, skrupelloser

Die SVP fordert dringend eine Verschärfung des Jugendstrafrechts. Denn auch die Jugendkriminalität und Jugendbrutalität zeigen leider eine bedenkliche Entwicklung. Im Jahr 2021 wurden 8'578 Jugendurteile aufgrund von Widerhand-

lungen gegen das Strafgesetzbuch ausgesprochen, das sind 6,4 Prozent mehr als im Vorjahr. Dieser Wert hat seit 2018 stark zugenommen (+27,5 Prozent im Zeitraum 2018–2021). Betrachtet man ausschliesslich die Gewaltstraftaten, ist eine ähnliche Tendenz auszumachen. Zwischen 2018 und 2021 sind sie um 37,2 Prozent gestiegen. Strafbare Handlungen gegen die sexuelle Integrität haben sich innerhalb von drei Jahren verdoppelt (2018: 419 Straftaten; 2021: 837). Beim allergrössten Teil der jungen Täter handelt es sich um Aus-

länder oder um Jugendliche mit Migrationshintergrund. Die lasche, von links-grünen Richtern geprägte Rechtsprechung löst auch hier kein Problem. Busse und Freiheitsentzug können erst ab einem Alter von 15 Jahren verhängt werden. Aus Sicht der SVP haben die Jugendgerichte den Strafraum auszunutzen sowie das Erwachsenenstrafrecht bei besonders schweren Delikten bereits ab dem vollendeten 16. Altersjahr anzuwenden. Vor allem sollten jugendliche Straftäter die Konsequenzen ihres Fehlverhaltens unmittelbar spüren.

Verurteilungen und Verurteilte für ein Vergehen oder Verbrechen



Standpunkte

Die SVP ...

- setzt sich für den Rechtsstaat und die Rechtssicherheit aller Bürgerinnen und Bürger ein;
- fordert, dass die Interessen der Opfer konsequent höher gewichtet werden als jene der Täter;
- steht dafür ein, dass sich Kinder, Frauen und Männer im öffentlichen Raum sicher fühlen können;
- fordert insbesondere die konsequente Umsetzung von Recht und Ordnung bei Nichtintegrierbaren;
- setzt sich konsequent für Massnahmen gegen häusliche Gewalt ein und fordert insbesondere Massnahmen gegen häusliche Gewalt durch Nichtintegrierbare und durch Personen aus anderen Kulturkreisen;
- verlangt Nulltoleranz und härtere Strafen bei Gewalt und Drohung gegen Behörden und Beamte. Zudem sollen auch Gaffertum, Pöbeleien und andere Behinderungen der Sicherheits- und Rettungskräfte bestraft werden können;
- fordert, dass für die Sicherheit der Bevölkerung schnell und konsequent gegen Gewaltstraftäter vorgegangen wird;
- fordert die Erhöhung des Mindeststrafmasses bei Delikten an Leib und Leben und dass die Richter den Spielraum für längere Strafen des Strafgesetzbuches auch nutzen;
- fordert für verurteilte Vergewaltiger unbedingte Gefängnisstrafen;
- verlangt ein Strafregister, in dem schwere Straftaten nicht gelöscht werden, damit Wiederholungstaten verhindert werden können;
- unterstützt eine Verschärfung der Urteile und schnelles Handeln der Gerichte insbesondere im Jugendstrafrecht;
- verlangt ein Umdenken im Strafvollzug: weniger Therapie, mehr Arbeit und Beteiligung an den verursachten Kosten;

- will, dass bei Kriminalstatistiken des Bundes Nationalitäten sowie Migrationshintergrund ausgewiesen werden;
- fordert, dass das «Schengen»-Abkommen von Staaten mit «Schengen»-Aussengrenzen konsequent angewendet wird;
- fordert, dass die Schweiz im Rahmen des «Schengen»-Vertrages von ihrem Recht Gebrauch macht, Grenzkontrollen wieder einzuführen, um die Einreise von illegalen Einwanderern und Kriminaltouristen zu verhindern;
- fordert, dass das «Dublin»-Abkommen konsequent von allen teilnehmenden Ländern umgesetzt wird;
- fordert die konsequente Anwendung des Nachrichtendienstgesetzes bei der Bekämpfung des Terrorismus und der Cyberkriminalität.

+ Vorteile

Das bringt mir:

- ✓ als Bürger Sicherheit vor Einbrüchen und Diebstählen;
- ✓ als Jugendliche weniger Anmache und Pöbeleien im Ausgang;
- ✓ als Frau ein Gefühl der Angstfreiheit, wenn ich, meine Töchter, meine Familie oder Bekannte sich im öffentlichen Raum bewegen;
- ✓ als Opfer von Gewalt und von häuslicher Gewalt die Gewissheit, dass die Täter hart bestraft werden;
- ✓ griffige Rechtsgrundlagen, um bei Verbrechen auch wirklich durchgreifen zu können.

Armee



Wiederaufbau der Verteidigungsfähigkeit

Sicherheit ist eine unverzichtbare Voraussetzung für Freiheit, Unabhängigkeit und Wohlstand, gerade in einer Welt, die immer unberechenbarer wird. Konventionelle Kriege sind zurück auf der politischen Agenda und Terroranschläge sind jederzeit möglich. Die Armee ist über die letzten Jahrzehnte kaputtgespart worden und nicht mehr verteidigungsfähig. Wir sind verpflichtet, auch in Zukunft die nötigen Mittel für unsere Armee und die Landesverteidigung bereitzustellen – damit die Menschen in der Schweiz in Sicherheit und Freiheit leben können.



Sébastien Bossel
Rechtsanwalt

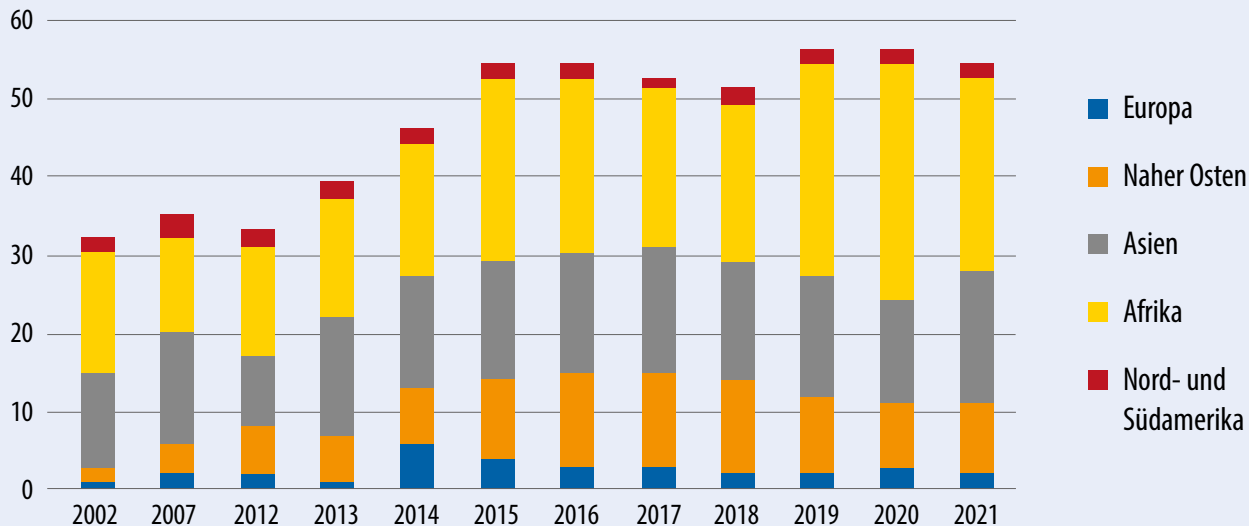
“ **Bewaffnete Konflikte nehmen zu und in Europa herrscht wieder Krieg. Eine starke, einsatzfähige und gut ausgerüstete Armee ist deshalb elementar, um unserem Land Frieden, Freiheit und Sicherheit zu garantieren.** ”

Die Welt wird gewalttätiger

Die Welt erlebt eine Welle von bewaffneten Konflikten, wie es sie seit Ende des Kalten Krieges nicht mehr gegeben hat. Die Zahl von Konflikten steigt auf der Welt und die Weltgemeinschaft hat keine Lösung, um diese Gewaltspirale zu stoppen. Gerade während weltweiter Krisen, wie z. B. während der

Corona-Pandemie, steigt die Zahl von bewaffneten Konflikten. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis andere Krisen oder die ungebremsten Migrationsströme die nächste Konfliktschneise loslösen. Die Schweiz lebt scheinbar komfortabel auf einer Insel inmitten des sich in Sicherheit wägenden Europas. Eine Annahme, welche falscher nicht sein kann, wenn man über die

Bewaffnete Konflikte auf der Welt



Quelle: Uppsala Conflict Data Program (UCDP)

Grenzen unserer westlichen Wohlfühlblase hinausschaut. Der Frieden in Europa ist ein künstliches Konstrukt und könnte unter Umständen schnell zusammenbrechen. Es ist deshalb zentral, eine starke Armee zu unterhalten, welche auf alle sicherheitspolitischen Eventualitäten vorbereitet und in kurzer Zeit vollständig einsatzbereit ist.

Moderne Konflikte sind komplizierter

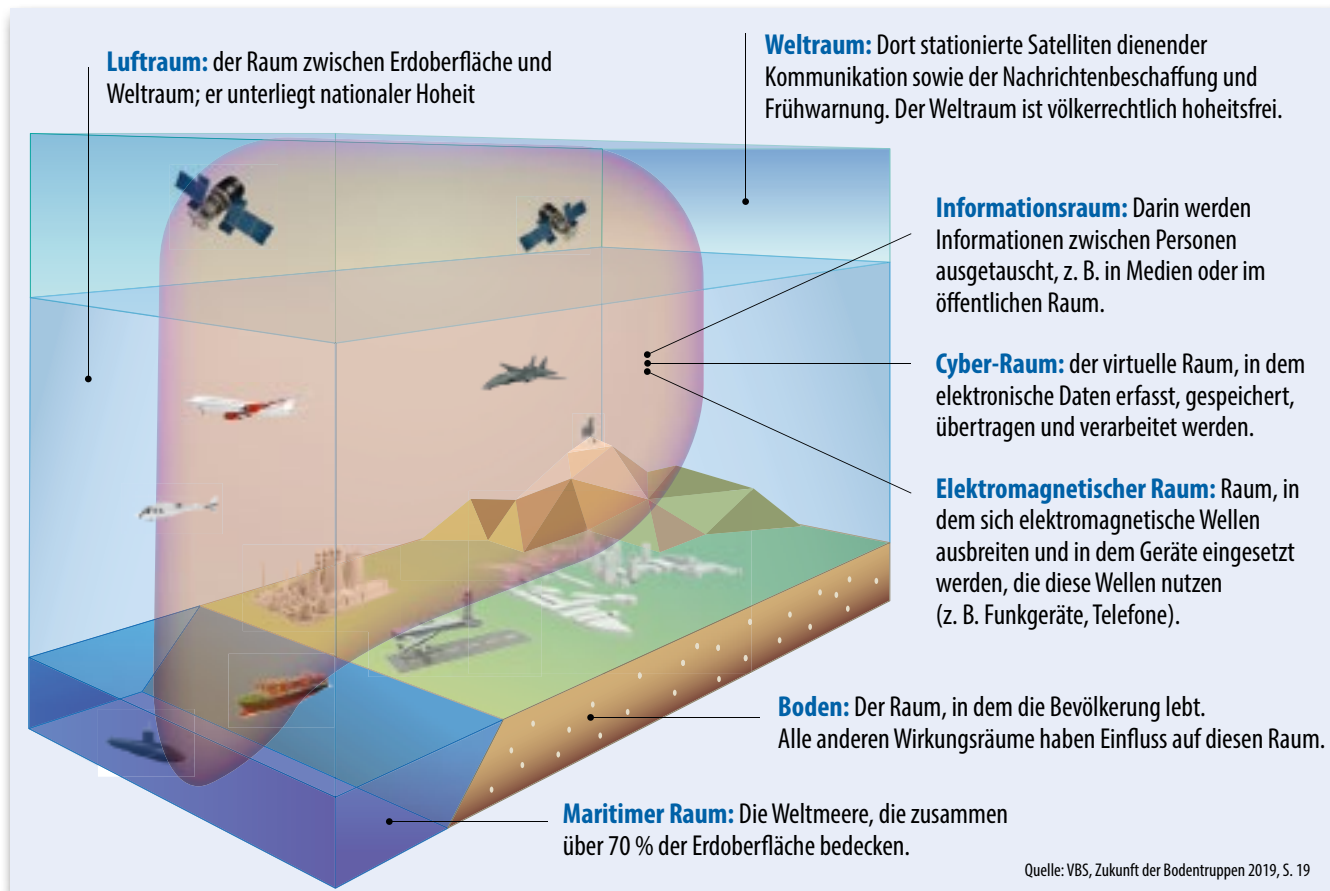
Moderne Konflikte sind vielschichtig und finden gleichzeitig auf verschiedenen Ebenen statt. Ein moderner Konflikt kann gleichzeitig auf dem Boden, in der Luft, auf dem Wasser, im Weltraum, aber auch mit elektromagnetischen und cyber-Mitteln ausgetragen werden, begleitet von grossen psychologischen Meinungsbeeinflussungskampagnen und verschiedenen Phasen von Entspannung und Eskalation – wie der Konflikt zwischen der Ukraine und Russland seit 2014 zeigt. Konflikte können aber auch auf einzelne Ebenen fokussiert stattfinden. Es ist deshalb notwendig, dass eine Armee auf allen Ebenen vollständig ausgerüstet, ausgebildet und alimentiert ist und jederzeit auf den schlimmsten Fall vorbereitet ist. Um solche Bedrohungen zu erkennen, sich darauf vorzubereiten und das Vorgehen von Staaten in Konflikten zu verstehen, sind der jahrelang vernachlässigte Militärische Nachrichtendienst (MND) und der Dienst für präventiven Schutz der Armee (DPSA) als Institutionen zu stärken.

Neutralität als Sicherheitsmaxime

Die Weltordnung, die sich nach dem Ende des Kalten Krieges

entwickelt hat, gehört der Vergangenheit an. Wir leben heute in einer Welt, in der es mehrere starke Grossmächte gibt. Die Schweiz als Kleinstaat steht vor einer wichtigen Entscheidung: entweder sich einem Lager von Grossmächten anzuschliessen und einen Teil ihrer Souveränität aufzugeben oder den traditionellen Weg der Neutralität weiterzugehen und in Frieden mit allen Staaten zu leben. Die Geschichte zeigt, dass neutrale Staaten nur dann ernst genommen wurden, wenn diese ihre Neutralität glaubhaft nach aussen verteidigen konnten. Die SVP steht daher vollumfänglich hinter der integralen, immerwährenden und bewaffneten Neutralität der Schweiz





und lehnt jegliche militärischen Verpflichtungen gegenüber anderen Ländern und internationalen Institutionen, wie z. B. der NATO, ab. Dazu gehört auch, dass die Schweiz ihre 195 Soldaten aus dem kostspieligen, bewaffneten und von der NATO geführten Auslandseinsatz im Kosovo so rasch als möglich abzuziehen hat.

Eigenständige Verteidigung

Die Schweiz gehört den Schweizern und wird im Ernstfall durch Schweizer Soldaten verteidigt. Die SVP fordert daher den raschen Wiederaufbau der verlorenen Verteidigungsfähigkeit der Schweizer Armee. Aufgeschreckt durch den Ukraine-Krieg ist nun auch die links-grüne Verteidigungspolitik der Schweiz aus ihrer naiven Vorstellung vom Ausbruch des totalen Weltfriedens nach dem Ende der Sowjetunion aufgewacht und hat dem jahrzehntelangen Totsparen der Armee kurzfristig ein Ende bereitet. Die SVP fordert jedoch, die Sparpolitik in der Armee nachhaltig zu beenden. Die Armeeaussgaben sind dauerhaft an das Bruttoinlandprodukt zu koppeln, um eine konsistente Sicherheitspolitik zu garantieren. Die als «Kompetenzerhaltung» schönegeredete Mangelwirtschaft in der Armee ist sofort zu beenden.

Gut ausgerüstete Soldaten

Die SVP fordert eine vollständige materielle Ausrüstung für die gesamte Armee inklusive Reservematerial, mit dem ein Drittel von Umlaufreserve und Materialausfällen sofort kompensiert werden kann. Wichtige Teile der Kampfkraft der

Schweizer Armee liegen heute in Trümmern: Die Luftwaffe ist knapp gross genug für Luftpolizeidienste, die Artillerie ist veraltet, sichere Verlegungen von Soldaten können nicht gewährleistet werden, eine effiziente Aufklärung ist nicht möglich und es gibt nicht genügend Kampfpanzer. Zudem wächst die armeeinterne Bürokratie im gleichen Mass, wie die Armee Kompetenzen verliert. Die Armee ist ungenügend ausgerüstet und alimentiert. Sie muss rasch wieder verteidigungsfähig gemacht werden. Die SVP fordert eine Armee, welche schnell und flexibel eingesetzt werden kann, modern ausgerüstet und gut ausgebildet und gross genug ist, um einen Gegner davon abzuhalten, unser Land anzugreifen.



Bürger in Uniform

Der Bürger ist das Rückgrat der Schweizer Armee. Aufgrund der seit Jahrzehnten rückläufigen Geburtenrate und der konstanten strukturellen Schwächung der Armee durch links-grüne Kreise können die Armeebestände auf Dauer nicht garantiert werden. Linke Armeeabschaffer haben die Bestände laufend gekürzt und gleichzeitig die Hürden zum vorzeitigen Ausscheiden aus der Armee massiv gesenkt, wie zum Beispiel die Abschaffung der Gewissensprüfung als Vorbedingung für den Zivildienst im Jahr 2009. Die Sicherung der Armeebestände darf nicht auf dem Rücken der Soldaten ausgetragen werden. Forderungen, dass die Dienstzeit der Soldaten verlängert werden soll, um die Bestände zu sichern, bestrafen die Soldaten. Die SVP fordert vielmehr, dass der Zivildienst und Zivilschutz zu einem Dienst zusammengelegt werden, die Hürden für den Übertritt aus der Armee erhöht werden und, dass die Bestände dieses Dienstes nach oben gedeckelt werden. Die Zivilbevölkerung muss zudem vermehrt mit der Armee in Kontakt treten, die SVP fordert dazu konkrete Massnahmen, um das Image der Armee in der Bevölkerung zu verbessern und die Armee besser lokal zu verankern. Dazu zählen zum Beispiel eine erhöhte Sichtbarkeit der Armee im Alltag und das verstärkte Abhalten von WKs (Wiederholungskursen) in Dörfern.

Einsatzbereit und flexibel einsetzbar

Die Schweizer Armee muss wieder verteidigungsfähig werden. Die SVP fordert in einem ersten Schritt die Mindestbestände bis 2025 zu garantieren, in einem weiteren Schritt den

Sollbestand bis 2027 auf 120'000 Soldaten zu erhöhen und in einem dritten Schritt aufzuzeigen, wie die Schweizer Armee ab 2027 auf einen Sollbestand von mindestens 180'000 Mann angehoben werden kann. Weiter muss die Armee die zielgerichtete Nutzung von zivilem Wissen nach dem Milizprinzip sicherstellen, die Einteilung der Armeeangehörigen regelmässig überprüfen und die Fähigkeiten der Armee auf die schlimmste Lageentwicklungsmöglichkeit ausrichten. Situationen wie beim Assistenzdienst während der Corona-Pandemie, als fast alle in die Armee eingeteilten Pflegefachpersonen durch das Armeeaufgebot vorübergehend in ihren dringend benötigten Arbeitsorten in den zivilen Spitälern fehlten, dürfen sich nicht wiederholen! Die SVP fordert strukturelle Anpassungen, welche ziviles Fachwissen nicht nur zielgerecht, sondern auch nach logischen Einsatzszenarien einbindet.



Standpunkte

Die SVP ...

- bekennt sich zu einer hervorragend ausgebildeten Milizarmee und zur allgemeinen Wehrpflicht;
- setzt sich für eine Erhöhung der Zahl der Angehörigen bei den Kampftruppen ein;
- setzt sich ein für eine vollständige Ausrüstung der Armee mit zeitgemässen Systemen und den raschen Ersatz von veraltetem Material in allen Bereichen;
- fordert die Erhöhung des Armeebudgets auf mindestens 1 Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP), aber mindestens 7 Milliarden jährlich;
- fordert eine moderne Armee, die sich den Herausforderungen der Zeit, insbesondere im Bereich der Cybersicherheit, hybriden Kriegsführung und konventionellen Kriegsführung schnell anpassen kann;
- verlangt, dass alle grossen Verbände der Armee vor allem auf die Fähigkeit zur Landesverteidigung gemäss Verfassungsauftrag ausgerichtet werden und sekundär mit Teilen subsidiäre Schutz- und Unterstützungsaufgaben wahrnehmen können;
- setzt sich für den Erhalt eines eigenständigen liberalen Waffenrechts inkl. der Abgabe von Taschenmunition als Teil der persönlichen Ausrüstung der Soldaten ein;
- steht für eine bündnisfreie Schweiz und keine weitere Einbindung in die NATO ein;
- fordert einen effizienten und modernen militärischen Nachrichtendienst, der satellitengestützte Aufklärung betreibt, Konflikte und andere potenzielle Bedrohungen für die Schweiz analysieren kann sowie daraus Konsequenzen für die Schweizer Armee und die Sicherheit des Landes ziehen kann;
- fordert in einem ersten Schritt die Sicherung der Bestände der Armee sowie in einem weiteren Schritt die Erhöhung des Sollbestandes der Armee um mindestens 20'000 Angehörige;
- fordert den Aufbau einer glaubwürdigen Luftsicherung, bestehend aus einer flächendeckenden Ausrüstung der Armee mit Luftabwehrwaffen und den Einsatz von moderner Drohnentechnologie;
- verlangt die Beendigung von bewaffneten Auslandseinsätzen wie demjenigen im Kosovo;
- fordert eine ausgewogene Präsenz der Armee in allen Regionen der Schweiz;
- fordert, dass der Zivildienst abgeschafft wird und Zivildienstleistende neu in den Zivilschutz eingeteilt werden.

+ Vorteile

Das bringt mir:

- ✓ als Bürger mehr Sicherheit;
- ✓ als Familie die Gewissheit, dass unsere Bevölkerung und unser Land geschützt werden können;
- ✓ als Angehöriger der Armee die nötigen Ressourcen, um den Auftrag für Land und Leute vollumfänglich zu erfüllen;
- ✓ als verantwortungsvolles Behördenmitglied jederzeit die richtigen Mittel zur Bewältigung von Krisen und Katastrophen;
- ✓ als Eltern die Gewissheit, dass unsere Söhne und Töchter nicht in fremde Kriege ziehen müssen.

Verkehr



Kampf den Staus und Schikanen im Strassenverkehr

Die Mobilität ist der Motor von Wirtschaft und Tourismus und damit die Basis unseres Wohlstandes. Eine intakte Verkehrsinfrastruktur ist ein Erfolgsfaktor und Standortvorteil, den es zu erhalten gilt. Die Schweiz vernachlässigt jedoch seit Jahrzehnten die Anpassung der Strassenkapazitäten an die Realitäten des Bevölkerungswachstums. Die linke Politik setzt zu einseitig auf die Bahn und bestraft den Individualverkehr. Der Abbau von Parkplätzen, Blitzlicht-Gewitter auf Autobahnen, 30er-Zonen auf Durchgangsstrassen und die Abzocke der Autofahrer bei der Mineralölsteuer und Bussen sind nur ein paar Beispiele.

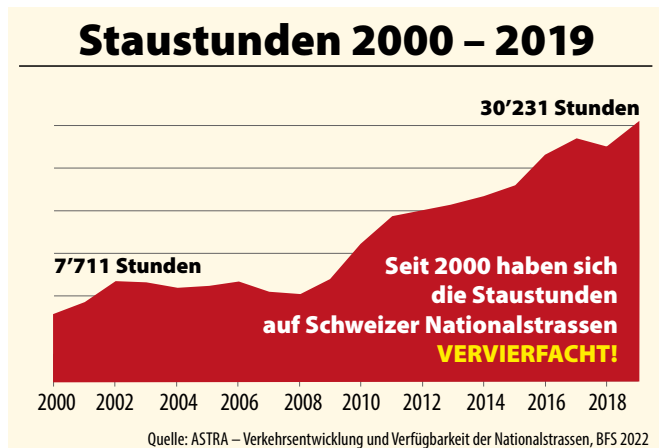


Robert Zimmermann
Garagist

“ Links-grüne Bevormunder sorgen mit Fahrverboten und 30-er Zonen sogar in Industriequartieren dafür, dass Autofahrer aus den Städten gemobbt werden. Darunter leidet das lokale Gewerbe, das auf den Individualverkehr angewiesen ist. Das müssen wir stoppen! ”

Überlastung der Strassen

Seit 1995 stagnieren die Investitionen ins Nationalstrassennetz bei knapp 2,5 Milliarden Franken im Jahr. Seither sind jedoch über 1,5 Millionen Menschen in die Schweiz eingewandert, die unsere Strassen zusätzlich belasten. Wer so viele Menschen in unserem kleinen Land will, muss ihnen auch die Infrastruktur zur Verfügung stellen. Und das ist beim Strassenverkehr nicht passiert. Resultat: tägliche, lähmende Staus. Die jährlichen Stautunden auf den Nationalstrassen haben sich seit 2000 vervierfacht. Das muss sich sofort ändern. Die SVP fordert, dass die überlasteten Autobahnabschnitte schnellstmöglich ausgebaut und hängige Projekte zügig umgesetzt werden. Der Verkehr auf der Strasse muss fließen.



Einseitige Verkehrspolitik

Dieser Zustand ist auch die Folge einer vom Bundesrat und Parlament verfolgten einseitigen Verkehrspolitik. Eine Optimierung der Verkehrsflüsse mittels Verkehrsmanagement-Massnahmen (Benutzung von Pannestreifen, Rechtsvorbeifahren, zeitlich begrenzte Lastwagenüberholverbote usw.) kann zwar die Probleme lindern, aber nur vorübergehend. Angesichts der prognostizierten Wachstumsraten kommt niemand mehr an einem weitreichenden Ausbau der Strasseninfrastruktur in der Schweiz vorbei. Zudem bekämpft die SVP die Verdrängung des Privatverkehrs aus den Städten und fordert, dass die zunehmenden Schikanen endlich gestoppt werden. Auf Hauptachsen muss Tempo 50 gelten – hier führen Tempo- und Spurreduktionen nur zu unerwünschten Staus.

Engpässe beseitigen

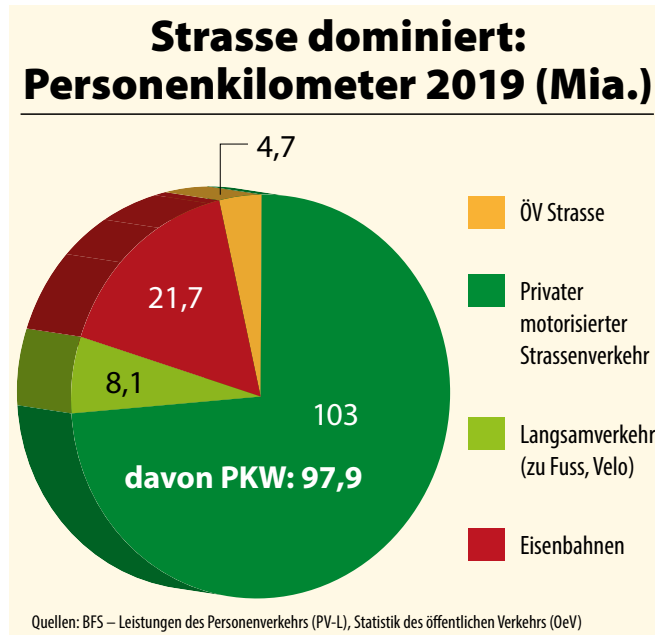
Die Schweizerinnen und Schweizer bezahlen immer mehr Steuern und Abgaben fürs Autofahren, bekommen aber immer weniger Gegenleistungen. Oberstes Ziel muss sein, mit den vorhandenen Mitteln die wichtigsten Engpässe umgehend zu beseitigen sowie Ausbauten dort vorzunehmen, wo die Belastung am grössten ist. Mit dem Bahninfrastrukturfonds (BIF) und dem Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds (NAF) verfügt der Bund über die Mittel dazu. Die SVP setzt sich dafür ein, dass die finanziellen Mittel des NAF für die Strasse richtig priorisiert und nicht im grossen Stil für Agglomerationsverkehr (ÖV- und Fahrradprojekte) abgezweigt werden. Entscheidend sind die Kriterien der

Wirtschaftlichkeit, der Dringlichkeit und der Nachfrage der Verkehrsbenützer.

Strasse als Rückgrat unserer Volkswirtschaft

Die Strasse darf gegenüber der Schiene nicht mehr benachteiligt werden. Die Schweiz droht ihr Geld für die Verkehrsinfrastruktur auf die falsche Karte zu setzen. Trotz aller Subventio-

nen für die Schiene werden heute drei Viertel der jährlichen Personenkilometer sowie 60 Prozent des Güterverkehrs auf der Strasse abgewickelt. Die Strasse ist das Rückgrat unserer Volkswirtschaft. Durch den rasanten technologischen Fortschritt bei alternativen Antriebsarten (Elektromobilität, Wasserstoff, synthetische Treibstoffe etc.) sowie bei autonomen Fahrzeugen dürfte die Strasse künftig noch an Bedeutung gewinnen.



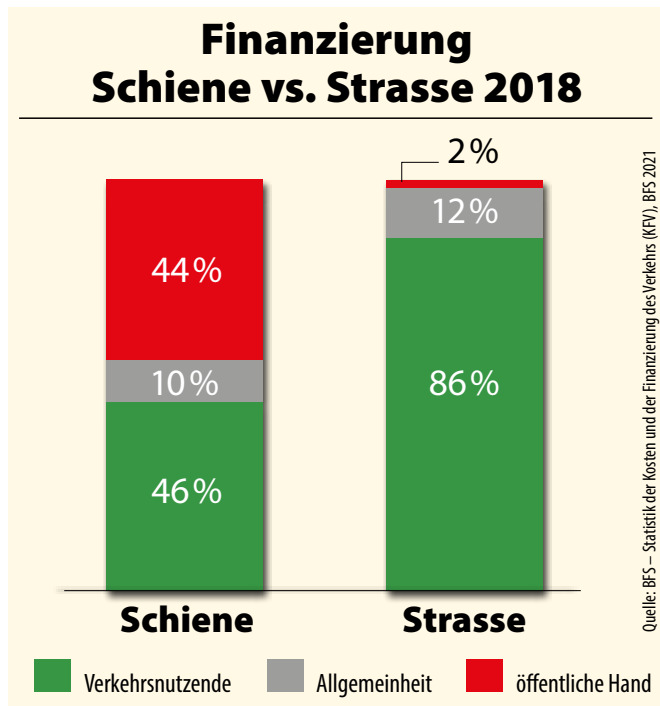
Stopp der Umverteilung von Strassengeldern

Umverteilung, Quersubventionierung und Zweckentfremdung sind ebenso zu stoppen, wie der Raubzug auf die Automobilisten durch immer neue und höhere Abgaben, Gebühren und fragwürdige Bussen, um die Staatsfinanzen auszubessern. Denn die Strassenverkehrsteilnehmer finanzieren sich praktisch selbst, ganz im Gegensatz zur Schiene, die zur Hälfte von Staatsgeldern finanziert wird. Bei den Kosten für die Infrastruktur weist der Strassenverkehr sogar seit Jahren einen Kostendeckungsgrad von über 100 Prozent auf. Für alternative Antriebe wie Elektroautos fordert die SVP faire Abgaben, die direkt in die Strasseninfrastruktur investiert werden müssen.

Gute Rahmenbedingungen für die Luftfahrt

Auch im für die Wirtschaft und den Tourismus existenziellen Luftverkehr gilt es die Handbremse endlich zu lösen. Die SVP setzt sich deshalb für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen der Luftfahrt durch sinnvolle und wirtschaftsfreundliche Massnahmen und Verträge sowie einen Abbau von Auf-

lagen und Regulierungen ein. Die Einführung der asozialen und für den Klimaschutz nutzlosen Flugticketabgabe lehnt die SVP ab. Vielmehr muss auch hier der technologische Fortschritt, wie die Beimischung synthetischer Treibstoffe beim Kerosin, gefördert werden.



Bussen- und Gebührenterror auf Kosten der Autofahrer

Die Autofahrer werden in einigen Kantonen durch ein skandalöses Bussenregime regelrecht abgezockt. Die angeblich erhöhte Sicherheit der Strassenbenutzer entpuppt sich angesichts der fest budgetierten Busseneinnahmen als Vorwand. Als wäre dies nicht genug, muss sich die SVP ständig gegen neue Abgaben und Gebühren im Strassenverkehr wehren, wie beispielsweise Mobility-Pricing, höhere Treibstoffgebühren, Erhöhung des Vignettenpreises oder CO₂-Abgaben. Währenddessen profitieren andere Verkehrsteilnehmer gratis (z. B. Velofahrer) oder stark subventioniert (ÖV-Benutzer) von immer mehr Infrastruktur.

Grössenwahn der SBB stoppen

Milliarden Franken fliessen in den öffentlichen Verkehr. Am meisten profitiert die SBB. Dies hat teure Folgen. Die Personalkosten bei der SBB stiegen zwischen 2011 und 2021 um über 850 Millionen auf 4,4 Milliarden Franken an. Die Auslastung der Züge ist aber immer noch zu gering. Bei den Immobilien wird geklotzt. Der SBB-Hauptsitz in Bern oder verschiedene Bahnhofneubauten zeugen davon. Die Konkurrenzierung Privater durch die SBB auf dem Immobilienmarkt und in anderen Bereichen ausserhalb des Kernauftrags ist zu stoppen. Die SVP fordert mehr Konkurrenz auf dem Schweizer Schienennetz, etwa durch Privatbahnen wie der BLS oder SOB, damit die Betriebskosten der SBB endlich unter Druck kommen.

Standpunkte

Die SVP ...

- setzt sich für die freie Wahl des Verkehrsmittels ohne Bevormundung ein;
- fordert den sofortigen Ausbau der überlasteten Autobahnabschnitte und eine zügige Umsetzung der hängigen Autobahnprojekte;
- verlangt, dass schweizweit innerorts auf Hauptachsen generell mindestens Tempo 50 gilt;
- bekämpft die Verdrängung des Privatverkehrs aus den Städten;
- wehrt sich gegen Verkehrsbussen, bei denen nicht die Sicherheit der Bürger, sondern offensichtlich die Staatseinnahmen im Vordergrund stehen;
- fordert die konsequente Anwendung des Strassenverkehrsgesetzes auch bei Velofahrern, insbesondere in Städten;
- sagt Nein zu Tunnelgebühren, Road-Pricing, Mobility-Pricing, CO₂-Abgaben auf Treibstoff, E-Vignette, Erhöhung des Preises der Autobahnvignette und Erhöhungen der LSVA;
- lehnt ein Verbot von Benzin- oder Dieselmotoren ab, ist aber offen für neue Antriebsarten (Elektro, Gas, Wasserstoff, Hybrid usw.) ohne staatliche Förderung;
- setzt sich für faire Abgaben auch für Fahrzeuge mit alternativen Antrieben ein, um die Finanzierung der Strassen zu sichern;
- bekämpft die ständige Übernahme von EU-Recht im Verkehr;
- fordert den Stopp der Quersubventionierung der Schiene durch Gebühren und Abgaben des Strassenverkehrs;
- lehnt eine Lockerung des bestehenden Kabotageverbots im Güter- und Personentransport auf der Strasse ab;
- will Transparenz bei den Bau- und Folgekosten von Infrastrukturprojekten durch den Einbezug der Wirtschaftlichkeit als oberstes Kriterium;
- verlangt einen höheren Kostendeckungsgrad im Schienenverkehr;
- fordert eine Beibehaltung der aktuellen Betriebszeiten auf den Schweizer Flughäfen sowie die Bewilligung von massvollen Kapazitätsverbesserungen (Schnellabrollwege, optimierte An- und Abflugverfahren etc.);
- wehrt sich gegen CO₂-Zuschläge und staatlichen Abgaben auf Flugtickets.

+ Vorteile

Das bringt mir:

- ✓ als Auto- und Motorradfahrer mehr Sicherheit, weniger Stau, weniger Bussenterror, keine neuen Steuern und moderate Treibstoffpreise;
- ✓ als Bahnfahrer weniger überfüllte Züge und eine freie Wahl des Bahnunternehmens durch mehr Angebotsvielfalt;
- ✓ als Transporteur genügend Kapazitäten auf Strasse und Schiene und die Garantie, dass meine Produkte rechtzeitig beim Kunden ankommen;
- ✓ als Tourist sichere und gut ausgebaute Verbindungen in die Schweizer Tourismusdestinationen;
- ✓ als Angestellter einer Firma mit internationalem Handel zuverlässige Flugverbindungen in die ganze Welt.

Landwirtschaft



Selbstversorgungsgrad steigern – Bauernfamilien stärken

Die SVP setzt sich für eine produzierende Landwirtschaft ein, welche die Bevölkerung mit genügend gesunden, marktnah produzierten Nahrungsmitteln versorgt. Die Bauernfamilien müssen ihr Einkommen dadurch sichern können. Dazu sind die überbordende Ökologisierung und Bürokratie im Sinne einer unternehmerischen Landwirtschaft zu senken. Dem Kulturland ist Sorge zu tragen und es ist angemessen zu erhalten. Der Bundesrat hat angesichts der Weltlage die Ernährungssicherheit durch Inlandproduktion in den Vordergrund zu stellen, statt auf unsichere Importe zu setzen.



Nicole Kramer

Bäuerin, Tierpflegerin EFZ und Mutter

“ Die vergangenen Jahre haben uns gezeigt, wie gefährlich eine zu starke Auslandsabhängigkeit bei wichtigen Gütern ist. Bei den Nahrungsmitteln können wir mit dem heutigen Selbstversorgungsgrad nur knapp jeden zweiten in der Schweiz lebenden Menschen ernähren. Wir brauchen eine starke, nachhaltig produzierende Landwirtschaft und einen ausreichenden Selbstversorgungsgrad. ”

Bauernsterben endlich stoppen

Vor hundert Jahren gab es in der Schweiz über 243'000 Landwirtschaftsbetriebe, 1990 waren es 108'000, 2021 gerade noch 48'864. Mit diesem anhaltenden, negativen Strukturwandel nahm auch die Anzahl der Beschäftigten drastisch ab. 2021 waren es noch 150'231 Personen, das entspricht einer Abnahme von rund 24 Prozent in 20 Jahren. Es ist offensichtlich, dass die Landwirtschaft somit eine der höchsten Produktivitätssteigerungen aller Branchen aufweist, der Anpassungsdruck ist gross. Trotzdem werden unsere Landwirte von links-grünen Fundamentalisten häufig als innovationsfeindlich und umweltschädigend dargestellt. Das ist falsch. Der Bauernstand muss wieder die Stellung erhalten, die er aus volkswirtschaftlicher Perspektive auch verdient: Er ist die Grundlage für unsere Ernährung und Kulturlandschaft und damit unverzichtbar für die Schweiz. Daher muss in der aktuellen Landwirtschaftspolitik des Bundes eine Umkehr stattfinden.

Grüner Regulierungswahn gefährdet Ernährungssicherheit

Die Bevölkerung steht hinter dem Bauernstand und weist diesem durch die Bundesverfassung und das Landwirtschaftsgesetz bedeutende Aufgaben zu. Für den Erfolg der zukünftigen Agrarpolitik ist es denn auch notwendig, dass der Volkswille und die Bestimmungen zur Ernährungssicherheit konsequent umgesetzt werden. Der Auftrag ist glasklar: Stopp der einseitigen Priorisierung der Ökologie in der Landwirtschaft, keine weitere Grenzöffnung, die Verbesserung der Rahmen-

bedingungen und damit die Stärkung der inländischen Produktion von gesunden Lebensmitteln. Die Bauern sind jedoch aufgrund der aktuellen Agrarpolitik immer weniger in der Lage, dem Verfassungsauftrag nachzukommen: Ständig neue ökologische Auflagen, ausufernder Regulierungswahn, beispielsweise im Raumplanungs-, Bau- und Umweltrecht, setzen der produzierenden Landwirtschaft arg zu. Der Erhalt eines möglichst hohen Selbstversorgungsgrades, aber auch die Bewirtschaftung und Pflege der Kulturlandschaft sind damit akut gefährdet.

Selbstversorgungsgrad auf 60 Prozent steigern!

Die Schweiz ist bereits heute pro Kopf einer der weltweit grössten Nettoimporteure von Nahrungsmitteln. Während wir pro Einwohner und Jahr für rund 400 Franken Nahrungsmittel importieren, exportiert die EU wertmässig mehr Nahrungs-

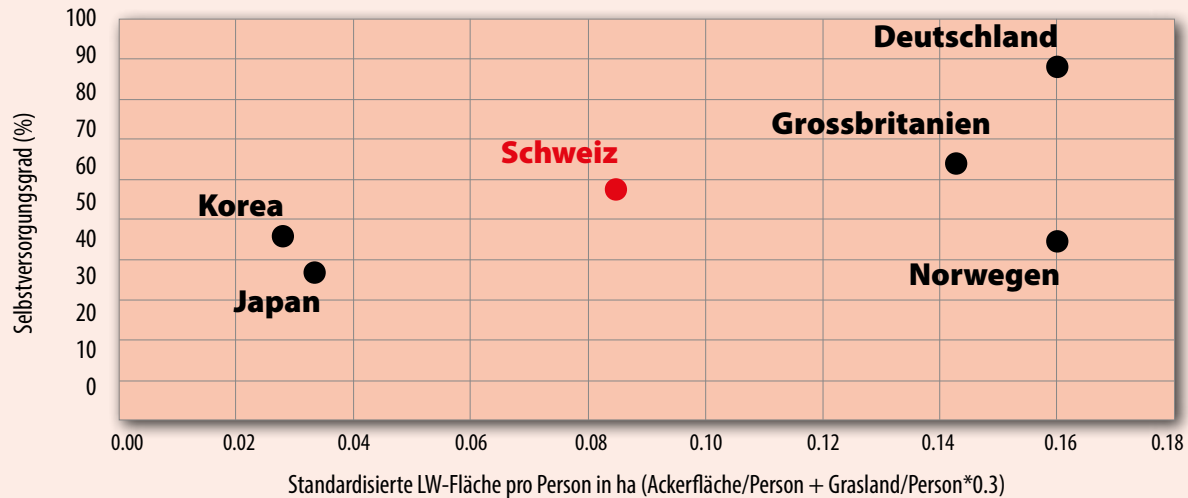


mittel als sie importiert. Der Netto-Selbstversorgungsgrad (importierte Futtermittel für die tierische Inlandproduktion abgezogen) der Schweiz lag im Jahr 2000 noch bei 59 Prozent und ist seitdem auf unter 50 Prozent gesunken. Der Anteil der einheimischen Brutto-Nahrungsmittelproduktion am Gesamtverbrauch an Nahrungsmitteln (verwertbare Energie),

gleichzusetzen mit dem Brutto-Selbstversorgungsgrad, sank von mehr als 62 Prozent im Jahr 1990 auf 56,9 Prozent im Jahr 2019.

Die Schweiz ist damit weit davon entfernt, sich selbst zu versorgen. Daher muss der Selbstversorgungsgrad endlich rasch

Brutto-Selbstversorgungsgrad im Verhältnis zur Landwirtschaftsfläche pro Person



gesteigert werden. Dabei gilt es auch Nahrungsmittelabfälle («Food waste») weiter zu reduzieren, da dadurch der Verbrauch sinkt. Zudem sind in jedem Fall leistungsfähige Familienbetriebe mit zukunftsfähigen Strukturen zu fördern.

Regional produziert statt von weither importiert

Die Sicherstellung der Ernährung der Schweizer Bevölkerung muss in den Mittelpunkt gestellt werden. Das ist ökologisch sinnvoller, als Landwirtschaftsprodukte zu importieren. Aktuell wird die extensive Landwirtschaft auf Kosten der produzierenden Landwirtschaft gefördert. Das ist falsch. Denn wir tun damit also genau das, was wir eigentlich nicht tun sollten: Wir importieren immer mehr Lebensmittel, ohne die Produktionsbedingungen zu kennen. Dabei erhöhen wir zusätzlich unsere Abhängigkeit vom Ausland. Dies fällt insbesondere in Krisenzeiten, bei welchen die weltweiten Lieferketten ohne Vorwarnung unterbrochen werden, ins Gewicht. Um einen Lebensmittel-Tsunami aus Billigländern abzuwehren, kämpft die SVP für die Erhaltung eines guten Grenzschutzes für die Landwirtschaft.

Zukunftsgerichtete Raumplanung

Das Raumplanungsgesetz ist darauf auszurichten, dass unternehmerische Landwirte ihre Betriebe zukunfts- und marktorientiert entwickeln können. Die SVP setzt sich für eine Raumplanung ein, die bei bestehenden Bauten und Anlagen ausserhalb der Bauzone eine flexible und vollständige Nutzung zulässt. Damit wird Kulturland geschützt, das

Landschaftsbild erhalten und Wertschöpfung im ländlichen Raum sichergestellt. Die SVP steht zu einem sparsamen Umgang mit Landwirtschaftsland. Zudem sollen zukunftsfähige Landwirtschaftsbetriebe auch künftig neue zonenkonforme Ökonomiegebäude erstellen dürfen und dies ohne Eigentumsbeschränkungen. Zudem fällt immer mehr wertvolles Landwirtschaftsland der Verwaltung und der Renaturierung von Gewässern zum Opfer. Auch die hohe Zuwanderung bedrängt das Kulturland auf Kosten der Siedlungsfläche und muss daher gesteuert werden.

Umweltbürokratie auf den Miststock

Die SVP wehrt sich zudem gegen den steten Ausbau der Richtlinien und Vorschriften im Tier-, Gewässer- und Umweltschutz, die immer höhere Kosten und einen unverhältnismässigen administrativen Aufwand verursachen. Die SVP steht auch zur Bewirtschaftung der Alpen, die einen grossen Mehrwert für das Tierwohl, unsere Kultur, aber auch den Tourismus und die Pflege der Landschaft darstellt.

Für die SVP ist zudem klar, dass die von Links-Grün glorifizierten Grossraubtiere keinen Platz in unserem dichtbesiedelten Land haben. Dem Wohl der verschiedenen Nutztiere und dem Erhalt von seltenen Rassen ist mehr Gewicht zuzumessen als Grossraubtieren wie dem Wolf oder dem Bären.

Standpunkte

Die SVP ...

- fordert eine Umkehr zu einer Landwirtschafts- und Ernährungspolitik, in der wieder die Produktion von Nahrungsmitteln und die Konsumenten im Zentrum stehen;
- kämpft für die Sicherung von Wertschöpfung und Erlös der landwirtschaftlichen Familienbetriebe durch den Verkauf von Lebensmitteln und Dienstleistungen;
- fordert kostendeckende Produktpreise und transparente Preisbildung, die ermöglichen, ein ergleichbares Einkommen zu erwirtschaften und Rücklagen für zukünftige Investitionen zu generieren;
- setzt sich für eine Verstärkung der Ernährungssicherheit in der Schweiz mit der Erhöhung des Selbstversorgungsgrades auf mindestens 60 Prozent ein;
- wehrt sich gegen die Zerstörung von Kulturland, namentlich bei der Revitalisierung von Gewässern;
- will die administrativen Auflagen minimieren;
- lehnt den Agrarfreihandel ab;
- wehrt sich gegen immer neue Vorschriften im Tier-, Gewässer- und Umweltschutz, die zu höheren Kosten und administrativen Erschwernissen führen;
- setzt sich für eine Raumplanung ein, die bei bestehenden Bauten und Anlagen ausserhalb der Bauzone eine flexible und vollständige Nutzung ohne Umzonung zulässt und ein Zusatzeinkommen ermöglicht;
- kämpft für die Investitionssicherheit, indem die nach neusten Erkenntnissen und Vorschriften realisierten Bauten und Einrichtungen während ihrer Abschreibungsdauer nicht mehr verändert bzw. angepasst werden müssen;
- verlangt, dass der absolute Schutz des Waldes zugunsten des Erhalts des Kulturlands gelockert wird;
- fordert eine proaktive Regulierung und ein rasches Eingreifen, um die Ausbreitung der Grossraubtiere zu stoppen. Der Wolf hat in der Schweiz nichts verloren, damit die Bewirtschaftung der Alpen auch in Zukunft garantiert werden kann.

+ Vorteile

Das bringt mir:

- ✓ als Konsument genügend qualitativ hochwertige und gesunde Nahrungsmittel aus einheimischer Produktion;
- ✓ als Bauernfamilie Perspektiven für die Zukunft;
- ✓ als Landwirt die nötige unternehmerische Freiheit;
- ✓ als Wanderer und Tourist eine gepflegte Kulturlandschaft;
- ✓ als naturliebender Mensch eine schöne und intakte Landschaft.

Umwelt



Eine lebenswerte Umwelt für heute und morgen

Eine intakte Umwelt bringt Lebensqualität und Wohlbefinden. Daher ist es im ureigensten Interesse eines jeden, der Umwelt und damit auch unserem Umfeld Sorge zu tragen. Dies gelingt am besten, indem man eigenverantwortlich handelt und die Erkenntnisse von Wissenschaft und Forschung praxisnah umsetzt. Linker Verbotswahn und fundamentalistischer Staats- und Erziehungszwang sind schlechte Ratgeber. Freiwilligkeit und gesundes Masshalten sind das bessere Rezept.



Severin Wallimann
Maschineningenieur ETH

“ Die unkontrollierte Zuwanderung zerstört unsere einzigartige Natur: Jedes Jahr muss Platz für 55'000 neue Haushalte geschaffen werden. Durch die Zubetonierung verschwinden Grünflächen, Naherholungsgebiete und wertvolles Ackerland. Sagen wir deshalb jetzt Nein zur 10-Millionen Schweiz – unserer Umwelt zuliebe! ”

Schweiz steht mustergütig da

Nur dem eigenverantwortlichen Handeln von Wirtschaft und Bevölkerung ist es zu verdanken, dass trotz des massiven Wachstums der Bevölkerung der Ausstoss von Treibhausgasen rückläufig ist. Um einen Überblick über den jährlichen Effizienzgewinn der Schweizer Bevölkerung zu erhalten, ist es unerlässlich, die Entwicklung der Effizienz im Verhältnis zur Entwicklung der Bevölkerung zu betrachten. Trotz massiver Bevölkerungszunahme sinkt der Treibhausgasausstoss der Schweiz seit über 10 Jahren markant und kontinuierlich, ohne neue Milliardenumverteilung und ohne übertriebene Verbots- und Bevormundungskultur. Der gesamte schweizerische CO₂-Ausstoss beträgt ein Tausendstel der weltweiten CO₂-Emissionen. Zudem ist die Luftqualität der Schweiz seit Mitte der 1980er-Jahre stetig besser geworden. Die Luft war bereits vor der Corona-Krise weniger dreckig als andernorts.



Im Vergleich mit ähnlich dicht besiedelten Gebieten in Westeuropa ist der Schadstoffausstoss pro Kopf deutlich geringer. Insbesondere die Belastung mit lungengängigem Feinstaub, mit Ozon, Ammoniak und mit Stickoxiden nehmen ab. Den Schweizer Boden betreffend sorgen die landwirtschaftlichen Betriebe für eine bedeutende umweltfreundliche «Pflege» der Kulturlandschaft. Aber allein zwischen 1985 und 2009 gingen pro Sekunde 1,1 m² Landwirtschaftsfläche verloren, in der Talzone gar doppelt so viel. Die Verminderung der Landwirtschaftsfläche um 5,4 Prozent lässt sich zu zwei Dritteln auf eine Ausdehnung der Siedlungsgebiete zurückführen. Brandgefährlich sind die unverhältnismässig hohen Verluste an bestem Kulturland aufgrund des übertriebenen Gewässerschutzes (Verlust von ca. 2'000 ha durch die Festlegung der Gewässerräume und rund 20'000 ha, die auf extensive Bewirtschaftung umgestellt werden müssen) und die rasante Zunahme der Waldfläche.

Aufgaben eines sinnvollen Umweltschutzes

Der Umweltschutz beinhaltet Massnahmen zur Erhaltung unserer Lebensgrundlagen. Gefragt sind menschliche Verhaltensweisen, die der Erhaltung, Verbesserung und allenfalls Wiederherstellung der Qualität unseres Lebensraums dienen. Über den traditionellen Natur-, Denkmal und Landschaftschutz hinaus befassen sich zahlreiche Gesetze und Auflagen mit unserer Umwelt. Massnahmen und Techniken, die Schäden erst gar nicht aufkommen lassen, sind oft effektiver und billiger als nachträgliches Handeln. «Nachhaltigkeit» ist für

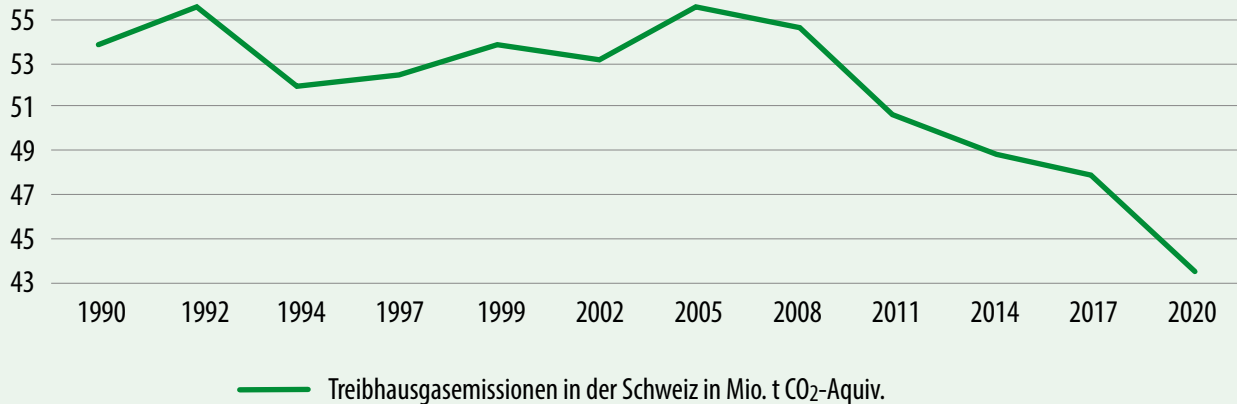
die SVP kein leeres Schlagwort, sondern beinhaltet die Erhaltung der dauernd unverminderten Leistung unserer Umwelt bezüglich Schutz-, Gesundheits- und Nutzfunktion.

Umweltschutz nicht den Linken überlassen

Die SVP vertrat schon grünes Gedankengut, als die Grünen ihr rotes Gedankengut noch nicht zu verstecken versuchten. Der Umweltschutz ist ein zu wichtiges Anliegen, um es den Linken und Grünen zu überlassen. Anstatt die heissen Eisen

anzufassen, wärmen diese sich lieber daran: Sie unterhalten eine ständige Hysterie um Klimaerwärmung, Waldsterben, Ozonloch, Feinstaub, sauren Regen, Klimakatastrophe usw., haben aber noch niemals ein einziges Problem gelöst. Umweltgerechte Lösungen kamen vielmehr vom technisch-wissenschaftlichen Fortschritt und von der Wirtschaft: Kläranlagen, Katalysatoren, schadstoffarme Brenner, Partikelfilter, phosphatfreie Waschmittel, Diesel-, Elektro- und Hybridmotoren, Biomasse usw. Nicht Verteuerung, Verbote oder Geschwin-

Treibhausgasemissionen in der Schweiz in Mio. t CO₂-Äquivalent



digkeitsreduktionen bringen uns im Umweltschutz voran, sondern Wohlstand, Wachstum, Forschung und Fortschritt. Unser Logo bleibt auch grün, wenn man daran kratzt. Bei allen anderen erscheint früher oder später die Farbe Rot. Seit über 100 Jahren trägt die SVP Sorge zu Land, Boden, Wasser und Luft als die Lebensgrundlagen für unsere Bevölkerung und unsere Ernährungssicherheit.

Sozialismus als grösste Umweltkatastrophe

Während die Grünen in den Städten in trendigen Stadtquartieren und in den Agglomerationen wohnen, weiss die SVP um die Bedeutung der Pflege des ländlichen Raums. Bauernfamilien bewirtschaften seit Generationen den Boden und haben alles Interesse, mit ihrer Lebensgrundlage sorgsam umzugehen. Sie verhindern mit ihrer Arbeit Vergandung, Versteppung und Verwüstung unserer Natur. Es sind die Anhänger der SVP, die sich gewerblich oder industriell für unsere Umwelt einsetzen: sei es in der Abwasserreinigung, in der Entsorgung und Deponierung von Abfällen oder im umweltgerechten Transportwesen. Dabei setzen sie nicht auf Verbote, Verhinderung und Verteuerung, sondern auf Vernunft, Konsumentenbedürfnisse, Marktwirtschaft und technische Neuerungen. Die Politiker der Grünen stimmen in den Parlamenten genauso sozialistisch wie die Sozialisten. Offenbar haben sie keine Ahnung von den Umweltverhältnissen in der Volksrepublik China, Venezuelas und möglicherweise haben sie noch nie von den ökologischen Altlasten der ehemaligen sozialistischen Sowjetunion gehört: vergiftete Böden, verschmutztes Wasser, verpestete Luft, ver-

strahlte, unbewohnbare Gebiete durch veraltete, untaugliche, ja unverantwortliche Energieproduktionsanlagen. Kein Wunder also, wählen Umweltpraktiker nicht die Grünen. Denn die bislang nachhaltigste Katastrophe für die Umwelt trägt einen Namen. Und der heisst Sozialismus.



Standpunkte

Die SVP ...

- befürwortet sinnvolle Bestrebungen zur Erhaltung, Wiederherstellung und Verbesserung der natürlichen Lebensgrundlagen im Einklang mit der Umwelt und der Landwirtschaft;
 - steht ein für geeignete Massnahmen im Bereich Raumplanung, Gewässerschutz, Luftreinhaltung sowie für eine damit zusammenhängende unabhängige, wirtschaftliche und umweltfreundliche Energiepolitik;
 - widersetzt sich der Musealisierung der Landschaft durch überbordende Schaffung subventionierter Naturparks oder Schutzzonen mit bürokratischen Auflagen für Landwirtschaft, Gewerbe, Tourismus und betroffene Regionen;
 - will, dass die negativen Folgen der Zuwanderung auf die Bodenversiegelung, die Infrastruktur, den Energie- und Wasserverbrauch, die (CO₂-)Emissionen usw. mitberücksichtigt werden;
 - fordert eine Anpassung des Raumplanungsgesetzes, mit dem Ziel, den Kantonen ihre verfassungsmässige Kompetenz über die Raumplanung zurückzugeben, damit alle Regionen genügend Entwicklungsmöglichkeiten haben;
- wehrt sich gegen jegliche neuen oder die Erhöhung bestehender Abgaben, Gebühren und Steuern im Bereich der Umwelt- und Klimapolitik;
 - befürwortet steuerliche Anreize im Umwelt- und Klimabereich, zum Beispiel einen 100-prozentigen Steuerabzug beim Heizungs- und Boilerersatz.

+ Vorteile

Das bringt mir:

- ✓ als Bürger weniger Ideologie und Panikmache;
- ✓ als Familie eine intakte und saubere Umwelt, auch für unsere Nachkommen;
- ✓ als Investor mehr Planungssicherheit und weniger Bürokratie bei der Realisierung von Projekten;
- ✓ als Gewerbetreibendem und Bauern weniger Auflagen und mehr Freiraum in meiner unternehmerischen Tätigkeit.

Gesundheit



Kostenreduktion dank Wettbewerb

Unser Gesundheitssystem gehört zu den besten, aber auch teuersten der Welt. Die zunehmende Verstaatlichung des Gesundheitswesens lässt Begehrlichkeiten und Prämien laufend steigen. Um dieser Entwicklung Einhalt gebieten zu können, sind Fehlanreize im heutigen System zu beseitigen. Die Eigenverantwortung ist zu stärken. Die Bevormundung des Bürgers unter dem Vorwand der Gesundheitsförderung ist zu stoppen. Dem ausufernden Treiben des Bundesamts für Gesundheit (BAG) sind Grenzen zu setzen.



Dario Turconi
Apotheker

“ Unsere Notfallstationen sind überfüllt mit Ausländern, die ab dem ersten Tag ihrer Ankunft voll versichert sind. Dies führt zu überlasteten Spitälern und treibt die Gesundheitskosten in die Höhe. Die Zeche bezahlt der Mittelstand durch explodierende Krankenkassenprämien. ”

Grenzenloser Leistungskatalog

Im Krankenversicherungswesen geht es heute nicht mehr um einen individuellen Vertrag zwischen dem Patienten und seiner Versicherung, sondern um einen Leistungskatalog, den die Behörden festsetzen. Anstelle von Arzt und Patient bestimmt der Staat darüber, welche Behandlung «wirksam», «zweckmässig» und «wirtschaftlich» ist. Die Politiker wissen angesichts dieser Überforderung nichts Besseres, als den Leistungskatalog ständig durch immer neue, gefällige Angebote auszuweiten. Im wachsenden Angebot und der steigenden Nachfrage ist es schwierig geworden, nein zu sagen. Aber auch die Patienten, die Ärzte, die Pharmaindustrie und die Firmen der Medizinaltechnik wollen ihre Wünsche und Dienstleistungen im Katalog unterbringen. Diese ausufernde Abdeckung jedes Krankheitsrisikos und jedes individuellen Bedürfnisses führt seitens der Bevölkerung zu einer Vollkasko mentalität, bei der jegliche Eigenverantwortung verloren geht.



Teurer Präventionswahn

Die Verstaatlichung des Gesundheitswesens und die dadurch entstandene Bürokratie haben immer grössere Kosten zur Folge. Alleine das BAG kostete während der Corona-Pandemie über 5 Milliarden jährlich und wird auch 2023 noch über 3.5 Milliarden kosten (ca. +400 Millionen verglichen mit 2019). Das Budget dieses Bundesamtes steigt seit Jahren um ca. 100 Millionen jährlich. Dieser Trend zeichnet sich auch in den Kostenvoranschlägen ab 2024 wieder ab. Begründet wird dieses massive Ausgabenwachstum unter anderem mit den immer zahlreicheren Regulierungen, deren Einhaltung zu kontrollieren sei – Regulierungen übrigens, die just vom BAG selber eingeführt worden sind. Die Gesundheitsfunktionäre des BAG wollen mit Gesetzen und teuren Kampagnen der Gesellschaft zum angeblich guten und gesunden Leben verhelfen. Nach Tabak und Alkohol folgen Laser, Licht und Schall, später wahrscheinlich Zucker, Fett oder Fleisch als Zielobjekte eines eigentlichen Präventionswahns. Immer mehr Geld fliesst in zwielichtige und ideologisch motivierte Studien und Aufklärungskampagnen.

Eigenverantwortung plus Wettbewerb

Eine Gesellschaft, die immer länger lebt, und ein medizinischer Fortschritt, der immer mehr Behandlungsmöglichkeiten eröffnet, sind Faktoren, die zu einem immer grösseren Konsum an medizinischen Leistungen führen. Verbunden mit einem Versicherungsobligatorium ist klar, dass die Nachfrage nach Gesundheitsleistungen auch in Zukunft hoch bleiben



wird. Ein weiterer Ausbau des Staates in diesem Bereich würde die Kostenentwicklung nicht bremsen, sondern die Situation verschlimmern. Die staatlichen Interventionen der letzten Jahre waren Symptombekämpfungen, welche den Versicherten keinen Anreiz für Einsparungen gegeben, sondern die bisherige Praxis bestärkt haben. Mehr Wettbewerb zwischen

allen Akteuren und ein Abbau der Regulierungsdichte, ohne die Gesundheit der Bevölkerung zu gefährden, sind zwingend nötig. Die SVP fordert, dass die Versicherten Eigenverantwortung übernehmen, ihren Kostenanteil erhöhen und einer übertriebenen Anspruchshaltung entgegenwirken. Die SVP befürwortet daher die Schaffung eines auf die wesentlichen gesundheitlichen Bedürfnisse beschränkten Grundleistungskataloges im Obligatorium, der um frei wählbare, aber durch Zusatzversicherungen finanzierte Leistungen ergänzt werden kann. Asylsuchende und vorläufig Aufgenommene müssen ausserhalb des KVG-Systems und direkt auf Kosten des Bundes bzw. der Kantone behandelt werden.

Fehlanreize beseitigen

Die SVP kämpft gegen die weitere Zentralisierung und Verstaatlichung im Gesundheitswesen. Weitere Staatseingriffe, neue Gesetze, Kontrollorgane und zentrale Kompetenzen beim Bund müssen verhindert werden, da sie bereits heute den Wettbewerb behindern, Fehlanreize schaffen und zu keiner Kostenreduktion führen. Durch immer mehr Prämienverbilligungen wird das Ansteigen der Krankenkassenprämien kurzfristig etwas abgefedert. Dies führt aber zu einem Teufelskreis, in dem der Bund bei jedem Prämienanstieg immer mehr Geld für Prämienverbilligungen ausgeben muss, anstatt das Problem endlich bei der Wurzel zu packen und richtige Anreize zur Verbilligung zu schaffen. Statt auf den mündigen Bürger zu vertrauen, möchten die Gesundheitsapostel beim BAG in die gesundheitspolitischen Kompetenzen der Kanto-



ne eingreifen. Dies darf nicht sein. Die Rolle der Kantone ist gleichzeitig neu zu definieren und auf wesentliche Aufgaben der Aufsicht und Kontrolle zu beschränken. Die SVP plädiert daher für eine klare Rollenteilung und Reduktion der Interessenskonflikte. In diesem Sinne sollen die Spitäler verselbstständigt, die tarifrechtlichen Fragen von den Tarifpartnern verhandelt und allenfalls von einer unabhängigen richterlichen Instanz bewilligt werden.

Akademisierung der Pflegeberufe stoppen

Der heutige Mangel an Pflegepersonal ist auch die Folge von Fehlentscheidungen im Bildungsbereich. Für die SVP ist es nicht nachvollziehbar, wie mit einer Akademisierung der Pflegeberufe höhere Qualität und Quantität erreicht werden sollen. Ein akademischer Titel belegt eine theoretisch ausgerichtete Ausbildung, sagt aber nichts über die Qualität zugunsten der Patienten aus. Ebenso ist der Papierkram im Pflegebereich zugunsten von Zeit und Zuwendung beim Patienten abzubauen. Es braucht eine Stärkung der verschiedenen praxisorientierten Pflegeausbildungsberufe. Zudem ist die Ausbildung des einheimischen Ärztenachwuchses dringend zu fördern.

Standpunkte

Die SVP ...

- steht für ein freiheitliches Gesundheitswesen, das eine qualitativ hochstehende und effiziente Gesundheitsversorgung garantiert;
- fordert mehr Transparenz hinsichtlich Qualität und Preisen im Gesundheitswesen, um die Wahlfreiheit der Patienten zu stärken;
- fordert die konsequente Vermeidung von überflüssigen Leistungen, um das Prämienwachstum zu bremsen;
- setzt sich für die Vertragsfreiheit zwischen Krankenversicherungen und Leistungserbringern ein;
- fordert die Senkung von Medikamentenpreisen durch mehr Generika;
- setzt sich dafür ein, dass bei Inanspruchnahme einer Notfallkonsultation für jeden neuen Behandlungsfall ein Selbstkostenanteil in bar erhoben wird;
- verlangt, dass «Sans-Papiers» und abgewiesene Asylbewerber nicht der obligatorischen Krankenversicherung, inkl. Prämienverbilligung, unterstellt sind, sondern nur im Notfall versorgt werden;
- fordert die Anpassung der frei wählbaren Franchisen und des Selbstbehalts in der KVG-Grundversicherung zur Stärkung der Eigenverantwortung;
- fordert die Prüfung neuer Angebotsmodelle, welche die Wahlfreiheit garantieren, die Eigenverantwortung des Versicherten belohnen und insgesamt die Kosten senken;
- lehnt eine zunehmende Verstaatlichung des Gesundheitswesens ab;
- wehrt sich gegen fragwürdige und teure Behördenkampagnen unter dem Deckmantel der Prävention;
- lehnt die Legalisierung und Verharmlosung von Drogen ab;
- bekämpft den Pflegenotstand, indem sie sich dafür einsetzt, dass in der Langzeitpflege verstärkt Nachbarschaftshilfe, Verwandtenunterstützung, Freiwilligenarbeit und innovative Pflegeformen einbezogen und mit steuerlichen Anreizen gefördert werden;
- bekämpft die Bürokratie im Gesundheitsbereich, damit wieder mehr Zeit den Patienten gewidmet werden kann;
- befürwortet grundsätzlich ambulant vor stationär;
- fordert, dass die Krankenkassenprämien der Grundversicherung vollumfänglich von den Steuern abgezogen werden können;
- fordert eine bedarfsgerechte Anzahl Plätze auf den Intensivstationen;
- unterstützt das Ziel, dass die Ausgaben im Gesundheitswesen nicht stärker anwachsen als ein spezifischer Referenzwert der Prämienzahlerinnen und Prämienzahler.

+ Vorteile

Das bringt mir:

- ✓ als Patient eine qualitativ hochstehende Betreuung;
- ✓ als Versichertem bezahlbarere Krankenkassenprämien;
- ✓ als Bewohner auf dem Land eine lokale Gesundheitsversorgung in der Umgebung;
- ✓ als Arzt die freie Ausübung meines Berufes ohne zunehmende staatliche Bevormundung.

Sozialwerke



Sozialwerke endlich langfristig für die Zukunft sichern

Unser Sozialwerke helfen Bürgerinnen und Bürgern, die in Not geraten sind und leisten einen wichtigen Beitrag zum sozialen Frieden. Da man in der Vergangenheit die strukturellen Probleme und das Missbrauchspotenzial der Sozialwerke stets mit Steuergeldern zugedeckt hat, ist es heute umso dringender, den Ausgleich und die Solidarität zwischen Alt und Jung, zwischen den echt Bedürftigen und den Prämien- und Steuerzahlern, wieder ins rechte Lot zu rücken. Der Sozialindustrie und dem Missbrauch ist konsequent der Riegel zu schieben. Verantwortungsvolle Lösungen brauchen eine konsequente Politik. Die finanzielle Sicherung unserer Sozialversicherungen ist ein Muss.



Manuel Kaspar
Unternehmer

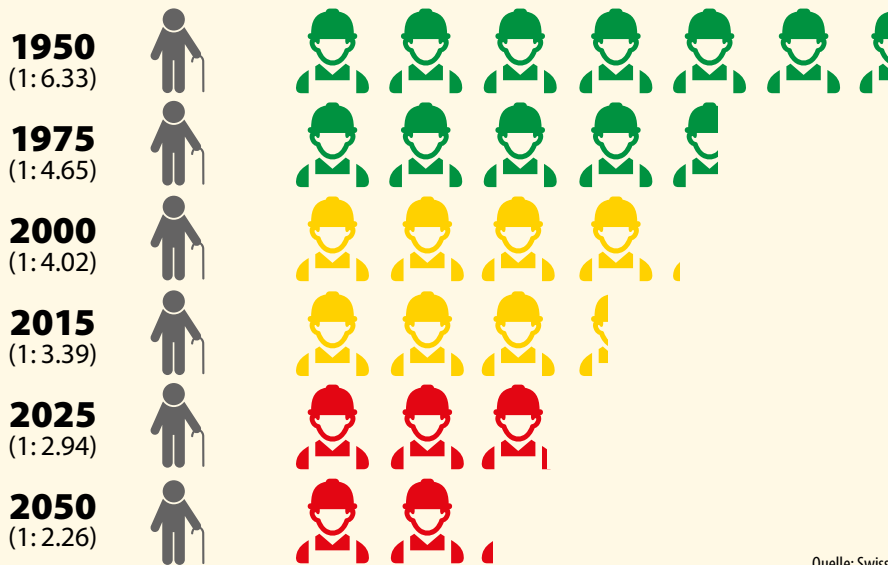
“ Unsere Sozialwerke sind wegen der völlig verfehlten Politik von Mitte-Links in ernste Schieflage geraten. IV-Renten werden im Ausland verlockt, Arbeitsscheue erhalten üppige Sozialgelder. Und der Mittelstand muss diese Milliardenkosten mit dem hart erarbeiteten Geld finanzieren. Das muss sich ändern! ”

Probleme mit Geld zugedeckt

Die Politik von Mitte-Links hat dazu geführt, dass offensichtliche Missstände bei den Sozialwerken, Missbrauch und strukturelle Unterfinanzierung, nicht ehrlich angegangen wurden. Man verschloss die Augen vor den echten Problemen. Missstände wurden meist salopp mit mehr Geld

zugedeckt – Geld, das mit zusätzlichen Steuern und Abgaben bei den Bürgern und den Unternehmen geholt wurde. Dies ist nicht nur teuer, sondern auch sehr kurzfristig gedacht. Die verantwortungslose Politik von Mitte-Links wird zur untragbaren Belastung für künftige Generationen. Diese «Pflasterlipolitik» muss aufhören! Die SVP setzt sich für die langfristige Sicherung unserer Sozialwerke und damit den sozialen Frieden in unserem Land ein. Dafür braucht es strukturelle Anpassungen.

Verhältnis Rentner zu Arbeitnehmer



Quelle: Swissinfo.ch

sich für die langfristige Sicherung unserer Sozialwerke und damit den sozialen Frieden in unserem Land ein. Dafür braucht es strukturelle Anpassungen.

Sozialstaat stösst Grenzen

Der Sozialstaat stösst zunehmend an Grenzen. Während Gesamtausgaben für die soziale Sicherheit im Jahr 1950 noch weniger als 2 Milliarden Franken ausmachten und bis 1990 62 Milliarden Franken anstiegen, betragen die Ausgaben die Sozialwerke in der Schweiz Jahr 2019 nicht weniger als 183 Milliarden Franken. Durchschnittlich steigen die Sozialleistungen um 3,2 Pro-

zent pro Jahr. Damit machten die Sozialleistungen ein Viertel des nationalen BIP aus und wachsen stärker als die prognostizierten 1,9 Prozent Wirtschaftswachstum im Jahr 2023. Der Sozialstaat wächst uns über den Kopf, und zwar zulasten künftiger Generationen. Immer weniger Beitragszahler müssen für immer mehr Bezüger aufkommen. Der Wohlfahrtsstaat ist in Frage gestellt: AHV, Ergänzungsleistungen, Arbeitslosenversicherung, Pensionskasse, Erwerbsersatzordnung, Invalidenversicherung, Mutterschaftsversicherung und als letztes Auffangnetz die Sozialhilfe – keine dieser sozialen Einrichtungen ist solide finanziert und langfristig gesichert.

Für sichere AHV-Renten

Die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) ist die erste und wichtigste Säule im 3-Säulen-System der Schweizer Altersvorsorge. Sie ist der Inbegriff eines einzigartigen Solidarwerks, welches von allen Bevölkerungsschichten breit abgestützt ist. Die AHV dient der Existenzsicherung nach der Pensionierung und soll das finanzielle Minimum im Alter sichern. Zusammen mit der zweiten Säule – der beruflichen Vorsorge – ermöglicht sie die Weiterführung des gewohnten Lebensstandards im Alter. Die dritte Säule ist freiwillig, wird jedoch durch Steuerabzüge gefördert und soll der Deckung von Zusatzbedürfnissen im Alter dienen. Die SVP setzt sich für Reformen zur finanziellen Sicherung der AHV-Renten ein.



Reformen sind unumgänglich

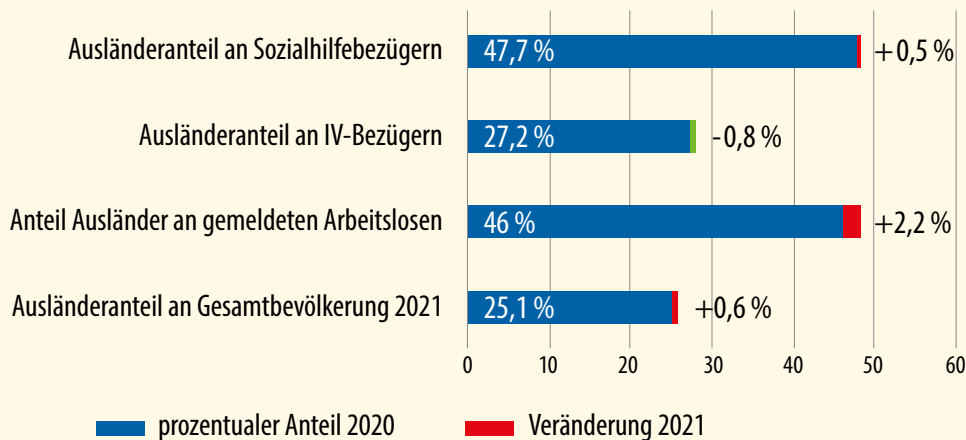
Die SVP setzt sich für die langfristige finanzielle Sicherung der Sozialwerke bis 2050 ein. Sie ist sich bewusst, dass jeder Franken, der dafür eingesetzt werden kann, zuerst verdient werden muss. Das verlangt, dass sich Reformen auf Tatsachen und realistische Szenarien abstützen. Das bisherige System ist für die Bevölkerungsverhältnisse, wie sie bis 1990 galten, zugeschnitten und gehört daher nachhaltig angepasst.

Fehlanreize beseitigen

Speziell bei der Invalidenversicherung (IV) müssen endlich die angekündigten Reformen durchgeführt werden. Verglichen mit dem Anteil an der Gesamtbevölkerung ist der Ausländeranteil in der IV seit langem überproportional hoch. Die Rentenskala ist zu verfeinern. Der Export von IV-Renten ins Ausland ohne Kaufkraft-

bereinigung ist zu stoppen. Bei den inzwischen häufig diagnostizierten psychischen Störungen braucht es eine strengere Überprüfung. Leistungseinschränkungs- und Leistungsbereitschaftstests müssen an der Tagesordnung sein, um Missbrauch und Fehldiagnosen vorzubeugen.

Verteilung ausländischer Bevölkerung in Sozialwerken



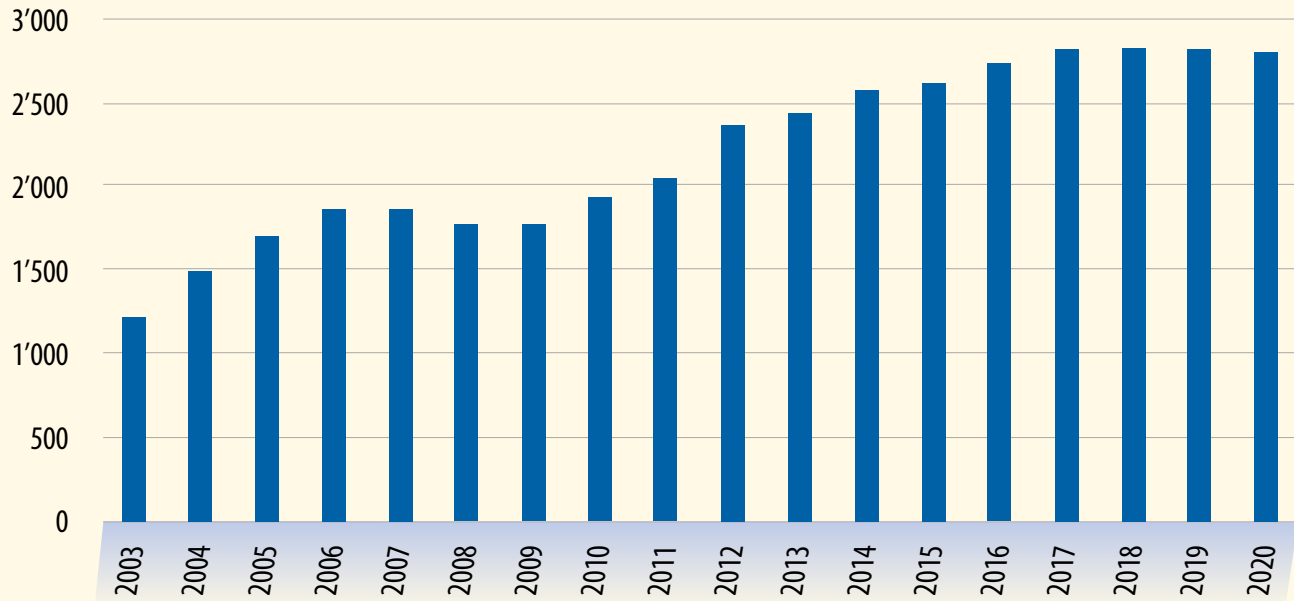
Quelle: BFS, Sozialhilfebeziehende im Jahr 2021

Sozialhilfe darf keine Hängematte sein

Unsere Sozialwerke werden zunehmend unübersichtlicher. So lagen die Ausgaben für die Sozialhilfe 2020 bei rund 2.8 Milliarden Franken: eine Zunahme von über einer Milliarde Franken innerhalb von nur zehn Jahren. In den Kantonen sind die Sozialhilfegesetze so auszugestalten, dass die Sozialhilfe nicht länger ausgenutzt und missbraucht werden kann. Fast die Hälfte der Sozialhilfebezüger sind Ausländer. Im Flüchtlingsbereich lag die Sozialhilfequote im Jahr 2021 bei 82,1 Prozent. Die Vollkosten, was uns ein Asylbewerber inklusive des gesamten weit gefassten Familiennachzugs kostet, werden nach wie vor verschwiegen. Wer sich nicht um Integration und Arbeit bemüht, soll auch keine Hilfe bekommen. Arbeit muss sich lohnen. Die Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) rechnen ideologisch motiviert mit zu hohen Ansätzen. Sie sind jedoch lediglich unverbindliche Orientierungshilfen für die ausführenden Organe und dementsprechend in den kantonalen Sozialhilfe- und Fürsorgegesetzen und -verordnungen als solche zu benennen. Leistungen müssen spürbar reduziert werden für Personen, welche eine zumutbare Arbeit verweigern oder sich sonst nicht an die Bestimmungen der Behörden halten. Einer weiteren Professionalisierung im Fürsorgewesen ist energisch entgegenzutreten. Stattdessen sind das Milizprinzip, die Gemeindeautonomie und die Bürgernähe zu stärken. Familien, lokale Vereine, Kirchen und Unternehmen sollen ihren wichtigen Beitrag leisten können und sind entsprechend stärker einzubinden.



Entwicklung der Sozialhilfe in Millionen Franken



Standpunkte

Die SVP ...

- setzt sich für die Sicherung der AHV-Renten ein;
 - kämpft für die finanzielle Stabilisierung der Sozialwerke und lehnt den Ausbau des Sozialstaates ab;
 - wehrt sich für die Jungen, damit diese nicht die Zeche einer gescheiterten Sozialhilfepolitik zahlen müssen;
 - lehnt jegliche Erhöhung von Steuern und Abgaben für die Sanierung unserer Sozialwerke ab;
 - fordert die Befreiung der AHV-Renten von den Bundes- und Kantonssteuern;
 - lehnt die Verstaatlichung der zweiten Säule ab;
 - bekämpft die Quersubventionierung von Erwerbstätigen zu Rentnern in der Pensionskasse;
 - setzt sich für die permanente Missbrauchsbekämpfung in den Sozialversicherungen ein;
 - fordert in allen Sozialwerken eine Mindestbeitragsdauer, um die Aushöhung des Sozialstaates durch Armutzuwanderung zu verhindern;
 - fordert die Mitsprache der Gemeinden im Bereich des Kindes- und Erwachsenenschutzes und die Bevorzugung von Familien- gegenüber Heimlösungen;
 - verlangt die Stärkung des Milizprinzips sowie der Gemeindeautonomie im Fürsorgewesen anstatt mehr Zentralisierung und weiterem Staatsausbau;
- unterstützt die Stärkung der Eingliederungsmassnahmen, wobei Sozialhilfe immer als Überbrückungshilfe anzuwenden ist;
 - fordert die Streichung der Verbindlichkeit der SKOS-Richtlinien aus den kantonalen Sozialhilfegesetzen.

+ Vorteile

Das bringt mir:

- ✓ als Arbeitnehmer weniger Lohnabzüge, damit mehr zum Leben bleibt;
- ✓ als Rentner sichere Renten;
- ✓ als junger Erwerbstätiger die Aussicht, auch langfristig über sichere Sozialwerke zu verfügen;
- ✓ als in Not Geratener die Sicherheit, nicht wegen Missbräuchen anderer schlechter dazustehen;
- ✓ als Konsument keine Erhöhung von Steuern und anderen Abgaben für Sozialwerke;
- ✓ als Gemeindepolitiker die Möglichkeit, in jeder Situation bedarfsgerecht handeln zu können;
- ✓ als Gewerbetreibender keine zusätzlichen Abgaben und Belastungen.

Bildung, Forschung und Innovation



Starker Bildungs- und Innovationsplatz mit klarer Aufgabenteilung

Ein effizientes Bildungs-, Forschungs- und Innovationssystem ist eine wesentliche Grundlage für die wirtschaftliche Entwicklung und den Wohlstand der Schweiz. Die SVP unterstützt eine qualitativ hochstehende Ausbildung, die sich auf die wirtschaftliche Realität der Berufswelt konzentriert. Forschung und Innovation sind in erster Linie eine Aufgabe der Privatwirtschaft – der Staat soll hier eine subsidiäre Rolle einnehmen und für gute Rahmenbedingungen sorgen.



Judith Ricklin
Primarlehrerin

“ Integrativer Unterricht und Zuwanderung belasten das Lernklima in den ohnehin schon sehr heterogenen Schulklassen. Immer mehr Pädagogen agieren in der Folge in einer Schulklasse, was entsprechende Unruhe erzeugt. Dies alles wirkt sich negativ aufs Klassenklima und Lernen aus. Es ist höchste Zeit, diese Experimente zu beenden. ”

Eine auf die Beschäftigung ausgerichtete Ausbildung

Das Bildungssystem muss sich an der Realität der Arbeitswelt orientieren. Wenn mehr Ärzte, Informatiker, Ingenieure und Techniker benötigt werden, müssen diese in der Schweiz ausgebildet werden. Angesichts der Kritik von Wirtschaftsführern und Hochschulen an den mangelnden Grundkenntnissen der Volksschulabgänger müssen die Verantwortlichen dieser Schulstufe die Ausbildung wieder auf die Muttersprache, Mathematik und Naturwissenschaften fokussieren und auf ideo-



logischen Unterricht wie Genderpolitik und Sexualkunde oder gar wirtschaftsfeindlichen Konsumenten- und Umweltschutz verzichten. Verhaltensauffällige und lernbehinderte Kinder mit Sonderschulstatus sollen nicht per se integriert, sondern auch in separaten Klassen unterrichtet werden können.

Ohne Fleiss kein Preis

Das Fordern muss die Grundlage des Schulalltags sein, denn die Realität in der Berufswelt ist Wettbewerb und das Streben nach guten Leistungen. Die Souveränität der Kantone für das Schulwesen (Primar- und Sekundarstufe I) ist einer der Grundpfeiler des Schweizer Bildungssystems. Die Kantone und damit die Bürgerinnen und Bürger müssen ihr Schulsystem nach den Regeln der direkten Demokratie wählen können. Die Lehrpläne der Kantone müssen klare und verbindliche Ziele vorgeben. Leistung und Qualität müssen auf allen Schulstufen gefordert und gefördert werden. Ohne Ordnung, Disziplin und Anstrengungsbereitschaft gibt es keinen schulischen Erfolg. Hausaufgaben fördern das Leistungsbewusstsein und bilden gleichzeitig eine essenzielle Brücke zwischen der Schule und den Eltern. Die Leistungen der Schüler müssen durch Noten und schriftliche Beurteilungen des Verhaltens bewertet werden. Die Zeugnisse müssen einfach, übersichtlich und für Eltern und Lehrbetriebe verständlich gestaltet sein.

Berufslehre und technische Berufe stärken

Durch die gezielte Förderung des dualen Systems sollen die Vorteile der Berufslehre stärker hervorgehoben werden und



dazu führen, dass in Zukunft wieder mehr Jugendliche eine praxisorientierte Berufslehre absolvieren. Die hohen Maturitätsquoten sind vor allem das Ergebnis einer Gleichmacherei und einer Nivellierung nach unten. Es ist weitgehend erwiesen, dass die Berufsbildung die beste Garantie gegen Jugendarbeitslosigkeit ist und das nützlichste Bindeglied zwischen Wirtschaft und öffentlicher Bildung darstellt. Die SVP bekämpft daher den aktuellen Trend, junge Menschen in die Universitäten zu drängen. Sie setzt sich auch dafür ein, dass beispielsweise darauf verzichtet wird, von Lehrern, Hebammen, Pflegenden sowie Kindergarten- und Primarschullehrern eine Masterausbildung zu verlangen. Auch Fachhochschulen sollten keine Dokortitel mehr verleihen.

Forschung und Innovation: Streben nach Exzellenz

Innovation ist der Treiber für wirtschaftliche Entwicklung. Die Schweiz mit ihren hohen Kostenstrukturen, dem kleinen Heimmarkt und fehlenden Rohstoffen, ist zwingend auf Innovation angewiesen und gilt daher als Innovationsweltmeisterin. Der Forschungs- und Innovationsplatz ist auf günstige Rahmenbedingungen angewiesen. In diesem Zusammenhang ist der Platz des Staates vor allem subsidiär. Diese Methode zahlt sich aus: Die Schweiz belegt in vielen internationalen Vergleichen einen Spitzenplatz oder gar eine Führungsposition, während die Privatunternehmen mehr als zwei Drittel der Ausgaben für Forschung und Entwicklung tragen.

Universitäten: Technisches Wissen für die Besten

Die Schweizer Universitäten und die Eidgenössischen Technischen Hochschulen müssen den Schwerpunkt auf die Vermittlung von theoretischem Wissen, auf wissenschaftliche Arbeit und Spitzenforschung legen. Die Studienangebote müssen sich stärker an den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes orientieren. In dieser Hinsicht muss ein «Numerus Clausus» für Sozial- und Geisteswissenschaften eingeführt werden. Die SVP will keine Massenuniversitäten, sondern fordert Spitzenuniversitäten für die besten Studenten. Angesichts der Bedrohungen durch extremistische Gruppierungen müssen die Universitäten ausserdem die Meinungsfreiheit von Studenten, Professoren und Referenten garantieren. Es ist nicht hinnehmbar, dass Vorlesungen wegen einer Minderheit von Studenten, die sich der Meinungsvielfalt widersetzen, abgesagt werden.

Vernünftige internationale Zusammenarbeit

Es ist nicht hinnehmbar, dass die Schweizer Steuerzahler die Ausbildung von Tausenden von ausländischen Studenten finanzieren, die nach Abschluss ihrer Ausbildung das Land verlassen und ihr Wissen in anderen Volkswirtschaften einsetzen. Daher müssen von ausländischen Studenten wesentlich höhere Universitätsgebühren verlangt werden. Die Schweizer Teilnahme an bürger- und wirtschaftsfernen EU-Bildungs- und Forschungsprogrammen müssen kritisch beurteilt und nicht um jeden Preis akzeptiert werden. Die Diversifizierung der wissenschaftlichen Partner muss eine übergeordnete Rolle spielen.



Standpunkte

Die SVP ...

- setzt sich für ein qualitativ hochstehendes, effizientes und leistungsorientiertes Bildungswesen ein, das die Vermittlung von Bildung ins Zentrum stellt;
- fordert eine Abkehr vom einseitig integrativen Schulsystem;
- verteidigt die Hoheit und Eigenständigkeit der Kantone im Bildungswesen, namentlich an der Volksschule;
- fordert einen modernen, der Digitalisierung angepassten Schulunterricht und will gescheiterte Bildungsexperimente der letzten Jahre rückgängig machen (z. B. integrativer Unterricht oder lautgetreues Schreiben);
- kämpft gegen eine systematische Privilegierung von ausländischen Kindern und für eine Abkehr von der minimalistischen Nivellierung nach unten, lediglich zugunsten der schulisch Schwächsten;
- bekämpft das systematische und krankhafte Diagnostizieren von allfälligen Fehlentwicklungen bei Schulkindern, um diese staatlich zu fördern. Der Gesamtanteil an Förderunterricht ist zu reduzieren;
- fordert gewalt- und drogenfreie Schulen. Der Gewalt- und Suchtprävention in der Schule ist der notwendige Stellenwert einzuräumen;
- steht für politisch ausgewogenen Unterricht sowie die Vermittlung und den Erhalt von schweizerischen kulturellen Werten und Traditionen an den öffentlichen Schulen;
- will, dass die Maturaquote nicht künstlich erhöht wird und die Eintrittsprüfungen an Mittelschulen bestehen bleiben;
- setzt sich für die Stärkung der dualen Berufsbildung mit praxisbezogenem Fokus ein;
- fordert einen «Numerus Clausus» für Sozial- und Geisteswissenschaften für eine besser an der Wirtschaft und Wertschöpfung orientierten Studienlandschaft;
- setzt sich für Meinungsfreiheit an der Universität und für Meinungsvielfalt bei den Lehrkräften ein;

- begrüsst die Förderung von privaten Geldern bei den Lehrstühlen;
- fordert höhere Studiengebühren für ausländische Studenten;
- fordert periodische Überprüfungen und notwendige Anpassungen des Bologna-Systems bezüglich der Abschlüsse, der Attraktivität und der Arbeitsmarktfähigkeit;
- verlangt Anreize für Studiendarlehen anstelle von Stipendien und will, dass bei Studienabbruch die Stipendien konsequent zurückgefordert werden;
- will den Ausbau der Fachhochschulen zu «kantonalen Universitäten» und damit Doppelspurigkeiten verhindern (keine Masterstudiengänge, keine Doktorarbeiten an Fachhochschulen);
- fordert, dass alle Dozenten, die an den Pädagogischen Hochschulen angehende Lehrer ausbilden, selbst mindestens drei Jahre als Klassenlehrer tätig waren;
- verlangt, dass private Bildungsträger, namentlich im Bereich der Weiterbildung, nicht staatlich konkurrenziert werden.

+ Vorteile

Das bringt mir:

- ✓ als Schüler und Student eine praxisnahe Ausbildung und gute Chancen im Arbeitsmarkt;
- ✓ als Eltern die Gewissheit, dass meine Kinder in der Schule auf die Herausforderungen des Berufslebens vorbereitet werden;
- ✓ als Lehrer die Möglichkeit, mich auf die Vermittlung von Wissen zu konzentrieren, statt mich mit administrativem Leerlauf abzumühen;
- ✓ als Lehrbetrieb Lehrlinge, die mit einem soliden Bildungsrucksack aus der Volksschule kommen;
- ✓ als Personalchef gut ausgebildete Berufsleute aus der Schweiz;
- ✓ als Steuerzahler, dass die Gelder zielgerichtet eingesetzt werden.

Mensch, Familie, Gesellschaft und Religion



Eigenverantwortung und gefestigte Werte

Minderheitsbewegungen zwingen unserer Gesellschaft immer mehr ihre Ideologie auf. Die SVP widersetzt sich dem mit Vehemenz. Die Säulen unserer Gesellschaft und des friedlichen Zusammenlebens sind die Familie und das christlich-abendländische Werteverständnis. Zwanghaftes staatliches Streben nach Gleichmacherei gefährdet das Leistungsbewusstsein jedes einzelnen. Eigenverantwortung ist hier das Stichwort; es darf nicht sein, dass der Staat oder eine ideologische Minderheit über das Gelingen oder Scheitern in der privaten Lebensgestaltung entscheidet.



Esther Monney
Köchin und Arbeitsagodin i. A.

“ Intakte Familien sind das Fundament einer starken Gesellschaft. Doch Mitte-Links versucht seit Jahren die traditionelle Familie zu zerstören und schreckt auch nicht davor zurück, politischen Einfluss auf die Kinder zu nehmen. Wir verteidigen unsere Werte! ”

Keine Verstaatlichung der Familie

Der Staat greift zunehmend in die Familiengestaltung ein, indem er gewisse Familienformen bevorzugt. So diskriminieren etwa staatliche Subventionen und Steuererleichterungen für Krippenbetreuung die traditionelle Familie. Der Staat interveniert auch dort, wo die Gesellschaft problemlos funktioniert, und zahlt zum Beispiel an Kinderkrippen für Eltern, die dies finanziell gar nicht nötig haben. Immer mehr Lebensformen werden der Ehe rechtlich gleichgestellt. Der Verdacht liegt nahe, dass diese Massnahmen beitragen sollen, die Gesellschaft radikal umzubauen. Der Staat mischt sich so immer mehr in die Erziehung der Kinder ein, anstatt sich auf seinen Bildungsauftrag zu beschränken.

Missbrauch der Schule

Aufgrund vermeintlicher Missstände wird gerne die Schule zur Problemlösung herangezogen, sei dies im Bereich der Sexualerziehung, im Umgang mit Medien und Konsum oder bei der «politischen Bildung». Ein freiheitliches Verständnis geht jedoch davon aus, dass Eltern die Verantwortung für die Erziehung ihrer Kinder tragen und Lehrer diese Themen und Bereiche selber in Eigenverantwortung in den Unterricht einbauen können. Grundsätzlich soll die Schule unsere Kinder auf ein eigenverantwortliches Leben vorbereiten und ihnen das erforderliche Rüstzeug für ein erfolgreiches Berufsleben mitgeben. Die SVP will mündige Staatsbürger und keine gleichgeschalteten Staatskinder.

Gleichmacherei als Einheitsbrei

Die geplanten Reformen des Ehe- und Familienrechts führen zu Beliebigkeit und Unverbindlichkeit. Die Ehe zwischen Mann und Frau wird laufend geschwächt, indem dieser Verbindung alle möglichen Formen des Zusammenlebens gleichgestellt werden. So wird beispielsweise die Gleichstellung von Polygamie (Vielehe) diskutiert. Des Weiteren will man Mechanismen einrichten, wonach das Zusammenleben von Erwachsenen mit Kindern nach einer gewissen Zeit automatisch als Familie gilt. Dem Missbrauch und der Willkür wird damit Tür und Tor geöffnet. Probleme beim Erbrecht, bei den Sozialversicherungen, beim Scheidungsrecht, beim Unterhalt oder beim Steuerrecht sind vorprogrammiert. Solche Reformen führen nicht zu einer liberalen Gesellschaft, sondern zu einer Verstaatlichung des Privatlebens. Sie bedrohen wichtige



gesellschaftliche Zellen wie die Familie, Vereine, Stiftungen, Kirchen, Nachbarschaften sowie Dorf- und Quartiergemeinschaften, die unabhängig vom Staat existieren.

Familien stärken – Geborgenheit ermöglichen

Die Familie und mit ihr die Ehe zwischen Mann und Frau bilden die Grundlage unserer Gesellschaft. Eltern und Kinder verdienen den besonderen Schutz des Staates. Elternpaare oder Alleinerziehende tragen die Verantwortung für die Erziehung und Entwicklung ihrer Kinder und geben ihnen Liebe und Geborgenheit. Dabei lernt das Kind Hilfe und Rücksichtnahme sowie die Fähigkeit, Konflikte auszutragen. Die Möglichkeit einer jeden mittelständischen Familie eine Lern- und Entwicklungsumgebung im eigenen Haus zu bieten, verbessert die Ausgangslage für eine gesunde Kindererziehung mittels genügend Freiraum und fördert dadurch die Kinder. Es gilt: Kein richtiges Zuhause ohne eigenes Haus!

Mehr Wertschätzung für ehrenamtliche Arbeit

Wertvolle Arbeit wird nicht nur am bezahlten Arbeitsplatz geleistet, sondern Tag für Tag auch im privaten Kreis, sei es in Form von Nachbarschaftshilfe, Pflege von Angehörigen oder der Betreuung der Kinder. Diese Arbeit wird mehr und mehr abgewertet und mit dem Schlagwort «Professionalisierung» an den Rand gedrängt. Staatliche Institutionen wie Kinderkrippen oder Mittagstische können die elterliche Liebe und Fürsorge nicht ersetzen. Die Erziehung der Kinder liegt von deren Geburt an bis zur Volljährigkeit in der Verantwortung der El-



tern und kann nicht an den Staat delegiert werden. Wichtig ist für unsere Jugend ein Umfeld, das ihnen Wertschätzung entgegenbringt und in dem sie ihre Persönlichkeit weiterentwickeln können. Die SVP unterstützt daher auch Vereine und Jugendverbände als wichtige Träger für eine sinnvolle Lebens- und Freizeitgestaltung.

Kein Kampf der Geschlechter

Männer und Frauen sollen einander ergänzen. Nicht das Geschlecht, sondern einzig die Eignung soll darüber ent-

scheiden, wer welche Funktionen oder welches Amt bekleidet. Gleiche Rechte und gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit und Leistung für Mann und Frau sind für die SVP eine Selbstverständlichkeit. Diesem Ziel dienen weder staatliche Gleichstellungsbüros noch sonstige bürokratische Regelungen wie Lohnpolizei oder Quoten. Die SVP wehrt sich gegen Gleichmacherei und setzt auf das eigenverantwortliche partnerschaftliche Engagement von Mann und Frau in Familie, Gesellschaft, Beruf und Politik.

Die eigenen Wurzeln erhalten

Die Entflechtung von Kirche und Staat darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass ein christlich geprägtes Gesellschafts- und Menschenbild für die Kultur und die Politik der Schweiz von grosser Wichtigkeit ist. Der Verlust dieser Wurzeln und Werte wäre verheerend. Gerade die individuelle Freiheit ist eine Folge des christlichen Menschenbildes. Die Entwicklung der Demokratie aus antiken Vorstellungen ist nur mit dem Übergang zur Selbstverantwortung zu verstehen. Weiter ist die pro-



testamentarische Arbeitsethik Grundlage einer unternehmerischen und leistungsorientierten Gesellschaft. Aus den christlich-abendländischen Grundlagen schöpfen wir vernünftiges Denken, Kreativität und Innovation. Denn Unternehmertum und Fortschritt wurzeln in tätiger Hoffnung auf eine prosperierende Zukunft. Aber auch der katholische Subsidiaritätsgedanke und die Betonung des Werts des Individuums innerhalb der Schöpfung waren und sind für die Schweiz und den Schweizer Föderalismus prägend.

Auch Toleranz und Offenheit zählen zum christlichen Erbe. Dies soll uns aber nicht aus falsch verstandener politischer Korrektheit daran hindern, den politischen Islam genau und kritisch zu beleuchten. In der Schweiz leben rund 400'000 Angehörige muslimischen Glaubens. Gewiss sympathisiert nur eine kleine Minderheit mit islamistischem Gedankengut. Doch die muslimischen Zuwanderer stammen oft aus Ländern, in denen keine demokratische Rechtsordnung herrscht. Aus Sicht der SVP ist die offizielle Anerkennung weiterer Landeskirchen kein gangbarer Weg, da er unweigerlich zu weitreichenden Forderungen seitens dieser Gemeinschaften führen wird.

Glaubens- und Gewissensfreiheit hochhalten

Unsere geistigen, historischen und kulturellen Wurzeln müssen erhalten und gepflegt werden. Aufgabe der Kirchen ist es, den Menschen durch Verkündigung und Seelsorge Halt und echte Lebenshilfe zu bieten. Die Kirchen leisten damit einen



wesentlichen Beitrag an eine solidarische Schweiz. Die Kirche soll sich dabei jedoch nicht politisch äussern. Weder eine Partei noch der Staat soll Menschen auf religiöse Überzeugungen verpflichten oder ihnen einen bestimmten Glauben vorschreiben. Unsere Glaubens- und Gewissensfreiheit erlaubt allen Einwohnern freies Denken, Schreiben, Sprechen – und Bekennen. Kirchen und Religionsgemeinschaften geniessen darum im Rahmen der Verfassung Freiheit der Verkündigung und Freiheit für die kirchliche Tätigkeit. Parallelgesellschaften mit eigenem Rechtssystem dürfen hingegen nicht geduldet werden. Unsere Gerichte dürfen beispielsweise einen islamischen Kulturhintergrund keinesfalls zur Strafmilderung heranziehen. Die Duldung oder gar Beförderung von Praktiken wie Zwangsheirat, Ehrenmorden, Blutrache, weiblicher Genitalbeschneidung, Eheschliessung mit Minderjährigen oder Vielehen ist hierzulande absolut inakzeptabel.



Freie Meinungsäußerung ohne Maulkorb

Die 1994 vom Volk knapp akzeptierte Rassismus-Strafnorm hat sich wie befürchtete nicht bewährt und ist abzuschaffen. Die sich stets ausweitende Gerichtspraxis zeigt die Absurdität dieser Strafnorm. Der Rückgriff aufs Strafrecht, um Meinungen zu verurteilen oder jene einzuschüchtern, die diese vertreten, ist zutiefst undemokratisch. Eine Demokratie ist noch nie an zu viel Meinungsäußerungsfreiheit gescheitert – aber an zu wenig.

Keine Duldung von Parallelgesellschaften

Das Rechtswesen hat mit geeigneten Massnahmen dafür zu sorgen, dass sich beispielsweise das Problem mit dem Islamismus nicht weiter verschärft. Es ist klarzumachen, dass unsere Regeln für alle Angehörigen von Religionsgemeinschaften gelten und jeder sich anpassen muss, der hier leben will. Die Gleichheit vor dem Gesetz gilt immer. Darum sind etwa Dispensation vom Schwimmunterricht oder der Verzicht auf das Singen von Weihnachtsliedern im Kindergarten nicht zulässig. Auch ist die schleichende Ausbreitung von Scharia-Gepflogenheiten parallel zu unserem Rechtsstaat vehement zu unterbinden. Wer nicht vorbehaltlos zu unseren freiheitlich-demokratischen Grundrechten steht, darf nicht eingebürgert werden. Wer sich aktiv unserer Wertordnung widersetzt und nicht Schweizer Bürger ist, soll ausgewiesen werden.

Standpunkte

Die SVP ...

- setzt sich für Eigenverantwortung und Selbstbestimmung der Familien ein und wendet sich gegen die weitere Verstaatlichung von Familien und Kindern;
- fordert die Stärkung der Meinungsäusserungsfreiheit durch Aufhebung der Rassismus-Strafnorm;
- fordert die Befreiung von Familien von finanziellen Benachteiligungen wie der Heiratsstrafe sowie Besteuerungen von Kindergeld;
- anerkennt Frau und Mann als gleichberechtigte Partner in Beruf und Gesellschaft und lehnt jegliche staatliche Quotenregelungen ab;
- will keine Vielehen und keine Adoption von Kindern durch sogenannte Einelternfamilien;
- lehnt Zwangsehen und Beschneidungen bei Mädchen strikte ab. Das Strafgesetzbuch ist konsequent anzuwenden;
- lehnt den Ausbau des staatlich-diktierten Vaterschafts- oder Elternurlaubes ab;
- will keine zentral vorgeschriebenen Tagesstrukturen, sondern sinnvolle Angebote auf der Stufe der Gemeinde, wo ein Bedürfnis besteht und die Finanzierung primär privat erfolgt;
- unterstützt das Zusammenleben in Familie, Vereinen, Nachbarschaften, Kirchen, Dorf- und Quartiergemeinschaften;
- setzt sich für ein selbstbestimmtes und würdevolles Leben der älteren Menschen ein;
- setzt sich gegen eine Zwangs-Frühsexualisierung durch den Staat ein;
- steht zum christlich-abendländischen Fundament unseres Staatswesens, unserer Rechtsordnung und unserer Kultur;
- fordert, dass Kreuze als Symbole unserer christlich-abendländischen Kultur und unserer Religion auch im öffentlichen Raum respektiert und toleriert werden;
- lehnt religiös motivierte Sonderrechte ab, welche im Widerspruch zu unserer Rechtsordnung stehen;
- fordert die konsequente Umsetzung des Verhüllungsverbots und ein Kopftuchverbot an Schulen und Kindergärten;
- widersetzt sich besonderen Feiertagsregelungen für nicht anerkannte Glaubensgemeinschaften;
- lehnt die öffentliche Finanzierung von Imamen in Asylzentren, Gefängnissen und in der Armee ab;
- fordert ein konsequentes Verbot von Gruppen, welche die Schweizer Bundesverfassung nicht achten;
- lehnt die Anerkennung nicht-westlicher Religionsgemeinschaften als öffentlich-rechtliche Körperschaften und die staatliche Ausbildung Geistlicher dieser Religionsgemeinschaften ab.

+ Vorteile

Das bringt mir:

- ✓ als Individuum möglichst viel Freiheit und möglichst wenig staatliche Bevormundung;
- ✓ als Familie Freiraum für die eigenverantwortliche Entfaltung und Schutz vor staatlicher Einflussnahme auf die Erziehung;
- ✓ als Kind Liebe und Geborgenheit in der Familie;
- ✓ als Lediger, dass ich nicht immer noch mehr für andere bezahlen muss;
- ✓ Gleichberechtigung in der Beziehung zwischen Mann und Frau.

Gender-Terror und Woke-Wahnsinn



Gegen Ausgrenzung – für eine offene und freie Gesellschaft

Die Ideologie der politischen Korrektheit überbordnet: Gender-Terror, Woke-Wahnsinn und Cancel Culture sind Auswüchse einer extremistischen Verbotskultur, die auf Ausgrenzung und Zensur abzielt. Diese gefährlichen Tendenzen attackieren den Kern unserer offenen Gesellschaft. Es muss Schluss sein mit Maulkörben, Denkverboten und teuren Scheinproblemen. Jeder muss das Recht haben, sich ohne Repressionen frei zu äussern.



Denise Neuweiler
Gemeindepäsidentin

“ Die Forderung nach einer extrem gendergerechten und woken Sprache verfolgt die Absicht, die freiheitlich-demokratische Gesellschaft aus den Angeln zu heben. Das ist verheerend. Es braucht das energische Gegensteuer der Vernünftigen. ”

«Darf ich das noch sagen?»

Die aufgeklärten westlichen Gesellschaften sägen an dem Ast, auf dem sie sitzen: Die Freiheit des Denkens, Redens und Schreibens wird immer mehr eingeschränkt. Die Linienrichter der politischen Korrektheit gehen gegen alles vor, was nicht ihrer eigenen Ideologie entspricht. Viele Bürger trauen sich nicht mehr zu sagen, was sie denken – aus Angst vor Shitstorms, sozialem Druck und Benachteiligungen. Diese Entwicklung ist brandgefährlich, denn sie greift die Substanz unserer offenen Gesellschaft und unseres liberalen Rechtsstaats an. Die Vielfalt der Meinungen und der demokratische Wettstreit der Argumente dürfen nicht durch Maulkörbe und Denkverbote behindert werden.

Gender-Terror stoppen

Dass Mann und Frau gleiche Rechte haben, ist selbstverständlich und garantierter Teil unserer Rechtsordnung. Den jungen Mädchen und Frauen stehen heute alle Möglichkeiten offen. Von einer Diskriminierung aufgrund des Geschlechts kann keine Rede mehr sein. Dennoch propagieren die Behörden die «Gleichstellung» und das «Gender-Mainstreaming». Beim Bund, bei Kantonen, Städten und Hochschulen gibt es unzählige Gleichstellungsbüros, Gleichstellungsbeauftragte und Gender-Leitfäden, die die Frauen dorthin «stellen» wollen, wo sie längst schon selbst hingekommen sind – oder vielleicht auch gar nicht hinwollen. Dabei geht es nicht bloss um Ideologie, sondern um handfeste Interessen: um Geld und Macht. Das zeigt sich exemplarisch an den Universitäten: Der Gender-



trend steuert dort Finanzflüsse und lenkt Karrieren. Wer nicht brav mitmarschiert, kann seine akademischen Ambitionen begraben oder wird mit unsanften Mitteln auf Kurs gebracht. So gelten mancherorts strikte Regeln für eine «gendergerechte» Schreibweise. Wer nicht spurt, wird mit Notenabzügen bestraft. Dabei ist es den selbsternannten Sprachpolizisten egal, dass sie gegen die Regeln der Rechtschreibung verstossen und unsere Sprache verhunzen.

Auswüchse der Trans-Kultur

Während die klassische Gender-Ideologie alles auf Mann und Frau reduzierte, richtet sich der Fokus längst auch auf die verschwindend kleine Minderheit der Menschen mit Transidentität. Dahinter steht die Behauptung, das Geschlecht sei nicht biologisch bedingt, sondern eine «soziale Konstruktion». In der Praxis führt das zu immer mehr unverhältnismässigen und teuren Massnahmen. Für das «Es» werden in Schulen und Öffentlichkeit eigene Toiletten gebaut. Kinder werden diesem ideologischen Irrsinn ausgesetzt – gegen den Willen der Eltern. Schulen, Medien und andere Einrichtungen missbrau-

chen junge Menschen in ihrer sonst schon verunsichernden Identitätsfindung, um sie ideologisch zu beeinflussen.

In der Schweiz kann man seit dem 1. Januar 2022 Geschlecht und Vorname im Personenstandsregister in wenigen Minuten ändern lassen. Das Mitte-Links-Parlament erlaubt diesen massiven Schritt sogar Jugendlichen ab 16 Jahren. Man darf in diesem Alter keine Fahrstunden nehmen, aber sein Geschlecht ändern. Das ist Unsinn und dabei besteht nicht einmal die Verpflichtung, «die innere Überzeugung der betroffenen Personen überprüfen zu lassen», wie es in einer Weisung



des Bundesamtes für Justiz heisst. Die Kosten für den amtlich bescheinigten Geschlechtswechsel betragen lediglich 75 Franken. Damit wird auch die Tür zum Missbrauch geöffnet: Wenn sich Herr Müller als Frau Müller eintragen lässt, kann er der Militärpflicht entgehen oder sich andere Vergünstigungen erschleichen.

Cancel Culture – die kulturelle Säuberung

All diese schädlichen Entwicklungen gipfeln in der sogenannten Cancel Culture, also dem Löschen, Sperren und Wegradiieren unliebsamer Äusserungen. Das neudeutsche «Deplatforming» verschleiert nur unzureichend, worum es dabei geht: um die soziale Ausgrenzung von Andersdenkenden. Auf den sozialen Medien ist es Alltag. Und nun wird es gar Teil der offiziellen Politik. Linke Städte wie Zürich setzen zum Bildersturm an, schleifen Denkmäler und übermalen Inschriften, die dem gerade angesagten Wertekanon der urbanen Spieserklintel widersprechen. Weisse Musiker werden von der Bühne gejagt, weil sie die «falsche» Frisur tragen. Bücher wie «Winnetou» kommen auf den Index, das Schweizer Radio und Fernsehen zeigt die entsprechenden Filme nicht mehr. Der absurde Vorwurf lautet, das sei «kulturelle Aneignung». In Tat und Wahrheit führt diese gefährliche Intoleranz von links zu gnadenlosen Säuberungen und zu einer Vernichtung der hier gewachsenen Kultur und Identität.



Standpunkte

Die SVP ...

- verteidigt das Recht auf freie Meinungsäußerung und bekämpft jede Form von Bevormundung und Ausgrenzung von Andersdenkenden. Die Grenzen dessen, was gesagt werden darf, definiert der Rechtsstaat. Umgekehrt muss er das Recht auf freie Rede jederzeit garantieren können;
- steht ein für Vielfalt statt für Einfalt und für den demokratischen Wettstreit der Ideen und Argumente;
- fordert die Abschaffung von Gleichstellungsbüros und ähnliche Stellen bei Bund, Kantonen, Gemeinden und Universitäten;
- setzt sich dafür ein, dass staatlich finanzierten Einrichtungen aus dem Bildungs-, Kultur- und Sozialbereich, die diese Ideologien unterstützen und verbreiten, die Steuergelder gestrichen werden;
- kämpft entschieden gegen die Verhuzung der Sprache durch Gendersterchen und anderen politisch korrekten Unsinn. Insbesondere Einrichtungen der öffentlichen Hand wie Verwaltungen und Schulen dürfen keine einschlägigen Vorschriften erlassen und haben sich an die geltende Rechtschreibung zu halten;
- setzt sich dafür ein, dass unsere Kinder und Jugendlichen vor Gender-Terror und den Einflussversuchen der Trans-Community geschützt bleiben. Die Erziehungs- und Fürsorgepflichten der Eltern dürfen nicht ausgehebelt werden;
- kämpft dagegen, dass hart erarbeitete Steuergelder zugunsten von Gendertoiletten, der Umbenennung von Strassen etc. aufgrund dieser extremen Ideologie eingesetzt werden;
- stellt die realen Probleme der Schweiz und der Bevölkerung ins Zentrum ihrer Politik. Scheinprobleme wie das Gendern zu bewirtschaften, ist angesichts der zahlreichen aktuellen Herausforderungen nur eines: dekadent.

+ Vorteile

Das bringt mir:

- ✓ als Bürger die Freiheit, zu denken und zu sagen, was ich will;
- ✓ für alle Menschen den Schutz vor Ausgrenzung und Diskriminierung;
- ✓ als Sprachaffiner den Erhalt einer intakten, korrekten Sprache;
- ✓ als Steuerzahler weniger Steuergeldverschleuderung durch unsinnige und nutzlose Gender-Programme;
- ✓ als Bürger die Lösung echter Probleme, die mich beschäftigen (Sicherheit und Wohlstand wahren, Kaufkraft stärken, Versorgungssicherheit garantieren, Sozialwerke erhalten).

Sport und Kultur



Schweizer Identität stärken – Vereine fördern

Kultur- und Sportvereine sind mit ihrem Facettenreichtum ein wunderbarer Ausdruck der Vielfalt unserer Gesellschaft. Sie tragen zur Bildung der schweizerischen Identität und zur gesunden und gebildeten Entwicklung der Jugend bei. Die Rahmenbedingungen für Sport- und Kulturvereine sollen durch unbürokratische und günstige Bedingungen für die Nutzung von Infrastrukturen verbessert werden. Dabei soll in erster Linie die Eigeninitiative im Vordergrund stehen.



Alois Lüönd
Rentner und Volksmusikant

“ Musik ist dank unserer Vorfahren tief in uns verankert und verbindet die Menschen. Das Schweizer Vereinsleben baut Brücken zwischen Kulturen und ist ein Ausdruck unserer gelebten Freiheit. Der Staat soll sich deshalb bei Sport- und Kulturvereinen möglichst nicht einmischen. Denn mehr Staat bedeutet automatisch weniger Freiheit und verzerrt den fairen Wettbewerb unter den verschiedenen Akteuren. ”

Sinnvolle, gesunde Freizeitgestaltung

In der Schweiz sind die Sportvereine der Schmelztiegel des Freizeitsports. Tausende von Vereinen und Verbänden mit Millionen von Mitgliedern leisten einen bemerkenswerten Beitrag zum Wohlbefinden der Gesellschaft. Sie sind unverzichtbar für die Vermittlung von Werten wie dem Wunsch, seine Ziele mit Respekt vor seinen Gegnern zu erreichen. Während linke Politiker und Sozialarbeiter über Integration, Toleranz und Beschäftigungsprogramme diskutieren, leisten Tausende von Sporttrainern und Komiteemitgliedern einen konkreten Beitrag. Sie tun dies häufig auf freiwilliger Basis. Einige Vereine betreiben ihre Einrichtungen ohne staatliche Unterstützung, während andere die vorhandene Infrastruktur in den Schulen intelligent nutzen. Die SVP begrüsst dies: Sport reisst soziale Schranken ein, denn Talent und Anstrengung sind universelle Eigenschaften, die nicht von der Herkunft abhängen.



Sport als Schulfach

In Sportstunden unter der Leitung von entsprechend qualifizierten Lehrkräften lernen Kinder und Jugendliche, Freude an Bewegung und Spiel zu haben und ihre Ausdauer zu trainieren. Der Schulsport bietet Abwechslung zum Unterricht im Klassenzimmer, wo die Schüler vor allem sitzen und mit dem Kopf arbeiten. Der Breiten- und Leistungssport bietet einen wertvollen Ausgleich zum Berufsalltag. Abgesehen vom Schulsport und der Bereitstellung von Infrastruktur ist der Sport jedoch keine vorrangige Aufgabe des Staates.

Leistungssport motiviert den Breitensport

Die Leistungen von Spitzen- und Leistungssportlern motivieren Jugendliche und breite Bevölkerungsschichten, sich ebenfalls sportlich zu betätigen. Junge Talente sollen durch ein Ausbildungsangebot gefördert werden, welches die schulische oder berufliche Ausbildung mit professionellem Sporttraining verbindet. Die SVP setzt sich für Fairplay ein und bekämpft Manipulationen von sportlichen Wettkämpfen, Doping und Gewalt entschieden.

Kultur fördert den Zusammenhalt

In der Kultur sind die Bereitschaft zur Anstrengung und die Freude verbindende Elemente. Genau das ist es, was unsere Gesellschaft braucht. Amateurtheater und -orchester, Gesangsvereine, Musikvereine, Volksmusikgruppen bis hin zu Guggenmusikformationen und Rockbands – all diese Kreise



streben nicht in erster Linie nach dem Lob der Kunstkritiker. Sie suchen das, was die Seele der Kultur ausmacht, nämlich die Freude daran, gemeinsam etwas zu schaffen, um sich selbst und dem Publikum Freude zu bereiten. Diese Form der Kultur braucht keine Subventionen; sie braucht Anerkennung und faire Bedingungen. Damit sprechen wir den Kern unserer Milizkultur an. Zu Recht gelten die zahlreichen und vielfältigen Vereine in der Schweiz – ein weltweit fast einzigartiges Phänomen – als Schulen der Demokratie, indem die Mitglieder individuelle und kollektive Verantwortung mit demokratischer Beteiligung übernehmen. Das ist es, was wir unterstützen müssen.

Eigeninitiative schafft wahre Kultur

Für die SVP ist Kultur grundsätzlich weder Sache des Bundes, der Kantone noch der Gemeinden. Kultur ist Sache der Kultur. Die Rolle des Staates kann nur eine subsidiäre sein, welche die individuelle Initiative und die private Kulturförderung ergänzt. Einem Projekt staatliche Unterstützung zu gewähren, bedeutet immer auch, ein anderes Projekt zu diskriminieren. Deshalb kämpft die SVP einerseits gegen die Aufblähung der Kulturbürokratie und andererseits gegen ideologisch motivierte, einseitige Fördermassnahmen, welche die aktuelle Kulturpolitik prägen. Dasselbe gilt für unverhältnismässige Veranstaltungen, die nicht auf eine Nachfrage der Bevölkerung reagieren.

Nein zu einer vom Staat aufgezwungenen Kultur!

Je mehr sich die staatliche Kultur ausbreitet, desto mehr verschwindet die gelebte Volkskultur. Die staatliche Kulturförderung ermöglicht es den politischen Entscheidungsträgern allzu oft, die Kulturform zu unterstützen, die am besten zu ihrer Politik passt. Dies birgt ein erhebliches Risiko der Günstlingswirtschaft und des Betrugs. Die Kulturpolitik funktioniert wie eine Giesskanne, indem sie alles und jeden unterstützt. Kultur ist ohnehin in erster Linie eine Geschmacksfrage. Das bedeutet, dass der Staat dort nichts zu suchen hat. Er soll keine Kulturbotschaften vorschlagen, die ständig Ausgabenerhöhungen vorsehen, um zu unverantwortlichen Budgets zu gelangen. In dieser Hinsicht müssen Landessaustellungen nach privaten Finanzierungsquellen suchen, die dem Interesse der Bürger an dem Projekt entsprechen und wieder eine überschaubare Grösse erreichen.

Private Initiative fördern

Privates Mäzenatentum und Sponsoring eignen sich viel besser, um eine vielfältige Kultur zu fördern. Vielfalt, Wettbewerb, Eigeninitiative und Leidenschaft - das sind die Werte, von denen die Kultur lebt. Der Kultur ist die Marktwirtschaft, also die Gesetze von Angebot und Nachfrage, nicht fremd. Der Wettbewerb der Ideen muss auch in der Kultur eine Rolle spielen. Eine Produktion, die das Publikum nicht interessiert, hat kaum einen Nutzen. Der kommerzielle Erfolg gebührt der Kultur, die dem Publikum gefällt. Die staatliche Kulturförderung verzerrt diesen Wettbewerb und unterstützt ideologisch

und politisch motivierte Projekte. Ein Beweis dafür ist, dass die Volkskultur und die Brauchtumpflege kaum von staatlicher Unterstützung profitieren. Sie lebt von der Freiwilligkeit und den Beiträgen von Einzelpersonen, Vereinen oder Stiftungen.



Standpunkte

Die SVP ...

- begrüsst sportliche Betätigung zur Förderung von Freude, Leistung und Fitness;
- anerkennt den für alle Kinder obligatorischen Schulsport als wichtigen körperlichen Ausgleich zur kopflastigen Ausbildung und als Teil der nationalen gemeinsamen Schweizer Kultur;
- verlangt eine angemessene Unterstützung von Sport- und Klassenlagern;
- unterstützt den Breitensport für die Gesundheitsprävention und die soziale Integration;
- setzt sich ein für die in den Vereinen und der Organisation von Sportanlässen geleistete Freiwilligenarbeit;
- fordert unbürokratische und kostengünstige Nutzungsmöglichkeiten bestehender öffentlicher Infrastrukturen (Sportplätze, Hallen usw.) für die wichtige Arbeit der Sportvereine;
- bekennt sich zum Spitzensport und dessen Vorbildwirkung für Jugend und breite Bevölkerung;
- steht ein für Fairness und bekämpft Doping, Wettbetrug und Gewalt in der Sportwelt;
- steht für eine Volkskultur in Vereinen und privaten Strukturen ein, die nicht vom Staat abhängig ist, sondern aus Eigeninitiative lokale und nationale Kultur von Bürgern für Bürger schafft;
- verlangt, dass die Brauchtumpflege gegenüber internationalen und bürgerfernen Prestigekulturprojekten bevorzugt wird;
- bekämpft die Unterwanderung der schweizerischen Kultur durch Umerzierungsversuche, welche die links-grüne Förderung von hochstilisierten Minderheiten zum Ziel haben. Diese Minderheiten stellen sich als Opfer der Gesellschaft zur Schau;
- lehnt eine weitere Zentralisierung der Kulturpolitik im Rahmen einer nationalen Kulturpolitik mit millionenteuren Kulturbotschaften ab;
- setzt sich für eine massive Kürzung der Kulturförderung auf Bundesebene ein – namentlich bei der Filmförderung;
- lehnt die millionenteure Zwangssubventionierung städtischer Kultureinrichtungen ab;

- verlangt, dass überkommene Kulturstrukturen, wie z. B. die Theaterhäuser, den heutigen Bedürfnissen angepasst und reduziert werden;
- fordert die steuerliche Begünstigung bzw. Steuerbefreiung von privaten Kulturstiftungen und Spenden sowie gesetzliche Erleichterungen zur Errichtung von Stiftungen;
- will, dass sich kulturelle Einrichtungen wie Museen am Publikum orientieren und erfolgreich geführte Institutionen bei der Unterstützung priorisiert werden;
- setzt sich dafür ein, dass private Kulturvereine möglichst einfach und kostengünstig öffentliche Infrastrukturen nutzen können;
- wehrt sich gegen die geldverschwenderische Teilnahme an bürger- und wirtschaftsfernen EU-Kulturprogrammen;
- verlangt, dass die Landesausstellungen privat finanziert und redimensioniert werden.

+ Vorteile

Das bringt mir:

- ✓ als Freizeitsportler die Möglichkeit zu sportlicher Betätigung mit der jeweils nötigen Infrastruktur;
- ✓ als Spitzen- und Leistungssportler eine professionelle Ausbildung und Förderung;
- ✓ als Mitarbeiter eines Vereins oder Verbands die Möglichkeit, mich aktiv für die Interessen des Sports einzusetzen;
- ✓ als Eltern die Gewissheit, dass die Kinder in der Schule oder in Vereinen sportlich gefördert werden und nicht auf der Strasse herumlungern;
- ✓ als kulturinteressiertem Menschen ein vielfältiges und attraktives statt einfältiges Angebot;
- ✓ als Kulturschaffendem mehr Freiraum und Schutz vor staatlicher Einflussnahme und Monopolisierung;
- ✓ als Volksmusiker oder Laiendarsteller gleich lange Spiesse im Kulturwettbewerb.

Stichwortverzeichnis

| | |
|--------------------------------|---|
| Abgaben | 4, 18, 20, 22, 24, 25, 28, 29, 31 , 38, 39, 70, 71, 72, 73, 85, 94, 99 |
| AHV | 95, 99 |
| Armee | 26, 27, 30, 61, 63, 65, 66, 67 , 113 |
| Asyl | 49, 51, 53 |
| Ausländer | 42, 43, 45, 46, 47 , 53, 55, 57, 58, 96, 97 |
| Auto- und Motorradfahrer | 31, 73 |
| Aussenpolitik | 8, 10, 15 |
| Bauern | 75, 76 , 85 |
| Bildung | 28, 30, 47, 100, 103, 105 , 108, 121 |
| Bundeshaushalt | 26 |
| Cancel Culture | 115, 118 |
| CO ₂ | 18, 28, 72, 73, 82, 83, 85 |
| Eigeninitiative | 121, 123, 124, 125 |
| Eigentum | 16, 17, 18 |
| Einbürgerung | 46, 47 |
| Energie | 3, 19, 32, 33, 34, 35, 38, 39 , 45, 77, 85 |
| Entwicklungshilfe | 14, 15 , 25, 29, 52 |
| EU | 3, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15 , 22, 43, 44, 47, 73, 76, 104, 125 |
| Familie | 6, 7, 45, 59, 67, 85, 97, 106, 107, 108, 109, 110, 113 |
| Finanzen | 25 |
| Flüchtlinge | 49, 53 |
| Forschung | 30, 37, 39, 81, 84, 100, 101, 103 |

| | |
|-----------------------------|---|
| Freiheit | 2, 3, 4, 5, 6, 7, 9, 11, 14, 15, 16, 23 , 61, 79, 110, 111, 113, 116, 119, 121 |
| Freizeit | 30 |
| Gender | 56, 114, 115, 116, 117, 119 |
| Gesellschaft | 4, 6, 7, 11, 18, 38, 57, 88, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 113 , 115, 116, 121, 122, 125 |
| Gesundheit | 4, 30, 86, 87 , 89 |
| Gesundheitskosten | 87 |
| Gewalt | 55, 56, 59 , 105, 122, 125 |
| Justiz | 57 , 118 |
| Handel | 10 , 22, 73 |
| Heimat | 4, 5, 6, 7 , 18, |
| Identität | 5, 7 , 53, 118, 121 |
| Innovation | 11, 29, 100, 101, 103 , 111 |
| Integration | 46, 47, 97 , 122, 125 |
| Klima | 33 |
| Kernkraft | 36 |
| Kriminalität | 49 |
| Kultur | 4, 7, 30, 78, 110, 113, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125 |
| Landwirtschaft | 26, 30, 44, 74, 75, 76, 77, 78 , 85 |
| Neutralität | 3, 6, 7, 9, 10, 15 , 63 |
| Personenfreizügigkeit | 19, 43, 47 |
| Pflegenotstand | 91 |
| Privatsphäre | 20, 22 |
| Raumplanung | 78, 79 , 85 |
| Religion | 106, 113 |

| | |
|-----------------------------|--|
| Schule | 6, 102, 105, 108 , 125 |
| Selbstversorgung | 45 |
| Sicherheit | 2, 4, 9, 15, 28, 30, 43, 46, 47, 53, 54, 55, 59 , 61, 62, 67, 72, 73, 94, 99, 119 |
| Sport | 120, 121, 122, 125 |
| Soft Law | 12, 13, 15 |
| Sozialhilfe | 17, 45, 47, 95, 96, 97, 98, 99 |
| Sozialleistungen | 45, 47, 94 |
| Sozialwerke..... | 92, 93, 94, 95, 96, 99 , 119 |
| Steuern | 4, 20, 24, 25, 28, 29, 31 , 38, 39, 45, 70, 73, 85, 91, 94, 99 |
| Strom | 3, 33, 34, 35, 37, 39 , 45 |
| Tradition | 7 , 50, 53 |
| Umweltschutz | 78, 79, 82, 83, 84 , 102 |
| Unabhängigkeit | 2, 3, 6 , 12, 29, 31, 39, 61 |
| Umwelt | 30, 45, 80, 81, 82, 83, 84, 85 |
| Vereine | 97, 109, 121, 122, 123 |
| Verkehr | 3, 28, 34, 68, 70, 72, 73 |
| Versorgungssicherheit | 3, 22, 35, 36, 38, 39 , 119 |
| Verteidigung | 65 |
| Werkplatz | 16 |
| Wettbewerb | 11, 20, 29, 43, 45, 87, 88, 89, 102, 121, 124 |
| Wohlstand | 2, 4 , 5, 6, 7, 9, 11, 15, 17, 18, 26, 28, 34, 35, 41, 42, 45, 61, 84, 101, 119 |
| Woke | 4, 114, 115 |
| Zuwanderung | 3, 4, 35, 41, 42, 43, 44, 45, 47 , 78, 81, 85, 101 |



**Stehen Sie gemeinsam mit der SVP
für die Schweiz ein!**

Unterstützen Sie die SVP mit einer Spende
IBAN CH80 0900 0000 3000 8828 5
oder via www.svp.ch/spenden



Vielen herzlichen Dank für Ihre Unterstützung